

würden uns sehr gerne, wenn Sie die Mehrheit erlangen, einer solchen Entscheidung fügen. Meine hochverehrten Damen und Herren! Damit, nämlich mit dem In-der-Luft-hängen, darf man uns nicht gruslich machen. Wir sind überzeugt, daß jedenfalls auch in der Spezialdebatte noch die Möglichkeit und Gelegenheit besteht, vielleicht doch die Herren von der rechten Seite des Hauses zu erweichen, in eine Reihe von Abänderungsanträgen einzuwilligen. (Beifall bei den Bauernbündlern.)

Ferner: Hohes Haus! Ich habe schon in meinen letzten Ausführungen am vergangenen Montag erklärt, daß es Pflicht aller bürgerlichen Abgeordneten, nicht nur der Bauernbündler, sondern auch der christlichsozialen Bauernabgeordneten ist, hier in diesem hohen Hause diejenigen Abgeordneten, die noch weniger Einblick in die landwirtschaftlichen Verhältnisse haben, aufzuklären, damit nicht wieder ein Gesetz geschaffen wird, gegen das sich die gesamte Bauernschaft, das gesamte Landvolk, stemmt. Es muß uns hier in diesem hohen Hause erlaubt sein, auch Fragen der wirtschaftlichen und finanziellen Lage zu besprechen. Was sind eigentlich die Gründe, daß die gesamte Bauernschaft dieses Gesetz ablehnt? Wir möchten gerne einem Landwirtschaftskrankenkassengesetz zustimmen und auch einem Altersversorgungsgesetz. Auch die Bauern würden diese Wohltat einer Altersversorgung vielleicht schon in einigen Jahren brauchen, weil wir versichert sind, daß in drei, vier, fünf, sechs Jahren eine Bauernabstiftung kommen wird, wie sie unsere Väter und Großväter nicht erlebt haben. Und nachdem der Bauer ja keine Abfertigung und keine Pension bekommt, so wird er einfach auf die Straße gestellt und seine Wirtschaft exekutiv verkauft werden. Für die Bauern wird es dann nur heißen: Du kannst arbeiten, such dir eine Arbeit! Und wie gut wird es dann sein, nicht nur für die Diensthofen, sondern auch für uns, eine Altersversorgung zu schaffen. Aber wenn wir die Beiträge, die Prämien nicht bezahlen können, wenn heute so viele Besitzer um Steueraufschub ansuchen müssen, was dann? Ich war gestern beim Steueramt in Leibnitz; dort sind über 100 Exekutionen ausgeschrieben wegen Steuereintreibung. Wie können wir diese sozialen Lasten tragen? Warum hat man diese sozialen Einrichtungen nicht schon im Frieden geschaffen, wo wir vielleicht besser gestanden sind als heute? Und gerade jetzt, wo wir auch die Sanierungslasten haben und auf uns nehmen müssen, wo wir so hohe Steuern zu tragen haben, wo das Zollgesetz geschaffen worden ist, durch welches es der Industrie ermöglicht wird, höhere Preise für ihre Produkte zu erzielen! Bei uns in der Landwirtschaft müssen wir sehen, daß unsere Produkte von Tag zu Tag zurückgehen. Ich glaube nicht, daß die Herren Abgeordneten von der christlichsozialen Partei sich hier und da auf die Grazer Märkte begeben und nachsehen, wie es dort aussieht. Gestern war wieder ein Rückgang am Grazer Schlachtviehmarkt. Bedenken Sie doch, wovon sollen wir zahlen? Am Sonntag war ich in Hirschegg-Rein. Sie können mir es glauben, wenn ich sage, daß sich der Bauer nicht mehr ein Viertel Wein, nicht einmal

einen Tabak kaufen kann. Ich habe einem Bauern, der auch hinaufgegangen ist, das nötige Geld geborgt, weil er gesagt hat, er muß nach Hause gehen und soll einen Tabak kaufen. Er hat sich das Geld bei mir ausgeborgt und hat gesagt: „Ich werde ein paar Eier herabtragen, damit ich es zurückgeben kann.“ Er hat es auch am nächsten Tag bei der Versammlung wieder zurückgegeben. Bedenken Sie diese Armut, gehen Sie hinauf! Mit 20.000 K möchten sie den Kubikmeter Holz am Stock verkaufen und finden keinen Käufer. Die Straße schaut zum Erbarmen aus, versinken tun Sie dort. Wenn die Herren Sozialdemokraten sich aufregen und sagen, sie treten ein für die Kleinbauern, so sage ich Ihnen: Diesen Bauern droben geht es noch viel schlechter als vielen sozialdemokratisch organisierten Kleinbauern. Dort sollten Sie hinaufgehen! Und gerade in Voitsberg, in der Gemeinde und im Bezirk sitzen die Sozialdemokraten in der Mehrheit. Und gerade dort können sie ihr Holz nicht nach Köflach, auf den Holzmarkt bringen, weil sie auf der Straße versinken. Warum schaut denn Ihr Bezirksvertretungsleiter nicht nach und trachtet, eine zweckentsprechende Straße anzulegen? Die Wegmacher und -einräumer müssen zu den Bauern landwirtschaftliche Arbeiten verrichten gehen, statt bei der Straße zu bleiben. So schaut es aus, das ist Ihre Liebe zu den Kleinbauern. (Pöchl: „Das ist ja ein Unsinn. Wissen Sie, was für Mittel einer Bezirksverwaltung zur Verfügung stehen?“) Dort sind so schlechte Verbindungsmöglichkeiten, trotzdem doch Ihr Genosse Triepertinger dort der Macher war. (Dr. Enge: „Sie haben doch auch zwei Bündler in der Bezirksvertretung!“) Wir haben ja nicht die Mehrheit dort, die haben die Sozialdemokraten. Aber da Sie immer eintreten dafür, gehen Sie doch hinauf, Herr Dr. Enge, um sich das alles anzusehen — aber gewiß ist Ihnen der Weg zu weit — (Dr. Enge: „Darüber brauchen Sie mir nichts zu erzählen!“) um hier im hohen Hause ein Bild zu haben, wie es den Bauern draußen geht. (Dr. Enge: „Das wissen wir so!“) Da soll nun ein Gesetz geschaffen werden, wie das Landwirtschaftskrankenkassengesetz, wenn der Bauer die Gelder dazu nicht hat. Gehen Sie hinauf nach Hirschegg-Modriach und schauen Sie sich die Situation an. (Große Unruhe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Meine Damen und Herren, ich bitte einen Moment. Es geht nicht an, daß 3 oder 4 Herren gleichzeitig eine Debatte führen. Das widerspricht jeder Form der Geschäftsordnung, sowie der Würde des hohen Hauses. Ich ersuche, nur einen Redner sprechen zu lassen und die anderen Herren die Debatte zu unterlassen. Wer zu sprechen wünscht, kann sich jederzeit zum Worte melden.

Ferner (fortfahrend): Die Leute haben nicht soviel Geld, daß sie vielleicht monatlich die Prämie bezahlen können. Bei den Bauern ist es nicht wie bei den Angestellten und Arbeitern, wo alle Samstag, wo alle Monat einmal die Kuh kälbert, wie man sagt. Bei uns kälbert die Kuh einmal im Jahre, und der Herr Landesrat Dr. Enge hat leicht zu sprechen. Alle Monate kommt der Erste, aber beim Bauern kommt

kein Erster im Jahre. Er hat einmal im Jahre ein Stück Vieh zu verkaufen und davon soll er die hohen Steuern zahlen. Ich möchte erklären: Wenn der Staat ein Interesse am Bauernstand hat, so soll er überhaupt solchen Leuten vielleicht mindestens die Hälfte nachlassen, denn sonst wird im Laufe der Jahre überhaupt kein Bauer mehr in der Gegend sein. Wenn die Leute darüber auf sind, daß eine solche Zwangskrankenkasse geschaffen wird, mit einem derartigen Apparat und soviel Schwierigkeiten, die soviel kostet, so kann man es den Leuten nicht verargen. Und wenn wir als Volksbeauftragte hier im hohen Hause verpflichtet sind, den Standpunkt klar zu machen, wenn wir verpflichtet sind, hier für diejenigen Abgeordneten in diesem Hause, die weniger vertraut sind mit den bäuerlichen Verhältnissen, eine längere Debatte abzuführen, so wird das gleich als Demagogie hingestellt. Es ist unverantwortlich, ein Gesetz zu schaffen, wie das Krankenversicherungsgesetz, schablonenmäßig wie bei der Industrie und beim Gewerbe; das läßt sich bei uns nicht anwenden, und wenn wir hier in diesem hohen Hause einen Antrag eingebracht haben, der den ganzen Verhältnissen in der Landwirtschaft entspricht, warum stimmen Sie dann unserem Antrage nicht zu? Und wenn wir in unserer letzten Rede erwähnt haben, daß man das Salzburger Landwirtschaftskrankengesetz und unseren Antrag hier in diesem hohen Hause kombinieren möchte, daß wir diesen Apparat schaffen sollen und damit wieder ein Krankenkassengesetz, welches wirklich unseren Verhältnissen entspricht, dann sind wir bereit, unsere Obstruktion, die uns aufgezwungen wurde, zu beenden. Aber so können wir es nicht, und wenn zum Beispiel Herr Dr. Enge einen Zwischenruf gemacht hat (Dr. Enge: „Was haben Sie immer mit mir?“), daß Sie doch bei dem Zollgesetz für die Agrarier etwas durchgesetzt haben, so steht gerade im „Sonntagsboten“ die Wahrheit darüber, die Wahrheit über das Zollgesetz, und daraus will ich Ihnen nun vorlesen, wie die Sache aussieht und was Sie eigentlich für die Agrarier gemacht haben, warum der Viehpreis von Tag zu Tag fällt und warum unsere Einnahmen immer weniger und weniger werden. Hier steht es, daß dazu nur eine große Volkspartei in der Lage ist (liest): „Es muß daher als ein großer Erfolg bezeichnet werden, daß beim neuen Zolltarif überhaupt Lebensmittelzölle, die seit der Kriegszeit aufgehoben waren, wieder zur Einführung gelangt sind, wenn sie auch in gar manchen Ansätzen den Freund und Kenner der Landwirtschaft nicht voll befriedigen können. Daß aber mit diesen Zollansätzen die Anerkennung von der Notwendigkeit eines Zollschatzes für die Landwirtschaft erkämpft worden ist, ist ein großer Erfolg für die Zukunft. Wenn es diesmal nicht gelungen wäre, die grundsätzliche Festlegung eines Zollschatzes für die Landwirtschaft zu erringen, dann wäre dies sehr wahrscheinlich für lange Zeit unerreichbar gewesen.“ Das steht im zweiten Absätze dieses Artikels, und beim letzten Absatz in diesem Artikel da haben Sie die Wahrheit geschrieben (liest): „Den Bevölkerungsschichten, welche auf den Einkauf von Lebensmitteln angewiesen sind und wegen der Lebens-

mittelzölle eine Verteuerung befürchten, kann zur Beruhigung gesagt werden, daß sich infolge des Zolltarifes ein Ausgleich zu unseren Gunsten vollzogen hat. Manche auswärtige Staaten hatten nämlich für die Lebensmittel, die bei uns zollfrei eingeführt werden konnten, eine Ausfuhrabgabe eingehoben. In dem Augenblicke, als bei uns der Zolltarif beschlossen wurde, setzten sie, um ihre Erzeugnisse anzubringen, die Ausfuhrabgabe beiläufig um den Betrag unserer Zollansätze herab.“ Das haben wir alles schon bei der Enquete vor Beschließung dieses Gesetzes vorgebracht, daß das eintreten wird. (Liest weiter): „So daß eine merkliche Verteuerung durch unseren Zoll nicht eintreten wird. Der Vorteil besteht nun darin, daß diese Einnahmen unserm Staate zugute kommen.“ Sehen Sie, hier in diesem Satze haben Sie das geschrieben, was wir schon bei der Enquete in Wien gesagt haben, was der Landwirtschaftspräsident auf der Konferenz gesagt hat, daß die Randstaaten mit ihren Ausfuhrabgaben zurückgehen werden um das, was unser Agrarschutz ausmacht, und daher haben wir überhaupt keinen Zollschatz. Hätten Sie gestimmt mit Ihren eigenen Leuten in diesen landwirtschaftlichen Körperschaften, mit Ihren Klubkollegen, dem Deutschen Bauernbund von Niederösterreich, der auch dieselbe, gleiche Resolution gefaßt hat und jetzt bei der Abstimmung umgefallen ist, das Resultat wäre ein anderes gewesen, da braucht sich Herr Doktor Enge ... (Dr. Enge: „Lassen Sie mich in Ruhe und gehen Sie lieber Ihrem bürgerlichen Berufe als Sauschneider nach!“ — Ing. W i s a n y: „Das geht Sie gar nichts an, gehen lieber Sie Ihrem Berufe nach!“ — Dr. Enge: „Das tue ich auch, ich lasse mich nicht vom Lande beurlauben mit vollem Gehalt, wie Sie, Herr Abg. W i s a n y!“) Ich glaube, daß ich denjenigen Beruf habe, bei dem ich gerade einen Einblick in die bäuerliche Bewirtschaftung gewinne, weil ich überall hinkomme, in die ärmsten Keuschen und auch zu den größten Besitzern und daher konstatieren kann, wie es eigentlich aussieht. Ein anderer wird die Verhältnisse nicht so kennenlernen, und wenn er sich nicht aufklären läßt von uns, wie soll der seine Wählerschaft draußen beurteilen. Es ist richtig, daß Sie noch immer glauben: „Die Dummheit ist jetzt unsere größte Reserve.“ Das wird auch nicht immer sein. Wir werden trachten, die Leute draußen aufzuklären. Wir werden die Leute aufklären, daß Sie nicht hören wollen, sondern alles verispotten, wenn ein Volksbeauftragter, ein Ehrlicher, hier Aufklärungen gibt. Wenn wir die Lage im Lande heute anschauen, die Lage in der Bauernschaft, wenn man sieht, wie ich schon erwähnt habe, daß die Steueraufträge nicht mehr bezahlt werden können, dann ist es uns nicht verständlich, wenn auf der anderen Seite Gesetze geschaffen werden, wodurch man wieder neue Lasten bekommt. Da können wir nicht mehr mitfun, weil es unsere finanziellen Verhältnisse nicht erlauben und die wirtschaftlichen Verhältnisse derart sind, daß wir eben das nicht mehr leisten können. Es wird immer und immer wieder gesprochen von der Intensivierung der Landwirtschaft. Wir wären bereit, die Landwirtschaft viel mehr zu intensivieren, rationeller

zu betreiben, wenn uns das Geld hiezu nicht fehlen würde. Wir haben die Gelder nicht, um uns Stiere anzukaufen, wir haben das Geld nicht, um uns Jauchengruben zu erbauen. Sie werden überall dieselbe Wahrnehmung machen. Man jammert in Gewerbetreibenden, bei der Industrie kommen die vielen Betriebseinstellungen vor, weil eben der Landwirt nichts mehr kaufen kann, da sehen Sie den Rückgang. Die Gewerbetreibenden sagen schon, sie können die Steuern auch nicht mehr zahlen. Das alles ist zurückzuführen darauf, daß Sie den Bauernstand durch solche Gesetze, wie das Zollgesetz, durch verschiedene Steuererlässe und soziale Lasten zugrunde richten. Dem ganzen Baum wird einfach die Wurzel abgehakt, und das besorgen Sie im Vereine mit den Herren der sozialdemokratischen Partei. Bei den Herren der sozialdemokratischen Partei ist es selbstverständlich, daß sie für soziale Gesetze eintreten, daß sie alle möglichen sozialen Gesetze schaffen wollen, weil sie es ihren Leuten, den Arbeitermassen versprochen haben, weil sie auch nicht diejenigen zum großen Teile zu vertreten haben, die zahlen müssen, sondern diejenigen, die arbeiten. (Leichin: „Das ist nicht so!“) Herr Leichin, Sie sind eingetreten für die hohen Lederzölle. (Leichin: „Wir nicht!“) Die Sozialdemokraten haben doch dafür gestimmt. (Gaf: „Sie sind ja auch eingetreten für die Versicherung!“) Herr Landesrat Gaf, daß Sie immer so viele Zwischenrufe machen. Die Koalition sieht man wohl sehr deutlich in diesem hohen Hause, die rot-schwarze Koalition. Man sieht es recht deutlich an der gegenseitigen Unterstützung und besonders nun bei einem Abgeordneten, der einmal dieser und jener Partei angehört und der nun auch da hinüberäugeln möchte. (Leichin: „Solche Leute nehmen wir nicht auf!“) Da haben Sie recht, dann fällt er halt durch. Abg. Leichin, Ihre Partei ist eingetreten für die Schutzzölle bei Textilwaren, bei Lederwaren usw. Sie übersehen aber, daß auch die Arbeiter sehr notwendig Kleider und Schuhe usw. brauchen. Da sind Sie eingetreten für hohe Schutzzölle, und gerade bei der Landwirtschaft, da sollen keine Schutzzölle sein. Die landwirtschaftlichen Arbeiter sind auch indirekt beteiligt an höheren Preisen, weil die Bauern dadurch in die Lage versetzt werden, ihre Arbeiter besser bezahlen zu können. Auf der einen Seite treten Sie ein für hohe Schutzzölle, auf der anderen Seite aber nicht. Daher ist auch Ihre Politik, betreffend die Kleinbauern und die landwirtschaftlichen Arbeiter, nicht ehrlich gemeint; wenn Sie auf der einen Seite die Lebensmittel verteuern wollen für die Arbeiter, können Sie auf der anderen Seite den Kleinbauern und landwirtschaftlichen Arbeitern nicht helfen, das stimmt nicht überein. Wir sind aber verpflichtet, den Kleinbauern, den Dienstboten, den mittleren und größeren Bauern zu vertreten, weil wir eine Standesorganisation sind, weil wir es unseren Wählern versprochen haben. Ich bin neugierig, ob sich ein bäuerlicher Abgeordneter hier in diesem hohen Hause zum Worte meldet, bis jetzt habe ich noch keinen von christlichsozialer Seite gehört, gerade bei diesem wichtigen Gesetze, wo es sich um die Landwirtschaft dreht. Wir müssen sagen,

hier haben die Leute immer Zwischenrufe gemacht und gesprochen, die nicht von der Landwirtschaft leben, die die Verhältnisse der Landwirtschaft nicht kennen, die haben sich jetzt wichtig gemacht, aber von den bäuerlichen Vertretern hört man kein Wort. (Wagner: „Ich vermahne mich dagegen, daß ich nichts verstehe, wo ich 20 Jahre Arbeiter gewesen bin!“) Der Arbeitervertreter ja, der hat sich zum Worte gemeldet, der Herr Abg. Wagner, aber ich bin neugierig, ob auch wir Bauern eine Unterstützung bekommen. Wir müssen wissen, was Sie zu diesem Gesetze sagen. Sind Sie einverstanden mit einem solchen Zwangskrankenkassengesetz, das das alte Gesetz wieder verlängert, sind Sie einverstanden damit, daß der Apparat am Paulustor oben bestehen bleibt, wo die Bediensteten umherreisen im ganzen Lande, die Bauern erequiert, verhaftet und mit Auto und Justizwache weggeführt werden? Sind Sie bereit, für diesen Antrag zu stimmen? Wir werden bei der Abstimmung Ihre Meinung ja hören. Aber ich meine, es wäre Pflicht der bäuerlichen Abgeordneten, ihre Meinung in diesem hohen Hause kundzugeben und hier zu erklären, wie die Sache steht. Es wäre Ihre Pflicht, auch den anderen Abgeordneten zu sagen, wie es steht, welche Gründe vorhanden sind, daß sich die Bauernschaft gegen dieses Gesetz so stemmt und daß dieses Gesetz für die Bauernschaft unannehmbar ist. Es ist eine reine Angelegenheit der Bauernschaft, und hier wird ihr ein Gesetz diktiert und oktroyiert, das sie alle zusammen nicht wollen, was auch die Dienstboten ablehnen.

Nun möchte ich einiges bemerken zu den Pauschalverdächtigungen des Herrn Abg. Gföller, die er unlängst in seinen Vorlesungen gemacht hat. Einen von diesen Fällen habe ich gestern genau untersucht, und das ist der Fall bezüglich des Neubauer in Neudorf bei Wildon. Diese Magd, von der die Rede war, war 16 Jahre in diesem Hause, sie war 66 Jahre alt und hat früher immer ihren Lohn bekommen. Der Neubauer ist ein sehr christlicher Bauer, es ist ein christliches Haus und gehört daher dieser Seite (weist mit der Hand auf die rechte Seite des Hauses) des hohen Hauses an. Diese Magd war nun 16 Jahre im Hause. Weil nun der Besitzer zwei Parteien in diesem Hause hat, die in den Steinbruch arbeiten gehen — eine größere Familie und einer ist jetzt arbeitslos, die gehören doch sicher der Partei des Herrn Abg. Gföller an — und weil er aus Gutheit diese zwei Parteien ins Haus hineingenommen hat, hat er jetzt so wenig Zimmer. In der Wohnstube schläft der Herr — er ist 74 Jahre alt —, seine jüngere Ehehälfte und diese Magd hat auch darin geschlafen. Im anderen Zimmer hat die Kindsmagd mit fünf kleinen Kindern geschlafen, die oberen Zimmer waren von den genannten zwei Parteien besetzt. Ich muß aber noch bemerken, daß dieser Bauer und auch die Bäuerin so gut waren gerade gegen die Arbeiter, ihre Mietsparteien, daß sie ihnen zumeist die Kost gegeben haben für sich und ihre Kinder. Abg. Gföller wird da sehr schlecht gefahren sein, die anderen sind heute alle nicht gut zu sprechen auf ihn, daß er dies im Hause veröffentlicht hat. (Zwischenruf: „Die können ja nicht

gekündigt werden!") Da gibt es wohl eine Kündigung, die sind doch mit gutem Willen hineingenommen worden. Die Bäuerin hat den Kindern zu essen gegeben und sie haben alles von diesen Leuten haben können. Ich bitte, sich nur weiter zu erkundigen. Die Arbeiter sind gewiß nicht einverstanden mit diesen Ausführungen des Herrn Abg. Gföller. Die kranke Magd, die hat alle Jahre ein gewisses Kopfleiden gehabt, die Bäuerin hat auch gemeint, man solle zum Arzt schicken, aber die Magd hat gesagt: „Nein, morgen stehe ich wieder auf, mir fehlt nicht soviel.“ Und richtig, wie es schon bei alten Leuten ist, war sie am nächsten Tage gestorben. Nun hat man kein Zimmer gehabt, wo sie hätte aufgebahrt werden können, sie wurde daher im Vorhause aufgebahrt, wie es in manchen Orten geschieht, auch der Bauer und die Bäuerin wird dort aufgebahrt. Wie geht es manchem Arbeiter, wenn er stirbt? Er wird hinausgetragen bei der Nacht, wird in die Totenkammer gebracht und kein Mensch schert sich um ihn, oft wird nicht einmal ein Licht angezündet. Dieser Bauer hat sehr schön geschaut auf seine Magd, es ist daher nicht richtig, was der Herr Abg. Gföller erwähnt hat. Ich muß daher annehmen, daß es in den anderen Fällen auch nicht richtig sein wird. Eine Pauschalverächtigung gegenüber den Bauern auszusprechen, ist leicht. (Lust: „Das ist ja nicht erfolgt.") Durch diese Mitteilungen wollen Sie uns weismachen, daß es den Dienstboten so schlecht geht, daß ein solches landwirtschaftliches Krankenkassengesetz unbedingt geschaffen werden muß. Der Zweck ist ja der, daß Sie damit das Gesetz erreichen wollen, indem Sie im hohen Hause erklären, daß es so ist bei der Landwirtschaft, daß diese landwirtschaftliche Krankenkasse, daß diese Zwangskasse notwendig ist; daß es vielleicht dann, wenn wir Gebietskrankenkassen hätten, wenn unser Gesetzesantrag durchdringen würde, nach dem der Bauer selbst Arzt, Medikamente, Wartung und Verpflegung zu bezahlen hätte, unseren Dienstboten nicht gut ergehen wird. Das haben Sie erreichen wollen. Aber ich kann sagen, daß das nicht zutreffend ist, und Ihre Genossen in Neudorf bei Wildon in der Zementfabrik werden sich sicher sehr bedanken, weil sie Unterstützung, und zwar die Kost gehabt haben bei diesem Bauern. Ich bitte, sich nächstesmal besser zu erkundigen und in diesem Hause solche Pauschalverachtigungen nicht zu machen. (Gföller: „Daß Sie es nicht zugeben werden, ist ja selbstverständlich — Hartleb: „Das ist ja kein Bauernbündler!")

Ich muß aber noch erklären, daß mich die Angriffe an den Bauernbund vom Herrn Pfarrer Jenz sehr befremdet haben, diese Angriffe, die er unlängst gemacht hat. Ich muß sagen, ich war empört darüber; wenn es ein anderer Abgeordneter gesagt hätte, hätte ich es noch nicht so verurteilt, aber daß ein Priester im Priesterrocke hier so gegen die Bauernbündler auftritt und solche Verachtigungen macht und so in dieser Hinsicht spricht, in dieser gehässigen Art, kann ich nicht verstehen. Ich glaube, daß der Herr Pfarrer Jenz auch vielleicht weiß, welchen Ukas der heilige Vater in Rom herausgegeben hat. Der heilige Vater

in Rom hat den Priestern nahegelegt ... Ich bitte, ist Herr Pfarrer Jenz nicht anwesend? Ist er hier? Wenn er es vielleicht nicht weiß, so will ich ihm diesen Ukas des heiligen Vaters in Rom vorlesen. (Dr. Enge: „Sie haben mit einem Vaterunser im Burgenlande eine Versammlung begonnen!") Mehr halte ich, Herr Dr. Enge, auf die Religion, als Sie. Sie haben sie nur im Mund, aber nicht im Herzen. Wie wäre es, wenn die Bauern keine Religion hätten, von den Städtlern werden sie nicht unterstützt. Hier zu frozzeln wegen der Religion, das ist lieb von einem christlichsozialen Abgeordneten. (Dr. Enge: „Es ist merkwürdig, wenn ein bündlerischer Abgeordneter mit dem Vaterunser eine Versammlung eröffnet!") Wenn ich für mich ein Vaterunser gebetet habe, so ist das meine Sache (liefert):

Vor kurzem hat sich die Regierung Jugoslawiens beim Papste über den Mißbrauch der Religion und der Kirche durch die politisierenden Geistlichen beschwert. Staatssekretär Kardinal Gaspari hat nun dem Gesandten Jugoslawiens beim päpstlichen Stuhl folgende Antwort erteilt:

Der Papst verurteilt entschieden den Mißbrauch der Religion und der Kirche zu parteipolitischen Zwecken. Die Hineinziehung der Politik in den Gottesdienst und geistlichen Angelegenheiten schadet den wesentlichen Interessen der katholischen Kirche, deren Gläubige natürlich nicht ein und derselben Partei angehören können. Der Papst betrachte jede Einmischung des katholischen Klerus in parteipolitische Angelegenheiten als unstatthaft. Der heilige Stuhl habe anlässlich eines ähnlichen Vorfalles in Italien seinen Standpunkt in einem Rundschreiben des Papstes an die Bischöfe gekennzeichnet. Die in diesem Schreiben betonten Vorschriften könnten auch unverändert für Jugoslawien Geltung haben.

Der katholische Geistliche darf keinen Unterschied zwischen seinen Gläubigen machen und sündigt gegen seinen erhabenen Beruf, wenn er sich in die Leidenschaften des parteipolitischen Kampfes einläßt.

Das hat früher der Herr Landesrat Winkler hier bestätigt. Wir sagen nicht mehr und nicht weniger, als der heilige Vater in Rom zu seinen Hirten sagt. Ich glaube, daß auch in Österreich die römisch-katholische Kirche unter dem Papste steht, nicht nur in Italien und in Jugoslawien, daß auch in Österreich die Priester diese Befehle befolgen sollen, und daß, wenn diese solche Angriffe erheben, die nicht einmal wir Weltliche erheben, es Abscheu nicht nur unter unseren Wählern, sondern auch unter der christlichsozialen Wählerschaft hervorrufen muß. Wir sagen, der Priester soll sich nicht so einmengen in die Politik, er soll nicht so gegen den Bauernbund loswettern und uns nicht so hinstellen, als wenn wir der leibhaftige Antichrist wären. Sie kennen nicht, wenn Sie durch die Dörfer gehen, ob es christlichsoziale Bauern oder Bauernbündler sind. (Leichin: „Abzeichen!") Es wird aber immer Religion und Partei verwechselt. Ich glaube, daß Ihr beim Hintertürl hineingeschmuggelter Weidenhoffer sicherlich nicht halb so christlich ist, wie wir Bauernbündler. Wenn der Dr. Enge mich lächerlich machen will...

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Herr Redner, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Ferner (fortfahrend): weil ich im Burgenland bei einer Versammlung, weil es gerade 12 Uhr geläutet hat, abgeseht und dann für mich ein Vaterunser gebetet habe, das lasse ich mir von Ihnen nicht nehmen. (Peinfinger: „Das ist ein Irrtum, es ist ja zu Beginn der Versammlung gewesen!“) Ich bin einfach vom Nationalrat Luitzenberger terrorisiert worden, weil er gewußt hat, daß ich mit meinen praktischen Ausführungen Anhänger gewinnen könnte. Ich werde aber unentwegt weiter arbeiten, und in Zukunft wird es noch ein leichtes sein, die christlichsoziale Hochburg zu stürmen. (Beifall bei den Bauernbündlern.)

Präsident: Die Sitzung wird bis 5 Uhr nachmittags unterbrochen.

Der Präsident verkündet die eingebrachten Anträge; siehe Inhaltsverzeichnis.

(Die Sitzung wird am 13. März um 12 Uhr 40 Minuten nachmittags unterbrochen und am 13. März um 5 Uhr 5 Minuten nachmittags vom Präsidenten Kölbl wieder aufgenommen.)

Präsident: Ich eröffne die Sitzung wieder. Eingebracht wurde eine dringliche Anfrage der Abg. Regner, Pongraz, Machold, Oberzaucher und Genossen an den Landeshauptmann, betreffs Linderung der Not der Arbeitslosen durch Förderung der produktiven Arbeitslosenfürsorge.

Die Anfrage weist die erforderlichen zehn Unterschriften auf und entspricht daher den Anforderungen der Geschäftsordnung. Ich werde dieselbe nach dem ersten Redner, nachdem der Herr Landeshauptmann gegenwärtig nicht anwesend ist, zur Verhandlung bringen, da die Forderung der Geschäftsordnung, das ist Verhandlung vor der fünften Tagesstunde, ohnehin nicht eingehalten werden kann.

Zum Worte gelangt Herr Abg. Gartner.

Hartleb (zur Geschäftsordnung): Im Sinne der Geschäftsordnung stelle ich den Antrag, die Verhandlung über die Beilage Nr. 91 von der Tagesordnung abzuheben.

Präsident: Vor der Beschlussfassung muß vor allem die Beschlussfähigkeit des hohen Hauses festgestellt werden. Ich ersuche den Herrn Schriftführer, die Auszählung des Hauses vorzunehmen.

(Nach Auszählung des Hauses.)

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Ich lasse nun über den Antrag des Herrn Abg. Hartleb abstimmen.

(Der Antrag wird abgelehnt.)

Herr Abg. Gartner hat das Wort.

Gartner: Hohes Haus! Anlässlich der Debatte im hohen Hause wurde schon des öfteren betont, daß wir die Krankenkasse nicht aus Mangel an Verständnis dafür ablehnen, sondern deswegen, weil die Landwirtschaft die großen sozialen Lasten auf die Dauer nicht ertragen kann. Ich werde ein Gegenbeispiel bringen, und zwar aus einem Artikel, in dem ein bekannter Herr aus der Oststeiermark, ein reeller

Geschäftsmann, der aus den eigenen Erfahrungen heraus seine Ansichten kundgibt. Es betrifft dies nicht Landwirte, sondern Gewerbetreibende. Weil aber diese beiden in einem sehr innigen Zusammenhange stehen, fühle ich mich veranlaßt, diesen Artikel zu verlesen (liest):

„Erleichterungen im ländlichen Baugewerbe. Gegenwärtig ist diese Frage durch einen Antrag der Abgeordneten Jenz und Genossen im steiermärkischen Landtag wieder Streitgegenstand und, nach den Begründungen beiderseits zu schließen, eine gerechte Lösung nicht zu erwarten. Ich will im Nachstehenden jedoch versuchen, die streitenden Teile gegenseitig näherzubringen. Um was wird eigentlich gestritten? Die ländliche Bevölkerung verlangt gewisse Bauarbeiten aus der alleinigen Befugnis der zu teuer arbeitenden, konzessionierten Baugewerbetreibenden herauszunehmen, die Baugewerbetreibenden wehren sich dagegen unter Berufung auf ihre infolge des Mietengesetzes ohnehin große wirtschaftliche Notlage. Beide Teile haben recht. Das Problem muß gelöst werden. Die bisher bekannten Anträge scheinen hiezu jedoch nicht geeignet. Ich erinnere mich eines Mannes, dessen Wanduhr operationsbedürftig war. Er ging mit dem Perpendikel zum Uhrmacher. Dieser bedeutete ihm, daß er die Uhr sehen müsse, um die Ursache, warum sie nicht gehe, feststellen und beheben zu können. Der Mann meinte, der Uhr fehle nichts, nur der Perpendikel wolle nicht gehen. Auch in unserem Falle muß die Ursache der Unzufriedenheit festgestellt und behoben werden, nur dann ist die Frage dauernd gelöst; jede andere Maßnahme ist nur geeignet, das Übel zu vergrößern und noch mehr Verwirrung anzurichten. Welche sind die Ursachen? Der konzessionierte Baugewerbetreibende arbeitet zu teuer! Weil ihm die Flut der Gesetze ungeheure Lasten auferlegt! Wer macht die Gesetze? Die Volksvertreter! Wer hat sie hiezu ermächtigt? Das Volk selbst, 50 Prozent der ländlichen Bevölkerung. Ist somit die ländliche Bevölkerung mitschuld, daß die Arbeitslöhne so hoch belastet sind? Jawohl! Sie sind unbewußt mitschuldig, so gut wie die Gewerbetreibenden selbst. Es ist unverantwortlich, daß diejenigen bäuerlichen Abgeordneten, welche zur Schaffung der arbeitsverfeuernden Gesetze mitwirkten, vor ihrer Wählerschaft die Schuld den Gewerbetreibenden zuschieben und ihn als Sündenbock hinstellen, mithin die herrschenden Gegensätze noch vergrößern und ebenso unverantwortlich ist es, daß die leitenden Funktionäre der Baugewerbeverbände sich gegen die maßlose Verteuerung der Arbeit nicht energisch rüsten und für die Wünsche der ländlichen Rundschaften kein Verständnis haben. Der einsichtige Bauer vergönnt dem Meister seine Arbeit, gerne den Verdienst, nur hält er die hohen, sogenannten sozialen Lasten mit Recht für ganz unverständlich. Unbegreiflich für ihre sowie auch für den ländlichen Professionisten ist der Versicherungszwang gegen Arbeitslosigkeit ohne Anspruch auf die Unterstützung. Also nicht der Meisterverdienst ist den Besitzern zu hoch, sondern die Abgaben nur zugunsten der landflüchtigen Massen.“

Nachdem aber der befugte Gewerbetreibende gesetzlich verpflichtet ist, teuer zu arbeiten, trachtet die Kundschaft ihn zu umgehen und zieht Schwarzarbeiter und Pfuscher vor, und es ist der Antrag Jenz geeignet, durch gesetzliche Sanktionierung dieser Unbotmäßigkeiten die ländlichen Gewerbetreibenden zu bestrafen und das Grundübel: „Zwietracht im Landvolk“ zu verschärfen.

Da nun die Ursachen der Streitpunkte bekannt sind, wären, um beiderseits gerecht zu sein, folgende Wege zur Beseitigung der Übelstände gegeben:

Das ländliche Baugewerbe weiterhin unter der Befugnis von konzessionierten Fachleuten zu belassen, hingegen die sozialen Lasten abzubauen, somit direkt und durch zweckentsprechende und materialgerechte Behandlung sämtlicher Einzelfälle indirekt die ländliche Bauweise zu verbilligen, damit es der ländlichen, arbeitenden Bevölkerung ermöglicht werde, ein eigenes Heim aus geringen Ersparnissen zu erwerben. Wird dies erreicht, so ist der beklagenswerten Landflucht und der Zunahme des städtischen Proletariats ein nicht zu unterschätzender Damm entgegengestellt, welcher Zustand sich dann gewiß in einer besseren, eigentumschützenden Gesetzgebung auswirken wird. Dies ist aber nicht durch Zwiespalt, sondern durch Zusammenschluß des ländlichen Gewerbestandes mit dem Bauernstande zwecks Abwehr des gemeinsamen Feindes zu erreichen.

Mir wird von gewisser Seite vorgeworfen, daß ich arbeiterfeindlich und politisch einseitig gestimmt sei. Ich erhebe durchaus nicht Anspruch auf Vollwertigkeit, es mögen aber diese Zeilen beitragen, zu bezeugen, daß meine Gesinnung nicht ausbeuterisch, sondern volkswirtschaftlich eingestellt ist. In der Landwirtschaft aufgewachsen, habe ich meinen Beruf handwerksmäßig erlernt und Gelegenheit gehabt, sowohl die Leiden des Landwirtes, als auch jene des Bauprofessionisten und des selbstständigen Baugewerbetreibenden am Lande kennenzulernen und finde, daß die Inetreffen aller drei Stände bei gutem Willen wohl vereinbar sind.

Mögen sich die Herren am grünen Tisch bei Beratung des Antrages Jenz von diesem Wunsche leiten lassen.

Josef Suppan, Stadtmaurermeister und Geschäftsführer der landwirtschaftlichen Bau-genossenschaft Feldbach."

Wir können das gleiche Lied singen wie die ländlichen Gewerbetreibenden, auch wir müssen sagen, daß die sozialen Lasten, die uns aufgebürdet sind, es unmöglich machen, billiger zu produzieren, es sei denn, daß wir nicht schon von vorneherein daraufzahlen. Die Produktion erfordert Arbeitskräfte, und diese sind unsere Dienstboten, weil wir bei einer größeren Wirtschaft nicht imstande sind, alles selbst zu machen. Wenn sich der Bauer auch von früh morgens bis spät abends plagt, ist es unmöglich, die Produkte aus der Erde herauszuziehen, es müssen Dienstboten gehalten werden. Wenn wir Milchprodukte erzeugen, Fleisch produzieren wollen, jede dieser Leistungen kostet Geld, beziehungsweise Arbeitskräfte und ebenso,

wie beim Gewerbetreibenden die sozialen Lasten den Untergang bedeuten, ebenso wird es auch bei uns sein. Beim Gewerbetreibenden ist es noch etwas günstiger, der kann die sozialen Lasten heute noch teilweise auf die Produkte überwälzen, er kann Zuschläge auf seine Erzeugnisse machen und wird noch immer genug Absatz finden. Diese Möglichkeit ist aber dem Landwirte nicht gegeben, und zwar aus dem Grunde, weil die Marktpreise der einzelnen Artikel den Bauern zum Schweigen verurteilen. Der Bauer muß seine Produkte absetzen, ohne Rücksicht darauf, ob er bei der Gewinnung der Produkte einen Verdienst erzielt oder nicht. Wenn heute bei der Industrie weitere soziale Lasten auftreten, Gehaltsforderungen, wird die Industrie am nächsten Tage mit einem Preisausschlag vorgehen und den mit der Vermehrung der sozialen Lasten begründen. Wir können dies nicht tun, sondern müssen unsere Produkte zum Marktpreise abgeben und diesen Marktpreis spüren die Bauern. Hätten wir einen anderen Zolltarif bekommen, hätte man uns nicht in eine Zwangsjacke hineingesteckt, hätte man uns Bauern bei der Beratung des Zolltarifes gehört, so würden wir mit Freuden dem Antrage Jenz zustimmen und könnten sagen, wir sind imstande, diese sozialen Lasten zu tragen. Aber durch den Zolltarif ist uns dies unmöglich gemacht. Speziell die Gebirgsbauern sind diejenigen, die am meisten Arbeitskräfte brauchen, die Bauern in den Ebenen können die Arbeitskräfte vermindern, können maschinell arbeiten, aber die Gebirgsbauern brauchen Arbeitskräfte und es ist vollkommen richtig, wenn gesagt wird, die Gebirgsbauern werden nicht mehr in der Lage sein, diese Lasten zu tragen, sie werden ihre Dienstboten abbauen, mit anderen Worten gesagt, es wird eine Produktionsverminderung im ganzen Lande eintreten. Wer die Verhältnisse draußen kennt, wird dies nicht als Demagogie bezeichnen. Wenn wir das gesagt haben, so haben wir es nicht deshalb getan, um den Stenographen Stoff zu geben, zu schreiben, sondern wir haben es aus Überlegung getan, weil viele Bauern diese Äußerung getan und gesagt haben, wenn es so ist, dann werden wir den vierten Dienstboten nicht behalten, wir können nicht den Lohn zahlen, noch viel weniger die Lasten der Krankenkasse. Das geht bei der Industrie, die kann die Lasten ertragen, der Gewerbsmann am Lande aber nicht, weil dieser gleich mit uns leidet unter diesen Lasten. Die Industrie und speziell die Großindustrie schlägt einfach wieder auf und ihre Artikel werden doch Absatz finden. Wir kaufen deshalb doch nichts im Auslande, weil der Zolltarif uns dies verbietet. Wenn wir den Zolltarif nicht hätten, würden wir uns an das Ausland wenden und wären nicht auf das Inland angewiesen. Wenn wir aber Maschinen vom Auslande beziehen wollen, so kostet der Zoll beinahe so viel, als die Maschine kosten würde. Wir Bauernbündler wollen die Gesetzgebung so gestalten, daß sie den landwirtschaftlichen Erfordernissen angepaßt ist. Wir haben den Wählern versprochen, daß wir für die Interessen der Landwirtschaft eintreten werden und ich kann nicht verstehen, daß die christlichsoziale Bauernschaft, deren Abgeordnete hier sind, nicht mit uns einig ist. Es hat schon

ein Redner von uns gesagt, daß die christlichsozialen Bauernvertreter bisher in die Debatte noch nicht eingegriffen haben. Ich möchte die richtige Antwort darauf geben: Wenn sie jetzt zum Antrage sprechen, und zwar pro sprechen, dann werden Sie das Gegenteil von dem sagen, was sie sich denken. Soweit ich die christlichsozialen Bauern kenne, die haben mir das gleiche gesagt, was wir hier vertreten: Weg mit der Zwangskrankenkasse! Und siehe da, wie die große Protestversammlung ausgeschrieben war, damals hat man zur Beruhigung der Gemüter den Leuten versprochen, alles wird gemacht werden, macht es nur den Arbeitern nicht nach, macht keinen Aufmarsch, demonstriert nicht, es wird alles ruhig gemacht werden, die Sache wird so gemacht werden, wir werden eine freiwillige Versicherung bekommen. Man hat die Leute von der Protestversammlung abgehalten, trotzdem sind eine große Anzahl Andersgesinnter zu der Versammlung gekommen. Eines hätte den christlichsozialen Abgeordneten schon genug sein können, daß alle führenden Männer draußen sich mit unserem Antrage einverstanden erklärt haben. Die Entschuldigungen, die Kollege Hartleb vor sich liegen hat, sind mehr als die Hälfte von christlichsozialen Bauern unterschrieben. Die Christlichsozialen haben in der Pfarrbauernratsversammlung das gleiche verlangt. Ich war im unteren Murtale, in der Nähe der Heimat des Pfarrers Kölbl, dort habe ich auch erfahren, die Bauern sind mit uns einer Meinung und sagen, die Christlichsozialen wollen auch das gleiche haben. Es hat sich auch zugetragen, daß Christlichsoziale für uns gesprochen haben, den Beweis hat Kollege Ferner gebracht, daß Landesrat Gaf den gleichen Antrag vertreten hat, wie wir. Alle sind einig, daß die Zwangskrankenkasse für die Landwirtschaft unmöglich ist. Wir müssen uns in die Lage eines Bauern denken, der nicht in der Lage ist, die notwendigen Ausgaben für den Haushalt zu leisten. Es gibt Bauern, die heute, wenn sie zwei bis drei Stunden heimgehen müssen, sich nicht in ein Gasthaus trauen, nicht vielleicht um ein Viertel Liter Wein zu trinken, sondern eine warme Suppe zu essen, weil ihnen um die paar Kreuzer schon leid ist, die ihnen wieder abgehen würden. Schauen wir in die Gegenden, wo der Betrieb keine jedes Jahr garantierten Einnahmen hat. In letzter Zeit sind an die weinbautreibenden Bauern in Niederösterreich vom Staate Unterstützungen hinausgegeben worden, weil man die katastrophale Lage derselben erkannt hat. Man hat Unterstützungen gegeben, Bekämpfungsmittel zu billigen Preisen abgegeben, alles in der Annahme, daß, wenn man es nicht getan hätte, der Betrieb lahmgelegt gewesen wäre. Ich habe schon in meinen letzten Ausführungen betont, daß gerade diese Betriebe mehr Dienstboten beschäftigen müssen. Gerade die ungewissen Einnahmen der Weinbautreibenden bedingen, daß soziale Lasten abgebaut werden müssen, aber nicht noch dazugegeben werden können. Der Weinbauer ist sozusagen auf das Lotteriespielen angewiesen. Die letzten vier, fünf Jahre haben wir nur ein, oder sagen wir zwei gute Weinjahre gehabt, während die anderen Jahre für den Weinbauern

gar keine Einnahmen gebracht haben, die Ausgaben aber auf der gleichen Höhe geblieben sind, ja sogar noch höher geworden sind. Wenn man auf die Lage der Leute Rücksicht nimmt, indem man Steuererleichterungen, Abschreibungen gewährt, und wir dann mit einem Gesetze herauskommen, wo wir die Bauern zwingen, ihre Leute versichern zu lassen, Hunderttausende im Monat für etwas hinauszuerwerfen, was sie ganz und gar für unnötig halten, weil sie im Falle der Erkrankung eines Dienstboten jederzeit das möglichste getan haben, wenn wir mit einem solchen Gesetze kommen, dann würden sie sagen, warum haben wir Bauern euch hineingewählt, wenn wir so ein Gesetz bekommen. Es hat zu diesem Antrag leider von der Gegenseite noch kein Bauer gesprochen, es hat nur Abg. Jenz gesprochen und Dr. Enge hat sich heute mit bauernfeindlichen Zwischenrufen bemerkbar gemacht. Ich überlasse es dem Kollegen Ferner, daß er den Dr. Enge darüber aufklärt, was für ein Unterschied zwischen einem Sauschneider und dem Dr. Enge ist. Er wird schon Gelegenheit nehmen, dem Dr. Enge das zu beweisen. Ich will hier nicht vorgreifen. Ich will auch nicht auf den Wiß vom Damenschneider verfallen, aber ein bißchen vom Halsabschneider könnte man schon erzählen. Es wäre traurig, wenn man die Sache von der lächerlichen Seite nehmen würde. Es wird uns hauptsächlich vorgeworfen, daß wir leichtsinnig Obstruktion betreiben. Wir betreiben nicht leichtsinnig Obstruktion. Wenn wir Obstruktion betreiben, so ist es nach Ansicht der praktischen Bauern eine Notwendigkeit. Wenn wir so ruhig alles über uns ergehen lassen würden, dann könnte man sagen, für was brauchen wir Abgeordnete, die vom Landvolke gewählt werden, dann könnte man sagen, wir gehen überhaupt nicht mehr zur Wahl, weil so keiner sich getraut, aufzutreten. Die Einigkeit ist ja auch nicht überall bei den Christlichsozialen gegeben. Wenn man den Sonntagsboten vom 28. Dezember 1924 zur Hand nimmt, so lesen wir folgende bemerkenswerte Worte (liest):

„Kürzlich haben die christlichsozialen Landtagsabgeordneten dem Landtage von Oberösterreich einen Antrag vorgelegt, der die Krankenfürsorge für die Landarbeiter zum Gegenstande hat. Das bisher gültige Krankenversicherungsgesetz ist bei Bauern und Landarbeitern auf vielfachen Widerstand gestoßen. Das lag nicht allein in der auch sonst oftmalig auftretenden Abneigung gegen alles Neue. Es waren wirklich auch sachliche Mängel im Gesetze. Denn man hat aus Mangel an Erfahrungen zu stark vieles, was für die inbuddriellen Verhältnisse paßte, auf das Land übertragen.“

Die christlichsoziale Partei hat gleich nach dem Umsturze die veraltete Dienstbotenordnung durch ein modernes Arbeiterrecht ersetzt, sie hat erst vor wenigen Tagen durch Annahme eines Antrages der Abg. Sonnhaber und Genossen den ersten Schritt in der so wichtigen Sekhaftmachung der Landarbeiter in Oberösterreich getan. Sie hat auch sofort nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes in unzähligen Besprechungen und Beratungen Grundsätze aufge-

stellt, die der landesgesetzlichen Regelung der Krankenfürsorge der Landarbeiter Richtung geben sollten.

Der Führer der oberösterreichischen Bauernschaft, Abg. Födermayr, hat an der Spitze des Bauernbundes in vorbildlich sozialem Fühlen ununterbrochen darauf hingearbeitet, daß zur rechten Zeit im Landtage eine verhandlungsreife Vorlage eingebracht werde und daß die Landarbeiter nicht plötzlich vor der Tatsache stehen, daß sie in kranken Tagen keinen gesetzlichen Schutz mehr haben. Er hat mit allem Nachdruck dafür geworben, daß in das neue Gesetz keine Verschlechterungen, sondern die möglichsten Verbesserungen für die Landarbeiter hineinkommen. Er hat besonders getrieben, daß man zugleich die Frage der Altersversicherung in Angriff nehme. Die Vorarbeiten wurden in stetem Einvernehmen zwischen christlichsozialem Bauernbund und Landarbeiterbund gemacht. Die Vertrauensmänner beider Organisationen wurden zu wiederholten größeren und kleineren Besprechungen einberufen, alle Anregungen wurden gewissenhaft beachtet. So ist der am Freitag eingebrachte Entwurf aus einer Art Volksbefragung entstanden.

Ein Grundgedanke, der im Gegensatz zum bisherigen System steht, ist der, daß die neue Anstalt eine Landesanstalt sein soll. Die Geldmittel sollen auf dem Wege einer Pauschalierung aufgebracht werden, wobei auf jene Landwirte, die keine fremden Dienstboten beschäftigen, gebührend Rücksicht genommen ist. Die Mitarbeit der Gemeinden soll eine sehr weitgehende sein. Damit ist nicht bloß eine Verbilligung der Verwaltung beabsichtigt, sondern auch eine Verknüpfung der ganzen Krankenfürsorge mit den eingelebten demokratischen Einrichtungen des flachen Landes. Die Leistungen an die erkrankten Mitglieder der Anstalt sind im Verhältnis zu den bisherigen Bestimmungen nicht vermindert, sondern in vielen Dingen erhöht, nur sind sie auch den tatsächlich vorhandenen Verhältnissen angepaßt. Besondere Rücksicht ist genommen auf die verheirateten Arbeiter.

Mit der Krankenfürsorge soll auch die Altersversicherung in Angriff genommen werden. Hier ist an das alte und bewährte System der Rentensparkasse gedacht, das unter Anlehnung an die in Bayern bewährte Übung des Markenbezuges ausgebaut werden soll.

Die Zeit drängt. Mit 6. Februar tritt das bisherige Gesetz außer Kraft und stellt die bisherige Krankenkasse ihren Dienst ein. Bis dorthin muß das neue Institut bereits lebendig sein."

Sie sehen, auch hier sind andere Ansichten vorhanden. Es herrscht in ihren Reihen nicht nur eine Ansicht, wie die Christlichsozialen sagen. Ich habe noch einen Artikel im „Sonntagsbote“ vom 10. August 1924 gelesen. Da schreibt auch wieder unter der Rubrik „Der Landarbeiter“ ein ländlicher Dienstbote, der nicht Mitglied unserer Organisation ist, folgendes (liest):

„Ich erlaube mir, über die Dienstbotenkrankenkasse einige Worte an Euch zu richten. Die Dienstboten-

krankenkasse ist einerseits ganz vernünftig eingeführt, weil einige Dienstboten bei ihren Dienstherrn im kranken Zustande manchmal nicht gut behandelt wurden. Aber wenn man noch tiefer hineinschaut, so ist nach meiner Vermutung diese Dienstbotenkrankenkasse nicht für das Wohl der Dienstboten, sondern nur dafür, daß wieder neue Beamte angestellt werden können."

Das schreibt der „Sonntagsbote“ selbst, und zwar ein Arbeiter (liest): „Die von dem Dienstbotenlohn saugen.“ Was sagen Sie, Herr Wagner, dazu? (Wagner: „Ich verbiete mir diese Bemerkung, als ob ich von den Löhnen der Dienstboten leben würde. Das ist eine Gemeinheit! Ich werde Ihnen schon die Antwort geben!") Alle lesen ja den „Sonntagsboten“ nicht. Es ist ganz gut, wenn man verliest, was darin steht (liest): „Jetzt, bei dieser hohen Einzahlung, werden auch wieder einige Dienstgeber ihre Dienstboten entlassen.“ Früher haben Sie gesagt, das ist nicht wahr, entlassen wird keiner den Dienstboten. Pfarrer Jenz hat im Sonntagsboten gesagt, daß kein Bauer einen Dienstboten entlassen wird. Da schreibt nun ein Arbeiter selbst, daß er fürchtet, daß wieder einige Dienstgeber die Dienstboten wegen der hohen Prämienzahlung entlassen werden. Die Beweise sind ganz gut. Wir haben ganz recht, wenn wir der Ansicht sind, daß es zu Arbeiterentlassungen führen wird (liest):

„Es gibt ja alte, gebrechliche Dienstboten, die nur um die notwendige Kleidung dienen, diese sind jetzt alle sehr bitter getroffen, und man hat sich das von der konservativen Partei nicht erhofft, daß sie die landwirtschaftlichen Dienstboten so mit List einfängt."

Also mit List einfängt. Die Dienstboten glauben selbst, daß sie mit List eingefangen werden (liest):

„Es wäre viel menschlicher, eine Altersversorgung zu schaffen, damit die alten, ausgemerkten landwirtschaftlichen Dienstboten in ihren alten Tagen eine Stütze und Zuflucht haben und nicht der Ofenbank in der Gemeinde zur Last fallen. Für die Arbeitslosen wirft der Staat heute das Geld hinaus, junge, ledige, kräftige Burschen tacinieren herum und gehen wöchentlich ihre Unterstützung aufheben und kümmern sich um gar keine Arbeit mehr, und man hört nur sagen: Arbeiten tut der Dumme! Wo geht denn der landwirtschaftliche Arbeiter hin Unterstützung aufheben."

Diesen Artikel hat ein landwirtschaftlicher Dienstbote geschrieben und Sie sehen, daß es absolut wahr ist, wenn gesagt wird, daß wir nicht dieselben Behauptungen als Bauern aufstellen. Sie sehen, daß wir in dieser Hinsicht mit den Dienstboten eins sind. Aber ich kann folgendes nicht verstehen: Während des Krieges hat man immer gesagt, die Landwirtschaft muß gehoben werden, die Produktion muß gehoben werden. Damals hat man das gesagt unter dem Drucke, weil der Hunger vor der Tür gestanden ist, jetzt hat man aber diese Versprechungen wieder vergessen. Man geht darauf aus, den Bauern überhaupt die Arbeit zu erschweren, ihnen

das Leben unmöglich zu machen, die Arbeit ganz zu vereckeln und die Bauern überhaupt auszurotten. Ich kann kein anderes Wort finden, wenn wir uns die Gesetze vor Augen halten, die seit dem Kriege beschlossen worden sind. Für die Produktionsförderung ist noch sehr wenig geschehen. Wenn man sich die Summen anschaut, die man für die Produktionsförderung ausgeworfen hat, so muß man sagen, daß diese in keinem Verhältnisse zum wirklichen Bedürfnis der Landwirtschaft stehen. Im Kriege hat man jedes Stück Grund bebauen wollen, unter jedem Kastanienbaum hat man schon Erdäpfelfelder gemacht, Straßen hat man umzuackern angefangen, um die Produktion zu fördern. Heute vergißt man darauf. Was werden wir machen, wenn wir wieder in einen ähnlichen Zustand hineinkommen, wenn wir unsere Flächen, die heute noch ertragsfähig sind, und diese Flächen, die heute noch steigerungsfähig sind, veröden lassen? Wenn wir nicht die nötigen Leute dazu haben, daß wir diese Grundstücke in gutem Zustande erhalten, was werden wir dann machen, wenn wir wieder abgeschlossen sind von der Außenwelt? Und der Fall kann eintreten. Wir werden nicht ewig und immer mit unseren Nachbarvölkern so leben, daß wir vom Auslande alles kriegen. Es können Umstände eintreten, daß die Grenzen auf einmal gesperrt werden oder aber es könnte eine allgemeine Missernte im Auslande eintreten, wer kann das wissen, so daß wir nichts hereinkriegen. Zuerst werden die Außenstaaten ja ihren Bedarf decken. Wir sind aber jetzt darauf eingestellt, daß wir alle unsere Artikel ganz falscherweise vom Auslande beziehen, Getreide, Kartoffeln, Fleisch usw. Wohin kommen wir dann? Wir brauchen nur unsere Handelsbilanz anzusehen und mit Grauen müssen wir sehen, wie diese Handelsbilanz gestellt ist und wie die Einfuhr der landwirtschaftlichen Artikel sich steigert trotz der Versicherung der Landesregierung, daß auf die Landwirtschaft geschaut werden muß, trotz der Versicherung der Landesregierung, daß die Produktion gefördert werden muß. Eine Produktionsförderung auf dem Papier allein nützt uns nichts. In der Praxis muß die Möglichkeit geschaffen werden, daß wir Bauern von dieser Förderung der Produktion etwas haben. Was nützen uns alle Vorlagen und alle Fachzeitungen, wenn uns Bauern Anleitungen gegeben werden, die wir nicht in die Tat umsetzen können. Die christlichsozialen Bauern, nicht die hier sitzen, es waren heute einige christlichsoziale Bauern auf der Galerie, die sind nachher zu uns gekommen und haben gesagt, daß wir vollkommen Recht gehabt haben und daß sie es nicht begreifen, wieso gar keiner von den Herren drüben zu diesem Antrage spricht. Sie können es sich nicht vorstellen, wieso ein Antrag, ein so wichtiger Antrag für die Landwirtschaft, so wenig auf der rechten Seite des hohen Hauses beleuchtet wird. Sie haben gesagt, daß sie gedacht haben, daß die christlichsozialen Bauernvertreter im Landtage auch so sprechen wie in ihren Versammlungen, die draußen abgehalten werden. Sie haben mich gefragt, ob das immer so ist und ich habe gesagt, sie müssen sich öfter überzeugen kommen, sie sollen sich

überzeugen, was die Herren zu diesem Antrage gesprochen haben. (Zingl: „Reden Sie nicht einen solchen Blödsinn zusammen!“) Sie brauchen sich nur die stenographischen Protokolle anschauen, daraus werden Sie sehen, daß zu diesem Antrage keiner von den christlichsozialen Bauern gesprochen hat. (Zwischenrufe.) Ich glaube, wenn Sie sprechen würden, so würden Sie einen noch größeren Blödsinn sprechen und warum? Weil Sie nicht aus Überzeugung sprechen. Wir dürfen das sagen, was wir denken, bei uns wird uns der Mund nicht zugehalten. Sie dürfen nicht, Sie möchten ja gerne. Weil es Ihnen aber diktiert wird, müssen Sie das tun, zu dem Sie natürlich verhalten werden. Sie müssen dann die Hand aufheben, wenn es heißt: „Jetzt hält Pfarrer Jenz die Hand in die Höhe“, wenn Sie auch im Innern die Hände lieber drunten behalten und dem bündlerischen Antrage zum Siege verhelfen möchten. Aber leider Gottes, ist es so. Der Zwang ist da und gegen diesen haben Sie nichts zu unternehmen. Wir sind noch stolz, daß wir eine kleine Partei sind, wir sind stolz darauf, daß wir offen und ehrlich, von der Leber weg sprechen können und wir sagen das Gleiche unseren Leuten draußen.

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Herr Abgeordneter Ihre Redezeit ist zu Ende.

Gartner (fortfahrend): Wenn Sie uns auch draußen als eine Partei hinstellen, die zu klein ist, um etwas durchzubringen, eines sehen die Leute, daß wir im hohen Hause nichts anderes reden als draußen, daß wir gehalten haben, was wir versprochen haben, daß wir für die Interessen der Bauernschaft arbeiten und eintreten.

Präsident: Es kommt nunmehr zur Verhandlung die dringliche Anfrage der Abg. Regner, Pongraf, Machold, Oberzaucher und Genossen an den Landeshauptmann, betreffend Linderung der Not der Arbeitslosen durch Förderung der produktiven Arbeitslosenfürsorge.

Zur Begründung dieser Anfrage erteile ich dem Herrn Präsidenten Regner das Wort.

Regner: Hohes Haus! Ich habe die Aufgabe zugewiesen erhalten, an den Herrn Landeshauptmann die Anfrage zu richten, wie er sich zu den Fragen, die in unserer Anfrage enthalten sind, stellt. Das Problem der Arbeitslosigkeit ist von so starker und von so einschneidender Bedeutung für unser Wirtschaftsleben, daß es notwendig ist, die diesbezüglichen Fragen mit einer entsprechenden Aufmerksamkeit und entsprechendem Entgegenkommen zu untersuchen, es ist notwendig, die Not zu lindern und nach Möglichkeit zu beseitigen. Die Arbeitslosigkeit hat in Steiermark jetzt die höchste bisher dagewesene Ziffer erreicht. Wir haben rund 28.000 angemeldete Arbeitslose mit einem Familienstand von fast 100.000 Menschen. Also so viele Menschen sind es, die heute unter der Arbeitslosigkeit leiden. Die bekommen eine Unterstützung von 2 S 60 g, es ist dies das Höchstausmaß, es gibt aber auch viele, die nur die Hälfte erreichen; und das bei dem heutigen Zustande der Teuerung, wo das Mehl fast 1 S, das Brot fast 1 S, der Liter Milch 50 g erreicht. Es ist jedem einzelnen leicht möglich,

zu errechnen, was die Arbeitslosen mit dem Gelde, das zur Verfügung steht, für die Familie und Haushalt leisten können. Die Wohnungsnot wirkt ebenfalls auf die Arbeitslosen bereits dadurch ein, daß sie außerstande sind, die hohen Umlagen, die von Land, Gemeinde und Bezirk auf den Wohnungszins aufgelegt werden, erschwingen zu können. Die Not ist so stark, daß man an dem Schrei derjenigen, die sich in dieser Verzweiflung an die Behörden und an die gesetzgebenden Körperschaften wenden, nicht gedankenlos und gefühllos vorübergehen kann. Die Arbeitslosen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wollen kein Almosen, sie wollen nicht, daß man ihnen vorwirft, daß sie vom Land und vom Mark des Landes zehren, Steuergelder verbrauchen, die unfer ebenso großen Schwierigkeiten geleistet werden; sie wollen Arbeit, Arbeitsgelegenheit haben, durch ihre eigene Tätigkeit, durch ihre Arbeit wollen sie sich einen Erwerb und eine Existenz schaffen, so wie es ansonst war, so wie sie es gelernt haben, wünschen sie, daß es wieder sein soll. Die Arbeitslosen wünschen Arbeitsgelegenheiten, wünschen die Möglichkeit, daß jene Intelligenz, die in ihnen steckt und jene Kraft, die zur schaffenden Arbeit vorhanden ist, verwendet werden soll für unser Wirtschaftsleben, für sich selbst. Darum muß ich an Sie und besonders an den Herrn Landeshauptmann die Bitte richten, die notwendigen Anordnungen zur Unterstützung der produktiven Arbeitslosenfürsorge zu treffen.

Die Arbeitslosenfürsorge hat den Zweck, daß jene Körperschaften oder jene Unternehmer für Arbeiten, die sie ansonst nicht verrichten würden, die sie jedoch verrichten, um Arbeitslose derzeit zu verwenden, vom Bunde einen gewissen Beitrag als Darlehen oder Tageszuschuß bekommen. Dieses Gesetz ist in seiner sozialen Auffassung außerordentlich wohlthätig, jedoch in seiner Auswirkung, beziehungsweise Handhabung hat es eine solche Menge von Schwierigkeiten und Hemmnissen, daß es ein Leidensweg ist, wenn eine Gemeinde, ein Bezirk oder vielleicht das Land diese produktive Arbeitslosenfürsorge in Anwendung nehmen muß. Es kommt nicht selten vor, daß Gemeinden oder Bezirke, die durch eine Bautätigkeit, die sie entfalten, sei es durch Straßen- oder Brückenbau, durch Häuserbau oder sonstige Tätigkeit, Arbeitslose in Arbeit stellen könnten, wenn sie eine Eingabe an das Bundesministerium machen, so viel Schreiberien und Hemmnisse daraus erwachsen, daß es oft monatelang dauert, bis eine solche Eingabe überhaupt erledigt ist. Es ist oft auch dann die Durchführung der Arbeit kaum mehr möglich, weil vielleicht die Zeit vorbei ist, in der die Arbeit hätte geleistet werden sollen. Es kommt vor, daß eine Eingabe unter fast schikanöser Behandlung zurückgeschickt wird, weil die Baupläne leichte technische Fehler aufweisen, es kommt vor, daß es plötzlich im Ministerium draußen jemanden einfällt, daß bei Beschlüssen die Gemeinde und bei Bedeckungsfragen der Bezirksverwaltungsausschuß nicht gehört wurde. Das geschieht in Steiermark, da in allen anderen Ländern Bezirksverwaltungsausschüsse nicht sind. Es kommt vor, daß der

Akt, wenn er 2 bis 3 Monate gelaufen ist, zurückkommt mit der Begründung, der Bezirksverwaltungsausschuß muß dazu seine Genehmigung erteilen, daß die Gemeinde den Vorschuß, beziehungsweise das Darlehen der produktiven Arbeitslosenfürsorge in Verwendung nehmen kann. Das dauert wieder 4 Wochen, es muß ein Gemeinderatsbeschluß gefaßt werden, eine Urwählerabstimmung muß eingeleitet werden. Dann muß der Akt an den Bezirksausschuß gehen, der dort nach der notwendigen Zeit für die Einladung diesen Beschluß faßt. Es vergehen wieder vier Wochen, und wenn es dann endlich einmal zur Erledigung kommen könnte, findet man neuerlich einen Haken, indem man sagt, ob der Bau, ob diese Ausführungen auch wohl dem Vereine für Heimatschutz entsprechen. Da beginnt nun neuerlich ein Leidensweg, ein neuer Canossagang, um zu erheben, ob dieser Bau oder die Bauten in dem Sinne des Verbandes oder Vereines für Heimatschutz ausgeführt werden. Man hat sich nicht gefragt, als man Rauchfänge für Fabriken aufgeführt hat, als elende Arbeiterwohnungen in früheren Zeiten errichtet wurden in den Betriebsstätten der Alpine Montangesellschaft, ob der Verein für Heimatschutz wohl dazu seine Zustimmung gibt. Aber jetzt befragt man das Ministerium oder den Verein für Heimatschutz, ob der seine Einwilligung gibt. Das sind einige Dinge, die zeigen, unter welchen schwierigen Verhältnissen die Bautätigkeit und die Inanspruchnahme der produktiven Arbeitslosenfürsorge heute leiden.

Wir sind der Überzeugung, daß der Herr Landeshauptmann sicherlich interessiert sein wird daran, daß die Beamten der Burg, die ja der Bundesregierung unterstehen und deren Aufträge durchführen müssen, die ihnen von Wien aus erteilten Befehle, nicht in einer noch viel schlimmeren Form ausführen und nicht noch viel rigoröser, als wie das Ministerium es wünscht, bestrebt und bemüht sind, die Anwendung der produktiven Arbeitslosenfürsorge jedermann zu vereiteln, so daß die Anwendung der „Produktiven“ in Steiermark in so geringer Form erfolgt. Es wäre möglich, daß auch unser Land vielmehr leisten könnte und ich verweise auf das kleine Land Vorarlberg, welches in erstaunlicher Form die „Produktive“ in Anwendung genommen hat. Es dürfte die Herren und Damen des hohen Hauses gewiß interessieren, wenn Sie sich das Album vorlegen lassen, welche großen, hervorragenden und gewaltigen Bauten und wie viele Bauten dieses kleine Land Vorarlberg bereits auf Grund der „Produktiven“ vorgenommen hat mit dem Effekte, daß draußen die Arbeitslosigkeit lange nicht in so drückender Form auf der Arbeiterschaft liegt, wie bei uns in Steiermark. Die Schwerindustrie und gerade jene Teile der Arbeiterschaft wurden durch die Krise, die auf uns liegt, am meisten betroffen, die für Steiermark eine unbedingte Notwendigkeit sind. Denn wenn sie abwandern oder sich anderen Berufen zuwenden würden, so würde unsere Schwerindustrie nur sehr schwer wieder jene für uns so notwendigen Produktionsstätten aufrichten können, wie sie seinerzeit, veranlaßt durch die Berufslosigkeit zum Ruhme für

unsere österreichische Eisen- und Schwerindustrie geworden ist. Das Land Steiermark hat bis jetzt so wenig auf dem Gebiete der „Produktion“ getan, es ist zwar in Aussicht genommen worden, daß das Werk Mignitz-Pernegg zum Ausbau kommen soll, es würde eine große Anzahl von Arbeitslosen Verwendung finden, natürlich nur ein kleiner Bruchteil von den Tausenden, die in Steiermark arbeitslos sind, aber es gäbe noch andere Tätigkeiten, wo Hunderte von Arbeitslosen beschäftigt werden können; Straßenbauten, Brückenrenovierungen und andere Bauten, selbst an unseren Landeshäusern, bei landschaftlichen Instituten und Betrieben würde es sehr gut möglich sein, eine große Anzahl von Arbeitslosen zu verwenden. Unser eigenes Landhaus, das sich in einem sehr tristen Bauzustande befindet, bedarf so dringend einer eingehenden Reparatur und auch da könnte wieder eine Reihe von Arbeitslosen Verwendung finden, die dann eine andere Existenz, eine andere Lage haben würden, als es durch die aufgewendete Arbeitslosenfürsorge möglich ist.

Ein weiteres Kapitel, Herr Landeshauptmann, wäre das, daß wir Sie, Herr Landeshauptmann, auch ersuchen, Ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß bei den industriellen Verbänden und gewerblichen Genossenschaften dahin gewirkt wird, daß für die Arbeiter und jene Kreise, die bei der Arbeitslosenversicherung gemeldet erscheinen, es unter allen Umständen verhindert wird, daß diese Arbeiter entlassen und ausländische Arbeiter herbeigezogen und nach Österreich gebracht werden. Ich möchte behaupten, daß es nicht immer die Qualität des ausländischen Arbeiters bedingt, daß Fremde nach Österreich geschafft werden, während Einheimische in Österreich Arbeit nicht finden können. Und ich würde daher bitten, daß Einfluß dahin genommen wird, daß durch die industriellen Verbände einerseits und aus den Arbeitslosenämtern sowie aus der IWA, andererseits die Arbeiter bezogen werden. Wir Gemeinden empfinden es sehr schwer, daß bei uns der Arbeitslosen immer mehr werden, die aus dem Reservoir der in den Gemeinden liegenden Arbeitern bezogen werden und daß die Arbeiter, die der Landwirtschaft entzogen werden, die auf Arbeitslosenunterstützung keinen Anspruch hatten, in die Industrien gedrängt werden, während die Industriearbeiter arbeitslos bleiben. Wir würden bitten, daß der Herr Landeshauptmann sich dafür annimmt und sich bemüht, seinen Einfluß bei den Genossenschaften dahin geltend zu machen.

In letzter Linie möchte ich darauf verweisen, daß die Anwendung der produktiven Arbeitslosenfürsorge vom Staate in den meisten Fällen nur dann gewährt wird, wenn jene Stellen, die die „Produktive“ in Anwendung nehmen, auch mit einer entsprechenden Bedeckung diese Anwendung selbst begründen konnten. Die Gemeinden würden sehr gerne eine Reihe von dringenden größeren, sehr notwendigen Bauten ausführen, einerseits um die Wohnungsnot zu lindern, andererseits um die notwendigen Arbeiten verrichten zu lassen, sei es nun in Straßen- oder Brückenbau, wenn sie die notwendigen Mittel hätten. Es würde

manche Gemeinde oder ein Verband von Gemeinden in der Lage sein, ausländische Kredite zu bekommen, wenn das Land zur Aufnahme dieser Kredite eine gewisse Garantie übernehmen würde, daß diese Kredite bezahlt werden. Kein Geld brauchen die Gemeinden, sondern sie brauchen nur die Übernahme der Garantie und es würde ihnen dann eine Reihe von Milliarden zur Verfügung stehen, welche wieder zu Investitionszwecken, zur Hebung der Bautätigkeit Verwendung finden würden. Die Hebung der Bautätigkeit läßt wieder eine Reihe von anderen Gewerben mit Arbeitern versorgen und dadurch würden nicht nur jene Arbeiter Verwendung finden, die im Baugeschäft tätig sind, sondern sehr viele Kleingewerbetreibende und eine Reihe von anderen Gewerben, die mit dem Baugewerbe in inniger Verbindung stehen, würden ebenfalls wieder Arbeiter beschäftigen können. Wir würden den Herrn Landeshauptmann bitten, er möge sich dahin entscheiden, daß für diese Gemeinden die notwendige Garantie seitens des Landes gegeben wird, um die Möglichkeit der Aufnahme eines Auslandsdarlehens zu schaffen, damit die Arbeitslosigkeit dadurch eine wesentliche Behinderung erfährt.

Herr Landeshauptmann, nicht eine Anfrage soll es sein, die wir an Sie richten, sondern diese Interpellation beinhaltet eine Reihe von Problemen und ich bitte daher, diese Anfrage nicht mit einer einfachen Antwort zu erledigen. Wir bitten, diese Anfrage nicht mit einigen Worten abzutun, sondern diese Probleme hinauszutragen aus der Landstube in die Stube der Landesregierung und sie so zu behandeln, damit sie in der Tat mildernd und lindernd im heutigen Krisenzustande wirken soll. Es ist uns nichts genützt damit, wenn der Herr Landeshauptmann eine Zusage macht, die unsern Wünschen Rechnung zu fragen verspricht, die Notwendigkeit allein, abzuheilen und der gute Wille kann nicht helfen. Man darf an diesen Problemen nicht achtungslos vorbeigehen, man muß sich bemühen, jene Not, in der die Arbeiterschaft hineingekommen ist, nach ihren Grundursachen zu untersuchen, man muß sich bemühen, jene Not zu lindern, soweit wir die Möglichkeit dazu haben, soweit es in unseren Kräften steht, diese Menschen wieder zur Arbeitstätigkeit zu verwenden, damit sie ihre Kraft wieder dem Wirtschaftsleben zur Verfügung stellen.

Ich richte daher an den Herrn Landeshauptmann folgende Anfrage (liest):

1. Sind dem Landeshauptmann die Zustände bei der Behandlung von Ansuchen der Gemeinden um Gewährung eines Bundesbeitrages für Zwecke der produktiven Arbeitslosenfürsorge bekannt?

2. Ist der Landeshauptmann bereit, bei den ihm unterstehenden Behörden, insbesondere aber bei den zuständigen Bundesministerien, dahin Einfluß zu nehmen, daß alle in Betracht kommenden Stellen die Bestrebungen der Gemeinden nicht nur nicht verzögern, sondern auf das tatkräftigste unterstützen?

3. Ist der Landeshauptmann bereit, dafür Sorge zu tragen, daß auch das Land Steiermark selbst auf dem Gebiete der produktiven Arbeitslosenfürsorge mit gutem Beispiele vorangeht?

4. Ist der Landeshauptmann bereit, auf die Industriellen dahin einzuwirken, daß sich die Unternehmungen bei Einstellung von Arbeitskräften ausschließlich nur an die Arbeitslosenämter, beziehungsweise an die Industrielle Bezirkskommission, wenden?

5. Ist der Landeshauptmann in der Lage, mitzuteilen, wie es mit dem Ausbau der zwei Stufen Bruck—Mürznitz steht und wann die Einstellung von Arbeitskräften erfolgen wird?

6. Ist der Landeshauptmann bereit, dafür einzutreten, daß das Land Steiermark jene Gemeinden durch Übernahme der Landeshaftung unterstützt, welche zum Zwecke der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten und Inanspruchnahme der produktiven Arbeitslosenfürsorge Auslandskredite aufnehmen wollen?"

Ich bitte den Herrn Landeshauptmann, diese, unsere Anfrage, wie ich schon vorher erwähnt habe, nicht mit einer bloßen Antwort zu erledigen, sondern ich würde, Sie bitten, diese sechs Fragen als Probleme zu behandeln, die weit über den heutigen Tag die Landesregierung beschäftigen sollen, damit wir einerseits in der Arbeitslosenfürsorge etwas tun, und andererseits etwas zur Erhaltung der Arbeiter und der Arbeitskräfte, die wir in Zukunft wieder brauchen werden, uns bemühen, dieselben vor allzu großem Elend zu bewahren. Wir hoffen, daß der Herr Landeshauptmann die hohe Wichtigkeit, die in der Beantwortung dieser Fragen liegt, erkennen wird und auch danach zu handeln bereit ist. (Beifall.)

Präsident: Zur Beantwortung dieser Anfrage erteile ich Herrn Landeshauptmann das Wort.

Dr. Rintelen: Hohes Haus! Das Problem der Arbeitslosigkeit hat gegenwärtig wirtschaftlich und sozial so drückende Formen angenommen, daß es begreiflich ist, daß dieses Problem auch dieses hohe Haus schon wiederholt beschäftigt hat; und ich bin mit Rücksicht auf die große Bedeutung dieses Problems dem Herrn Interpellanten nur dankbar, daß er durch seine so eingehend ausgeführte Anfrage mir neuerlich Gelegenheit gibt, hierzu Stellung zu nehmen. Das Problem der Arbeitslosenfürsorge hat ja nicht bloß deshalb eine Bedeutung, weil eine große Anzahl von Menschen bei uns der Arbeit beraubt ist, sondern es hat auch deshalb Bedeutung, weil es geeignet ist, die Gefahr hervorzurufen, daß wir Teile unserer qualifizierten Arbeiter verlieren und dadurch auch in unserer Produktion zukünftig wirtschaftlich schwer gefährdet sind. Die Landesregierung und ich haben uns mit diesem Problem gerade in der letzten Zeit, aber auch schon früher in stets zunehmender Weise beschäftigt.

Wenn ich heute zuerst auf das vom Herrn Vorredner besprochene Problem des Ausbaues der Wasserkräfte eingehe, so kann ich das hohe Haus versichern, daß ich, wenn ich mich bemüht habe, ausländisches Kapital für die Wasserkräfte zu bekommen, dies nicht nur deshalb getan habe, um den Ausbau der Wasserkräfte selbst zu fördern und so wichtige wirtschaftliche Grundlagen für die Produktion in unserem Lande selbst zu gewinnen, sondern auch deshalb, weil ich auch im Ausbau der Wasserkräfte eine jener

Unternehmungen erblicken zu können glaubte, welche in dieser kritischen Zeit mir als besonders geeignet erschienen ist, helfend in das Problem der Arbeitslosenfürsorge einzugreifen. Ich möchte diese Gelegenheit, daß ich mich mit diesen Problemen beschäftige, gleich benützen, um die diesbezügliche Anfrage gleich zu erledigen: Es werden im März noch 50 Mann angestellt werden, für die Werke Bruck—Mürznitz, im April werden beiläufig 100 Mann und in den kommenden Monaten bis gegen 500 Mann angestellt werden. Die Kreditgeber für die Wasserkräfte sind uns in diesem Punkte außerordentlich entgegengekommen, indem sie mit Rücksicht auf das Drängen gerade jener Vertreter, die als Vertreter des Landes im Verwaltungsrat der „Steweag“ sind, sich entschlossen haben, mit dem Ausbau sofort zu beginnen, ohne daß die frühere Bedingung wegen genauer Rentabilitätsberechnung festgehalten wurde. Es ist auch der Ausbau des Werkes Bruck—Mürznitz in das Problem der Arbeitslosenfürsorge einbezogen und ist diese in Form eines Darlehens von zweieinzigstel Milliarden in Anspruch genommen worden. Sie wissen ja, meine Herren, — ich führe das nur für diejenigen Mitglieder des hohen Hauses aus, die vielleicht in der Sache noch nicht so informiert sind — daß die produktive Arbeitslosenfürsorge in doppelter Form gegeben werden kann, sei es in Form eines definitiven Zuschusses, sei es in Form eines Darlehens. Hier ist sie gegeben worden in der Form eines Darlehens. Gleichzeitig haben wir sie beim Ausbaue der Teigtisch in Anspruch genommen und hiefür ein dreiviertel Milliarden Kronen beansprucht. Während hier 30.000 Arbeitstage in Betracht kommen, sind heute schon 100 Mann beschäftigt, es wird aber die Zahl noch bis auf 450 Mann zunehmen.

Ich bemerke, weil der Herr Vorredner von Beamten der Burg gesprochen hat, die unmittelbar der Bundesverwaltung und den Vorschriften des Ministeriums unterstehen, daß das betreffende Departement der Burg dieser Frage das weitgehendste Verständnis entgegenbringt. Dasselbe geschieht auch bei der Industriellen Bezirkskommission und ich möchte da insbesondere auf die Verdienste des Herrn Dr. Ura-nitzsch hinweisen. Es wird sowohl in der Behandlung der Frage von jeder Pedanterie abgesehen und wird auch auf die in der Natur der Sache liegende größtmögliche Beschleunigung gesehen. Ich möchte mir erlauben, hier eine Liste der unter Heranziehung der produktiven Arbeitslosenfürsorge bereits vollendeten Arbeiten vorzulesen:

Stadtgemeinde Mürzschlag, Wasserleitungsbau, 2400 Arbeitstage, hiefür ist ein Zuschuß in Anspruch genommen; Bezirksausschuß Weiz, Schottererzeugung in Floing, 1400 Arbeitstage; Bezirksausschuß Weiz, Umlegung der Mühlwaldstraße, 3000 Arbeitstage; Gemeinde Oberfladnitz, Straßenherichtung, 950 Arbeitstage; Landesbauamt, Mürzregulierung Hafendorf, 8000 Arbeitstage; Gemeinde Donawitz, Bürgerschulbau, 10.000 Arbeitstage; Gemeinde Göß, Wohnhausbau, 5000 Arbeitstage; Gemeinde Leoben, Bau der Gaswerkstraße, 840 Arbeitstage; Stadtgemeinde

Leoben, Herrichtung der Neudorferstraße, 675 Arbeitstage; Gemeinde Mürzzuschlag, Wohnhausbau, 17.500 Arbeitstage; Gemeinde Graz, Kabellegung monatlich 1500 Arbeitstage, insgesamt höchstens 20.000 Arbeitstage; Bezirksausschuß Voitsberg, Brückenbau Rainachbrücke, 3000 Arbeitstage; Gemeinde Graz, Schönausiedlung, Barackenbau, 20.000 Arbeitstage; Landesbauamt, Paltentalregulierung, Gaishornbecken, 4000 Arbeitstage; Gemeinde Voitsberg, Herrichtung der Köflacherstraße, 1000 Arbeitstage; Gemeinde Graz, Ausbau der Lucheschitzgründe, 8000 Arbeitstage; Bezirksausschuß Umgebung Graz, Bau der Puntigamer Brücke, 7670 Arbeitstage; Gemeinde Bruck, Wohnhausbau, 7000 Arbeitstage; Gemeinde Pernegg, Gemeindehausbau, 3000 Arbeitstage; Landesbauamt, Pinggau—Sinnersdorferstraße, Marktgemeinde Köflach, Kinderheimbau, 4000 Arbeitstage; Prod. Knittelfeld, Wasserleitung und Kanalleitung in der Gaalerstraße, 1100 Arbeitstage, und Straßenherstellung Viehmarktplatz, 300 Arbeitstage; Gemeinde Knittelfeld, Siedlungsbau Sportplatz, 8000 Arbeitstage, und 3 Siedlungshäuser, Gaalerstraße, 1149 Arbeitstage, und Siedlungsbau Sportplatz, weiteres Projekt, 8000 Arbeitstage; Stadtgemeinde Radkersburg, Elektrische Zentrale; Gemeinde Köflach, Babbau, 1800 Arbeitstage.

In Durchführung begriffene Arbeiten, für welche Darlehen oder Zuschüsse bereits bewilligt sind:

Gemeinde Eggenberg, Ausbau eines Stockwerkes, 500 Arbeitstage; Gemeinde Graz, Einbau von Dachwohnungen, 30.000 Arbeitstage; Gemeinde Graz, Bau eines Wasserreservoirs, 24.000 Arbeitstage; Gemeinde Graz, Bau der Seilbahn beim städtischen Schotterwerk in Weitendorf, 20.000 Arbeitstage, und Ausbau der Schwemmkanalisation, 50.000 Arbeitstage; Gemeinde Graz, Neubau der Schlachthausbrücke, 30.000 Arbeitstage; Gemeinde Graz, Ausbau der Lucheschitzgründe, 80.000 Arbeitstage, alles in Form von Zuschüssen. Land Steiermark, Steweag Teigtischwerk, 30.000 Arbeitstage; Land Steiermark, Steweag, Mignitz—Bruck, 20.000 Arbeitstage; Gemeinde Graz, Einbau von Wohnungen im Linienamtsgebäude, 300 Arbeitstage; Bezirksausschuß Weiz, Bezirksstraße 1. und 2. Klasse Weiz, 2500 Arbeitstage; Stadtgemeinde Graz, Errichtung eines Notsteges, 2500 Arbeitstage; Bezirksausschuß Deutschlandsberg, Straßenherrichtung Trahütten, 5000 Arbeitstage; Gemeinde Veitsch, Neuherstellung der Armenhausbrücke, und Groß-Veitsch, Neuherstellung der Wanabrücke Groß-Veitsch und Neuherstellung der Hanselbauernbrücke; Bezirksausschuß Voitsberg, Straßeninstandsetzungsarbeiten, 180 Arbeitstage; Stadtgemeinde Knittelfeld, Bau der Baracke 491, Ausbau der Industriewerke als Wohnungen und Bau der Baracke 22, 1880 Arbeitstage.

Daraus ersehen die geehrten Mitglieder des hohen Hauses, daß die produktive Arbeitslosenfürsorge in einer großen Zahl der Fälle bereits in Anspruch genommen wurde. Natürlich wäre es zu begrüßen, wenn dies entsprechend der zunehmenden Zahl der Arbeitslosen in noch größerem Maße durchgeführt werden

könnte. Hier macht sich natürlich der Kapitalmangel sowohl beim Lande als bei den Gemeinden geltend und es wäre natürlich zu begrüßen, wenn es den Gemeinden gelingen sollte, hier durch Beschaffung von Kapital im allgemeinen Interesse größere produktive Arbeiten herzustellen zu können. Das Land selbst ist, wie Sie ja wissen, auf der Kapitalsuche. Der Steweag ist es schon gelungen, sich Kapital zu beschaffen, und wir hoffen, daß dies auch dem Lande gelingen wird, sobald die Schwierigkeiten, die gegenwärtig in Österreich hinsichtlich der Kapitalsbeschaffung mit Rücksicht auf die künstlich hervorgerufenen Verhältnisse zum Auslande bestehen, beseitigt sind. Ich möchte also das hohe Haus bitten, zur Kenntnis zu nehmen, daß sowohl ich, als die Landesregierung uns der großen Bedeutung des Problems der Arbeitslosenfürsorge bewußt sind, daß es eine unserer wichtigsten Aufgaben sein wird, diesem Problem mit Rücksicht auf seine große wirtschaftliche sowie soziale Bedeutung zu steuern, und ich bitte, die Versicherung entgegenzunehmen, daß jede Gemeinde und Körperschaft, aber auch sonst jeder, der unter dem Gesichtspunkte der Arbeitslosenfürsorge darangeht, Bauten zu unternehmen, welche einen Teil der Arbeitslosigkeit auffangen, auf unsere tatkräftigste Unterstützung mit Sicherheit jederzeit wird rechnen können. (Beifall.)

Machold: Ich beantrage die Eröffnung der Wechselrede.

(Angenommen.)

Ruschak: Hohes Haus! Der Herr Landeshauptmann hat in seinen Ausführungen die Beweggründe, die Schwierigkeiten des ganzen Problems, die Herr Präsident Regner in seiner Rede vorgebracht hat, anerkannt. Ich möchte die Aufmerksamkeit des Herrn Landeshauptmannes, wenn er sich mit der Bundesregierung über diese Frage ins Einvernehmen setzen wird, darauf lenken, daß, wenn er auch in seiner Antwort festgestellt hat, daß eine Reihe von Gemeinden und darunter auch die Stadtgemeinde Mürzzuschlag, in deren Gemeindevertretung ich mich befinde, Arbeiten auf Grund der produktiven Arbeitslosenfürsorge durchgeführt haben, diese Gemeinden aber einen wahren Leidensweg mitmachen mußten, bevor sie endlich in den Genuß der produktiven Arbeitslosenfürsorge gekommen sind. Wir müssen feststellen, daß beispielsweise Gemeindevertretungen im Oberlande, in denen wir die Mehrheit haben, die sich sicherlich alle erdenkliche Mühe gegeben haben, durch die produktive Arbeitslosenfürsorge Arbeit zu schaffen, die aber bei dieser Tätigkeit immer wieder durch verschiedene Bedeckungsfragen und bürokratische Hemmnisse im Ministerium Schwierigkeiten fanden. Es ist gewiß für eine Stadt, wie Mürzzuschlag, welche rund 9000 Einwohner zählt, eine große Leistung, wenn sie in den Jahren 1923/24 einen Wohnhausbau mit 60 Wohnungen hergestellt hat, bei einem Budget von 10 Milliarden, das diesen Wohnungsbau mit 6 Milliarden belastet hat. Wir mußten aber die Erfahrung machen, daß wir die ersten drei Wohnungsbauten, einen Komplex mit fünf Wohnhäusern zu 12 Woh-

nungen, weil ein formaler Fehler unterlaufen war, und ich führe diesen Fall nur deswegen an, um aufzuzeigen, welche Schwierigkeiten man im Ministerium findet, daß wir für den ersten Teil nichts, für den nächsten dann wohl den entsprechenden Beitrag dazu erhalten haben. Ich verweise darauf, wie aus den Ausführungen des Herrn Landeshauptmannes hervorgegangen ist, daß die Bewilligung nicht erfolgte, weil noch die Zustimmung des Ministeriums ausständig ist. Wir sind aber bereits im Bau begriffen. Im Oktober vorigen Jahres hat, damit auch der Bezirk zur Linderung der Arbeitslosigkeit beisteuert, und da sich die Notwendigkeit ergeben hat, auch der Bezirk sich entschlossen, einen Amtshausbau aufzuführen. Der Bezirksverwaltungsausschuß hat bereits im Oktober eingereicht und wir hatten damals die Hoffnung, daß für diesen Bau die produktive Arbeitslosenfürsorge bewilligt wird. Wir mußten aber die Erfahrung machen, daß das ursprüngliche Ansuchen abgeändert und neuerdings an das Ministerium geleitet werden mußte und jetzt ist es erst fraglich, ob für den Bau ein Beitrag bewilligt werden wird. Überhaupt ist in dieser Frage eine Eigentümlichkeit zu bemerken, die ich nicht der Landesregierung oder der Industriellen Bezirkskommission zur Last legen will. Wir anerkennen vollkommen, daß Herr Dr. Uranitsch bemüht ist, in jeder Art und Weise den Gemeinden entgegenzukommen, die Schwierigkeiten liegen eben beim Ministerium, wo die Meinungen der verschiedenen Sektionschefs eine geteilte ist. Einmal ist man geneigt, Hochbauten, Wohnungsbauten der Gemeinden zu unterstützen, ein anderes Mal wird wieder die gegenläufige Meinung vertreten und es wird im Ministerium erklärt, man legt das Schwergewicht bei Bewilligungen auf Straßen- und Uferschutzbauten. Es ist nun klar, daß, wenn auch in der jetzigen Zeit das Land Uferschutzbauten durchzuführen hat und Straßenbauten, es auch für die Gemeinden von eminenter Wichtigkeit ist, daß sie in ihrer Bautätigkeit unterstützt werden. Herr Kollege Regner hat bereits betont, wie belebend auf die ganze Volkswirtschaft derartige Bauten zurückwirken. Wir können daher die kühle Haltung des Ministeriums in der Form der Erledigung nicht verstehen, weil es uns klar erscheint, und es jedem volkswirtschaftlich denkenden Menschen klar sein muß, daß heute nur öffentliche Körperschaften die Möglichkeit haben, Wohnungsbauten herzustellen, denn solange der heutige Zinsfuß besteht, ist nicht daran zu denken, daß ein anderer bauen kann. Der zweite Faktor ist die eminente Wohnungsnot, die in allen Städten, Märkten und Industriegemeinden zum Vorschein kommt, so daß man wohl annehmen könnte, daß das Ministerium, wenn die Gemeinden daran gehen, hier unter schweren Opfern Abhilfe zu schaffen, ein größeres Entgegenkommen zeigen sollte. Auch ein anderer Übelstand wird von uns empfunden, daß nämlich das Ministerium für leichtere Durchführungsarbeiten dem Leiter der Industriellen Bezirkskommission Dr. Uranitsch nur einen Kredit von 40 Millionen Kronen für das Jahr für das Land Steiermark eingeräumt hat. Damit,

wenn mehrere Gemeinden herantreten, die Durchführung kleinerer Arbeiten rascher erledigt werden kann, ist dieser Betrag auf sein langes Drängen gegeben worden, damit er kleinere Beträge ausbezahlen kann. Doch ist der Betrag viel zu geringfügig, um es der Bezirkskommission zu ermöglichen, diesen dringenden Anforderungen zu entsprechen. Ich habe vor einigen Tagen darauf verwiesen und der Herr Landeshauptmann hat zugesagt, diese Notstandsgebiete selbst zu besuchen. Ich verweise darauf, daß wir mit der Industriellen Bezirkskommission Fühlung genommen haben, daß die Stadtgemeinde Mürzzuschlag den Versuch gemacht hat, etwas für Neuberg zur Milderung der Arbeitslosigkeit beizutragen. Nachdem diese Gemeinde nicht in der Lage ist, ein Elektrizitätswerk zu bauen, sondern angewiesen sein wird, den Lichtstrom von unserem städtischen Werk zu nehmen, versuchten wir auf Grundlage der Arbeitslosenfürsorge eine Fernleitung hineinzubauen. Dasselbe versuchten wir und es ist das Ansuchen der Industriellen Bezirkskommission vorgelegt worden auf dem Gebiete der Gemeinde Langenwang. Der Herr Landeshauptmann hat mit seinen Ziffern demonstriert, daß unsere Stadtgemeinde mit dem Ausbau der Wasserleitung, mit den Volkswohnungsbauten sicherlich das Menschenmögliche leistet in einem Bezirke, wo wir 2200 Arbeitslose zählen. Wir müssen aber konstatieren, daß die Gemeinden nicht das notwendige Verständnis beim Bunde finden, um ihnen ihre Aufgaben zu erleichtern, alle möglichen wirtschaftlichen Projekte zu übernehmen und zur Durchführung zu bringen. Ich möchte verweisen auf einen Übelstand für jene Gemeinden, die ebenfalls sehr stark von der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Ich erinnere an jenen Fall, den ich vor kurzem demonstriert habe, daß die Gemeinden nicht in der Lage sind, aus eigenen Mitteln die produktive Arbeitslosenfürsorge in Anspruch zu nehmen. Ich kann nicht sagen, ob die Tatsache, die in der Presse erörtert wurde, zutrifft, daß das Ministerium auch geneigt sei, für Materialbeschaffung Darlehen zu gewähren. Das würde die Tätigkeit für die produktive Arbeitslosenfürsorge gewaltig erhöhen. Es könnten höhere Vorschüsse gewährt werden. Das ist sehr wichtig, und ich möchte daher den Herrn Landeshauptmann bitten, seine Aufmerksamkeit auch dieser Frage zuzuwenden, ob in dieser Form den schwer betroffenen Gemeinden ebenfalls zur Seite gestanden werden kann.

Der Herr Landeshauptmann hat in seiner Antwort ausgeführt, daß heuer das Land verschiedene Projekte in Angriff nehmen wird. Ich kann darauf verweisen, daß im Vorjahre vom Lande zu wenig vorgesorgt worden ist. Ich will hoffen, Herr Landeshauptmann, daß durch Ihre Bemühungen beim Bunde eine Erleichterung, Abhilfe in jenen, ich möchte sagen, schikanösen Auffassungen, die den Gemeinden gegenüber eingenommen werden, geschaffen werde. Ich möchte hervorheben, der Herr Landeshauptmann hat es selbst betont, daß die Schwere der Wirtschaftskrise auch von Ihnen gewürdigt wird, daß die Notwendigkeit sich ergibt, daß sämtliche Faktoren, darunter auch das Land, sich des Ernstes der Situation, in der sich auch unser Bundesland als schwerstbetroffenes von der

Arbeitslosenkrise heimgesuchtes Land befindet, bewußt werden und daß der Herr Landeshauptmann bei der Bundesregierung und im Lande selbst darauf einwirkt, daß in dieser kritischen Zeit — man kann mit Fug und Recht behaupten und es ist wiederholt von uns darauf hingewiesen worden, daß die Sanierung des Staatshaushaltes nicht genügt, wenn nicht die Volkswirtschaft sich ebenfalls entwickeln kann — die öffentlichen Faktoren sich mit diesem Problem auf das eingehendste beschäftigen müssen, und daß es, ich möchte die Damen und Herren der Mehrheitspartei aufmerksam machen, die schwerste Anklage gegen die heutige Gesellschaft wäre, wenn Tausende von Menschen vergeblich nach Arbeit und Brot rufen. Es ist Aufgabe aller Faktoren, wie der Herr Landeshauptmann selbst zugesichert hat, tatkräftigst einzugreifen, daß auf das Wort auch die Tat folge. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wallisch: Hohes Haus! Der Herr Landeshauptmann hat in seiner Antwort an den Interpellanten behauptet, daß die Beamten der Landesregierung (Burg) dieser Angelegenheit ein weitgehendes Verständnis entgegenbringen. Es wurde uns auch eine ziemlich schöne Zahl Ziffern verlesen. Ich war ursprünglich ganz erstaunt, daß bei der Landesregierung (Burg) zur Linderung der Arbeitslosigkeit tatsächlich so viel geschehen ist. Da ich aber gehört habe, daß auch das Wort Bruck genannt wird, daß hier angeführt wird, daß 8000 Arbeitsstunden erwirkt worden sein sollen, da muß ich feststellen, daß das ein Irrtum ist. Die Stadtgemeinde Bruck hat im Jahre 1923 ein großes Wohnhaus zu bauen begonnen. Es wurden zu diesem Zweck 4.700.000.000 K ausgegeben. Es wurden zur Erlangung der produktiven Arbeitslosenfürsorge einige Duzend Kilogramm Papier verschrieben, es mußte jeder Arbeiter, der bei dem Bau beschäftigt war, sich selbst unterschreiben zur Bestätigung, daß er tatsächlich dort gearbeitet habe, um die produktive Arbeitslosenfürsorge zu erwirken. Wir sind heute im Jahre 1925, die Wohnungen sind schon bezogen, und wir haben vor einigen Wochen die endgültige Verständigung erhalten, daß wir für die Arbeitslosenfürsorge keinen Heller bekommen. (Rufe: „Hört!“) Zuerst war versprochen, daß wir 26.000.000 K bekommen für den Bau, der 4.700.000.000 K gekostet hat! Wenn wir die Arbeit berechnen, die eigentlich für die Nachweise erforderlich war, so muß ich sagen, daß das mehr als 26.000.000 K gekostet hat, und es ist alles vergeblich gemacht worden. Wir sehen, daß diese Einrichtung nur eine schlechte ist, also man kann nicht behaupten, daß dieses weitgehende Verständnis aufgebracht wurde. Es dürfte die letzte Behauptung des Landeshauptmannes zutreffen, daß man sehr viel Pedanterie bei Erledigung dieser Angelegenheit beobachtet hat, daß vor lauter Pedanterie die Arbeitslosenfürsorge umgebracht wird. Dazu können wir unsere Zustimmung nicht erteilen. Wir befürchten, daß der Herr Landeshauptmann dieser Angelegenheit nicht die nötige Aufmerksamkeit zuwendet. Der Herr Landeshauptmann hat tatsächlich zustande gebracht, daß in Wien so manches geändert wird, wir sehen, daß Umwälzungen dort vollzogen werden, daß allmächtige

Personen beseitigt werden. Da hat Dr. Rinkelen viel dazu beigetragen. Es wird mit Stolz behauptet, daß eigentlich jetzt in Wien ein neuer Kurs zum Ausdruck kommt und als Repräsentant des Kurses im Interesse der Steiermark ist Dr. Alhrer ins Finanzministerium eingedrungen (Heiterkeit), eingezogen. Wir hoffen, daß, wenn der Herr Landeshauptmann bei seinem Kollegen Dr. Alhrer einwirkt, er die gleiche Energie anwendet, wie er sie schon manchmal angewendet hat, daß wir hier eine ziemlich fühlbare Änderung zu fühlen bekommen werden. Es hat die Stadtgemeinde Bruck nicht nur das getan, wir haben für die Wasserleitung $1\frac{1}{2}$ Milliarden Kronen aufgebraucht und siehe da, die Stadtgemeinde Bruck hat heute ein unbedecktes Defizit von 3 Milliarden Kronen und weiß nicht, wie es gedeckt werden soll, und jetzt sollen der Bevölkerung noch viel größere Lasten auferlegt werden, als es im vergangenen Jahr der Fall war. Es ist dringend notwendig, daß hier etwas geschieht. Der Herr Landeshauptmann hat behauptet, daß bei der Steweag mit den Arbeiten begonnen wird. Ich habe bereits vormittags den Herrn Landeshauptmann interpelliert und habe ersucht, Aufklärung zu erhalten, und Kollege Regner hat auch die Anfrage an ihn gerichtet, ob er bereit sei, dafür zu sorgen, daß bei Vermittlung von Arbeitskräften die Arbeitslosenämter in Anspruch genommen werden sollen, was im Gesetze vorgeschrieben worden ist. Darauf haben wir vom Landeshauptmann keine Antwort erhalten. Es wäre diese Frage zu beantworten. Wir können feststellen, daß in einzelnen Pfarrhöfen Vorkerkungen von Arbeitsvermittlung für Arbeitslose vorgenommen werden, daß in den Zeitungen Notizen veröffentlicht werden: Arbeitslose können Arbeit bekommen, treten unserer Partei bei, wir sind in der Lage, Arbeit zu verschaffen. Das sind Stellen, die der christlichsozialen Landesregierung sehr nahestehen. Es besteht die Befürchtung, daß man hier Seelen- oder Gimpelfang betreiben will. Wir wünschen, daß der Herr Landeshauptmann uns auch hier befriedigt und uns eine Antwort gibt, ob er eine solche Vorgangsweise gutheißt oder dafür sorgen will, daß die Arbeitslosen tatsächlich nur durch die Arbeitslosenämter, die staatlichen Charakter tragen, jeder nach der Reihe, wie er vorgemerkt wurde, die Arbeit zugewiesen erhalten sollen. Wir wissen, daß Arbeitslose die Arbeitsstellen überlaufen, es meldet sich nicht einer oder der andere, es sind schon über Zwei- und Dreitausend zu uns gekommen und haben angefragt, ob sie Arbeit bekommen. Wir weisen alle zum Arbeitsnachweis. Wir wissen aber, daß eine eigenartige Praxis eingerissen hat, daß man Fragebogen ausfüllen läßt, so möchte man beim armen Teufel, der ein Stück Brot ehrlich verdienen will, eine Beeinflussung für diese oder jene Partei erwirken. Um das zu vermeiden, daß bei einem Bau, der durch das Land ausgeführt wird, das auch geschehe, bitten wir den Herrn Landeshauptmann um eine präzise und genaue Antwort. Ebenso vermissen wir eine Antwort auf die Anfrage meines Kollegen Regner wegen der Landeshaftung bei Darlehen durch Gemeinden. Hier wünschen wir eine präzise Antwort zu erhalten, ob der Herr Landes-

hauptmann bereit ist, dafür zu wirken, daß solche Landeshaftungen erteilt werden; denn die Gemeinden sind ja heute so überlastet, daß sie alle die Haftungen nicht mehr übernehmen und auch keine Darlehen erhalten können. Es ist dies also eine sehr wichtige Sache. Der Herr Landeshauptmann hat zwar behauptet, es stehen die Mittel nicht zur Verfügung. Wir wissen, daß der Bund zur Tilgung der Vorkriegsschulden sehr viel Geld ausgibt und dieses ganz gut für die Bestrebungen der produktiven Arbeitslosenfürsorge verwendet werden könnte. Wir wissen, daß sehr viele Gewerbetreibende zugrunde gingen, Geschäftsleute in Konkurs gerieten, weil die Arbeitslosigkeit so groß ist und ihre Wirkungen selbstverständlich auch bei diesen Kreisen fühlbar wird. Ich muß sagen, daß bei uns die Erregung unter der arbeitenden Bevölkerung eine sehr große ist. Wir haben jeden Tag erregte Versammlungen, die Leute wenden sich an uns und verlangen Hilfe. Sie wollen, daß wir ihnen eine Aussicht geben, daß sie etwas bekommen können. Wir müssen eine zufriedenstellende Antwort bekommen und es ist hier notwendig, festzustellen, ob man bestrebt ist, eine Kursänderung vornehmen zu lassen. Mit dem bisherigen Kurse kann die arbeitende Bevölkerung unter keinen Umständen zufrieden sein.

Auft: Hohes Haus! Ich kann mich mit der Antwort des Herrn Landeshauptmannes auf unsere Interpellation ebenfalls nicht zufrieden geben. Ich muß nur unterstreichen, was mein Kollege Wallisch zum Vortrag brachte. Der Herr Landeshauptmann ist sicherlich auf Grund falscher Informationen der Meinung, daß die zuständigen Stellen der Landesregierung Burg der Forderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge weitgehendstes Entgegenkommen beweisen und daß gerade diese Stellen von jeder Pedanterie frei seien. Es hat schon Kollege Wallisch festgestellt, daß diese Mitteilungen des Herrn Landeshauptmannes nicht zutreffend sind und wenn ich diesen die Hemmnisse entgegenhalte, die die Stadtgemeinde Knittelfeld bei ihren Bestrebungen in Bezug auf die produktive Erwerbslosenfürsorge erfahren mußte, so glaube ich, sagen zu können, daß die dem Herrn Landeshauptmann erteilten Informationen nicht zutreffend sind. Ich habe bereits im Vorjahre Gelegenheit gehabt, an dem Beispiel des Gutachtens des Vereines für Heimatschutz auseinanderzusetzen zu können, wie kleinlich und pedantisch man Projekte bezüglich der produktiven Erwerbslosenfürsorge behandelt. Dieser Vorstoß in öffentlicher Sitzung des hohen Hauses hat nun scheinbar das Gegenteil von dem erzielt, was wir eigentlich erzielen wollten. Wir mußten bei späteren Projekten die Erfahrung machen, daß die Pedanterie sich auch in anderer Richtung auswirken kann. Wir mußten erfahren, daß irgendeine Oberlichte in einer zu adaptierenden Baracke, irgendein quergestellter Kamin Anlaß bot, daß uns von der zuständigen Stelle der Landesregierung Burg neuerliche Hemmnisse in den Weg gelegt wurden. Ich würde daher sehr bitten, wenn uns der Herr Landeshauptmann Gelegenheit zu einer Aussprache mit den maß-

gebenden Stellen im Beisein des Herrn Landeshauptmannes, im Beisein eines Vertreters des Bundesministeriums für soziale Verwaltung und eines Vertreters der Industriellen Bezirkskommission in Graz geben würde und ich bin überzeugt, daß bei diesem Anlasse die Möglichkeit geboten ist, verschiedene Hemmnisse aus der Welt zu schaffen. Ich stelle fest, daß diese Schwierigkeiten nicht bloß bei der Landesregierung Burg in Steiermark bestehen, sondern daß man auch in anderen Ländern den Versuch unternimmt, Hemmnisse künstlich zu schaffen. Die Arbeiterkammer in Wien arbeitet an einem Werke, in welchem die Schwierigkeiten bei der Inanspruchnahme der produktiven Erwerbslosenfürsorge ausführlich auseinandergelegt werden sollen. Der Herr Landeshauptmann hat uns eine Reihe von Projekten zur Kenntnis gebracht und was mein Kollege Wallisch bezüglich der für die Gemeinde Bruck angegebenen Ziffern feststellte, ist auch für Knittelfeld festzustellen. Man hat dem Herrn Landeshauptmann die Ziffern gegeben, wie sie die in Betracht kommenden Gebietskörperschaften angegeben haben, nicht aber die Ziffern, die der tatsächlichen Entscheidung entsprechen. Auch bei Knittelfeld stimmen diese Ziffern nicht. Man hat in Wirklichkeit die Schichten, die angegeben wurden, ganz bedeutend herabgesetzt.

Der Herr Landeshauptmann hat es weiter unterlassen, zur Frage der Landeshaftung für Auslandskredite an die Gemeinden Stellung zu nehmen. Ich vermute, daß dieses Übersehen des Herrn Landeshauptmannes ein beabsichtigtes war, so daß man lediglich feststellen muß, daß der Finanzreferent des Landes für diese Aktionen der steirischen Gemeinden und Gebietskörperschaften begreiflicherweise kein Verständnis aufbringt, daß unser Herr Landesfinanzreferent der Meinung ist, er müsse vorerst selbst einmal für das Land Steiermark die notwendigen Kredite beschaffen (Prisching: „So ist es! Ganz richtig!“) und könne daher seine Kreditfähigkeit nicht durch Haftungsübernahmen für unbekannte kleinere Städte und Industriegemeinden belasten. Nun, hoher Herr Landesfinanzreferent (Prisching: „Danke sehr!“), es ist uns auffällig, daß das Land Steiermark, das sicherlich keinen allzu schlechten Namen in Finanzkreisen hat, trotz einjähriger oder fast einjähriger Verhandlungen, trotz der Entsendung des Herrn Doktor Karst und anderer Kapazitäten nach Amerika bisher nicht imstande war, auch nur 1 Milliarde an Auslandskredit aufzubringen. (Prisching: „Was hat Wien bekommen?“) Die Stadtgemeinde Wien hat sich bisher in dieser Richtung nicht exponiert. (Prisching: „Sehr exponiert, aber nichts bekommen!“) Unser Kollege Breitner im Wiener Gemeinderate nimmt dann Geld, wenn er es leicht und billig haben kann. (Spak: „Von den Gewerbetreibenden!“) Die Stadtgemeinde Wien hat es bisher immer verstanden, sich selbst zu finanzieren. Wir sind nun, offen gestanden, äußerst neugierig, welche Hemmnisse dem Lande Steiermark entgegenstehen, welche Hemmnisse aufgetaucht sind, daß es auch dem Lande Steiermark nicht gelungen ist, den so notwendigen Aus-

landskredit zu beschaffen und ich würde bitten, daß uns auch in der Richtung Aufklärung erteilt wird. Wir kennen ja die Einflüsse, die sich gegen sozialdemokratisch verwaltete Industriegemeinden geltend machen, wir wissen aber nicht, welche Schwierigkeiten der steirische Finanzreferent zu überwinden hat. Daß wir an einer Beantwortung dieser Frage so lebhaft interessiert sind, ist darauf zurückzuführen, daß man uns im Mai des vorigen Jahres — unverbindlich sicherlich — erklärte, wenn das Land Steiermark einen Kredit von 300 oder 500 Milliarden Kronen bekomme, werde es dafür sorgen, daß durch eine Landes-Hypothekenanstalt den Gemeinden Darlehen zu einem erträglichen Zinsfuße zur Verfügung gestellt werden. Denn die Zinsfußfrage ist sicherlich für uns von entscheidender Bedeutung. Wir bekommen ja nach Überwindung der größten Schwierigkeiten vom Bundesministerium für soziale Verwaltung Kredit. Es ist aber festzuhalten und muß ganz ausdrücklich hervorgehoben werden, daß dieser Kredit nur unter gewissen Voraussetzungen eine erträgliche Verzinsung garantiert. Wenn aber so eine unglückselige Gemeinde, wozu wir beispielsweise Knittelfeld zählen, nicht imstande ist, die in diesen Listen angegebenen Schichten auch tatsächlich zu verbrauchen, dann begehrt der hohe Bund von uns nicht 10, nicht 15 Prozent, sondern Wucherzinsen in der Höhe von 26 Prozent. Ob es wirklich klug ist, die Zinsschraube von Bundes wegen so in die Höhe zu drücken, möchte ich dahingestellt lassen. Ich meine, daß das böse Beispiel des Bundes auf diesem Gebiete aneifernd für Banken und ähnliche Einrichtungen wirken muß. Wir konstatieren auch ein großes Schweigen, das nach den letzten Ausführungen des Herrn Bundesministers Dr. Resch entstanden ist, wir konstatieren, daß merkwürdigerweise gerade in den Kreisen der christlichsozialen Partei auf diese Ausführungen kein Echo zu vermerken ist. Wir haben mit Befriedigung festgestellt, daß Dr. Resch nicht in die Fußstapfen seines von uns so geliebten Vorgängers getreten ist, sondern sich bemüht, ein Minister für soziale Verwaltung zu sein. Dr. Resch hat sicherlich mit seiner Rede in Bezug auf die produktive Erwerbslosenfürsorge einen ersten Schwung genommen und wir mußten annehmen, daß diese Worte, die Herr Dr. Resch anlässlich der Budgetdebatte im Finanzausschusse verloren hat, auch in die Tat umgesetzt werden. Seit jener Zeit aber großes Schweigen und wir müssen nun daraus den Schluß ziehen, daß man in den Kreisen der christlichsozialen Partei mit diesen Ausführungen nicht sonderlich einverstanden war, daß auch Minister Resch nicht imstande ist, die Hemmnisse und Widerwartigkeiten, die ihm aus eigenen Parteikreisen bereitet werden, beseitigen zu können. Wenn nun die Vermutung ausgesprochen wird, daß das christlichsoziale Reichsparteisekretariat auf dem Schwarzenbergplatze in Wien in engen Beziehungen mit dem ihm benachbarten Industriellenverbande steht, so dürften diese Vermutungen nicht so ganz unzutreffend sein und wir bedauern es nur sehr, daß in dieser Richtung Dr. Resch seinen Willen nicht durchsetzen

kann. Wenn nun Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen sicherlich heute im hohen Hause ein offenes Bekenntnis zur Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge abgelegt hat, so meine ich, daß es ihm auch möglich sein wird, seinen ganz bedeutenden Einfluß in der christlichsozialen Partei dahingehend zu machen, daß diese Forderung nicht nur gesprochenes Wort bleibt, sondern daß dieses auch in die Tat umgesetzt wird. Ich glaube, die christlichsoziale Partei sollte es nicht wünschen, daß die Sozialdemokraten zur Meinung kommen, daß man auch aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge ein Politikum macht — das Verhalten der steirischen Landesregierung Burg und der zuständigen Ämter hat uns schon mehrmals zu dieser Meinung verleitet. Denn wir können uns wirklich nicht erklären, daß für die verschiedenen Meliorationen, für die verschiedenen Straßenbauten, die im Wirtschaftsplane des Landes Steiermark enthalten sind und für welche Arbeiten auch im Budget schon vorgesorgt ist, kein Geld da sein soll und daß man nicht imstande sei, diese Arbeiten auch tatsächlich in Angriff zu nehmen. Wir haben uns sagen lassen, daß von Seite der bauerlichen Abgeordneten in der christlichsozialen Partei Widerstände erwachsen, Widerstände, die erst zu beseitigen wären, und daß sich die bauerlichen Abgeordneten dagegen wehren, daß man vielleicht sozialdemokratische oder gar kommunistische Arbeiter in die Landgemeinden hinausschickt, damit sie dort produktive Arbeit leisten. Ich bin überzeugt, daß man einen solchen Vorwurf, wie ich ihn hier nach dem Hörensagen erhebe, selbstverständlich zurückweisen wird. Ich meine aber, daß die beste Zurückweisung darin liegen wird, daß man Sorge trägt, daß diese Arbeiten, die da im Budget vorgesehen sind, auch tatsächlich in Angriff nimmt.

Noch etwas möchte ich den Herrn Landeshauptmann bitten: Wir müssen die Erfahrung machen, daß die großen Industrieunternehmungen, daß insbesondere die Bundesbahnverwaltung in Bezug auf Wohnungsfürsorge gar nichts leisten. Es mag eingewendet werden, daß die Bundesbahn passiv ist, und daß die wirtschaftliche Krise auch die größten Industrieunternehmungen zu äußerster Sparsamkeit zwingt. Nun ist aber tatsächlich festzuhalten, daß in allen Gemeinden, in welchen wir größere Industrieunternehmungen verzeichnen, diese Gemeinden gezwungen sind — auch im Zeichen einer glänzenden Konjunktur für einzelne Industriezweige — für die Schaffung von Wohnungen für in solchen Unternehmungen beschäftigte Arbeiter selbst Sorge zu tragen. In Knittelfeld zählen wir rund 3000 Eisenbahnbedienstete; die Werkstätten werden ausgebaut, neue Arbeiter werden unausgeseht aus verschiedenen anderen Eisenbahnwerkstätten herbeigezogen, und wenn es gilt, Wohnungen zu schaffen, so findet man bei der Generaldirektion der Bundesbahnen taube Ohren. Die Pensionisten der Bundesbahnen — wir zählen in Knittelfeld viele Hunderte — kann man nicht vergiften und nicht abschieben. Sie sollen nun aus den Wohnungen des Provisionsfonds entfernt werden und die Gemeinde soll für diese Pensionisten Wohnungen schaffen. Wenn man aber der

Bundesbahnverwaltung nahelegt, selbst Wohnhäuser zu errichten, dann bekommt man die Antwort, daß für diese Zwecke Mittel nicht zur Verfügung stehen. In Knittelfeld haben wir eine Emailindustrie; die Werke „Austria“ haben Aufträge in Hülle und Fülle und das Werk ist auf Monate hinaus beschäftigt. Aber man kann nicht erreichen, daß diese gut beschäftigte Fabrik Wohnungsfürsorge betreibt. Ich meine, daß es dem Herrn Landeshauptmann möglich sein mußte, insbesondere bei der Bundesbahnverwaltung Einfluß zu nehmen, daß Wohnungen gebaut und auf diese Weise die Arbeitslosigkeit zum Teile beschränkt werden könnte.

Die Landeshilfe zur Unterstützung der Arbeitslosen kann selbstverständlich nicht von besonderer Bedeutung sein und der Herr Finanzreferent hat selbstverständlich recht, wenn er erklärt, die Unterstützung Arbeitsloser ist nicht Landes- sondern Bundessache. Wenn auch die Gemeinden den gleichen, so einleuchtenden Standpunkt einnehmen würden, so würde man das begreiflich finden. Nur in den Kreisen der Arbeitslosen werden sie für diese Meinung ein Verständnis nicht finden. Wir haben daher von sozialdemokratischer Seite sicherlich immer wieder mit Nachdruck die Meinung vertreten, daß doch das Land mit Rücksicht auf die beschränkten Mittel des Bundes etwas in dieser Richtung tun soll. Das Land hat ja für diese Zwecke Beträge zur Verfügung gestellt, aber wie sie sich auswirken, möge Ihnen an einigen Ziffern vor Augen geführt werden. Die Stadtgemeinde Knittelfeld hat beispielsweise aus der vorjährigen Aktion zur Unterstützung Arbeitsloser aus Landesmitteln rund 8 Millionen Kronen erhalten; aus eigenen Mitteln hat Knittelfeld rund 90 Millionen Kronen aufgebracht und außerdem bezahlt die Gemeinde monatlich 4 Prozent der Arbeitslosenunterstützungsbeiträge, die in Knittelfeld flüssiggestellt werden, wofür nach dem jetzigen Stande im Jahre 100.000.000 Kronen erforderlich sind. Sie sehen einerseits eine Leistung der sicherlich wirtschaftlich schwachen Gemeinde in der Höhe von 190.000.000 Kronen und auf der anderen Seite eine Unterstützung aus Landesmitteln von rund 8.000.000 Kronen. Daß hier nicht das richtige Verhältnis besteht, muß jedermann einleuchten. Wir werden daher nicht locker lassen und immer wieder die Forderung erheben, daß auch das Land während der Zeit dieser schweren Wirtschaftskrise die Gemeinden in der Behebung der Mängel in dieser Richtung unterstütze.

Hohes Haus! Wir haben uns in der Debatte bemüht, verschiedene Dinge aufzuzeigen, auf die der Herr Landeshauptmann in Beantwortung unserer Anfrage vergessen hat, vergessen sicherlich nicht in der Absicht, unserer Anfrage nicht die notwendige Aufmerksamkeit entgegenzubringen, sondern vergessen deshalb, weil wir sicher wissen, daß der Herr Landeshauptmann diese Anfrage nicht allzuleicht beantworten konnte. Wenn wir daher heute in der Öffentlichkeit, im hohen Hause, über diese Fragen ein offenes Wort gesprochen haben, so bitten wir den Herrn Landeshauptmann, daß er uns auf diese offene Anfrage auch in allen Punkten eine offene Antwort gibt. (Beifall.)

Präsident: Da es Beschluß der Obmännerkonferenz ist, die heutige Sitzung um 7 Uhr zu unterbrechen, so werde ich die Wechselrede über diese dringliche Anfrage sowie über die Landwirtschaftsrankenkasse in der nächsten Sitzung weiterführen lassen. Diese Sitzung findet statt morgen, Samstag um 10 Uhr vormittags. (Die Sitzung wird am 13. März um 7 Uhr abends unterbrochen und am 14. März um 10 Uhr 10 Min. vormittags vom Präsidenten Kölbl wieder aufgenommen.)

Präsident: Hohes Haus! Ich eröffne die Sitzung wieder. Eingbracht wurde eine dringliche Anfrage der Abg. Gföller und Genossen an den Landeshauptmann, betreffend die Mißstände bei den von der Landesregierung (Burg) geführten Emsregulierungsarbeiten in Obfarn. Die Anfrage weist die erforderlichen zehn Unterschriften auf; ich werde dieselbe im Laufe der Verhandlungen zur Behandlung bringen.

Es wird zunächst fortgesetzt die Wechselrede über die **dringliche Anfrage der Abg. Regner, Pongraf, Machold, Oberzaucher und Genossen, betreffend Linderung der Not der Arbeitslosen durch Förderung der produktiven Arbeitslosenfürsorge.**

Zum Worte gelangt der Herr Abg. Saringer.

Saringer: Hohes Haus! Es ist gestern in der Debatte über diese Anfrage, die von meinen Parteigenossen eingebracht wurde, hauptsächlich darüber gesprochen worden, welche Schwierigkeiten bei der Durchführung von Bewerbungen um die produktive Arbeitslosenfürsorge sich ergeben; und da muß ich konstatieren, daß nicht bloß die Schwierigkeiten, die sich aus dem amtlichen Apparat selbst ergeben vorhanden sind, sondern daß auch manche gegnerische Gruppen Schwierigkeiten bereiten, die unterbleiben könnten, wenn die Betreffenden von der Notwendigkeit der Aktion ebenso überzeugt wären und ein eben solches Interesse hätten, wie meine Parteigenossen. Es ist wohl die eine Tatsache vom Herrn Landeshauptmann in seiner Anfragebeantwortung auch angeführt worden, daß im Bezirke Voitsberg die produktive Erwerbslosenfürsorge in Anspruch genommen worden ist beim Brückenbau und auch beim Baue des Kinderheims in Köflach. Beim Brückenbau mußten wir konstatieren, daß infolge des schleppenden Geschäftsganges im Landesbauamte die Überprüfung der verschiedenen Projekte und Voranschläge solange gedauert hat, daß wir mit dem Baue beinahe in die Frostzeit hineingekommen wären und dadurch die Gefahr herausbeschworen wurde, daß der Bau nicht so durchgeführt hätte werden können, wie es infolge des günstigen Wetters tatsächlich noch möglich war. Beim Baue des Kinderheims haben die politischen Gegner solche Schwierigkeiten gemacht, daß sogar eine Gebarungskontrolle durchgeführt werden mußte, die allerdings zu unserer Befriedigung feststellen konnte, daß dieselbe in musterhafter Ordnung geführt worden ist. Es ist aber nicht bloß darüber nachzudenken, wie man für die Arbeitslosen Arbeit schafft, sondern es ist auch die Aufgabe der Bundesregierung und der Landesregierung mit dahin einzuwirken, daß die-

jenigen, die noch nicht arbeitslos sind, auch ihre Arbeit behalten können und Aussicht haben, ihre Existenz aufrecht zu erhalten. Und da müssen wir konstatieren, daß die Bundesregierung und ihre Organe viel zu wenig Aufmerksamkeit den Dingen schenken, wenn es sich darum handelt, die einzelnen Gesellschaften, die einzelnen Gebiete so zu beeinflussen in wirtschaftlicher Beziehung, daß daraus sich nicht eine Verschärfung der Krise unbedingt ergeben muß. Wenn wir beispielsweise feststellen, daß durch die Finanzpolitik der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft ganze Industriezweige und Industriegebiete lahmgelegt werden oder ihre Tätigkeit so einschränken müssen, daß sehr viele Existenzen in Gefahr kommen, so ist wohl die Frage erlaubt, ob nicht die Bundesregierung auf die Erstellung von Eisenbahntarifen einen größeren Einfluß auszuüben in der Lage ist. Es ist geradezu lächerlich, wenn auf der einen Seite erklärt wird, daß infolge des geringen Kaloriengehaltes der weststeirischen Kohle dieselbe für gewisse Zwecke nicht zu verwenden ist und man trachten muß, sie für Hausbrand und andere Zwecke in Anwendung zu bringen, daß man aber gleichzeitig duldet, daß Tarife erstellt werden, die das Beispiellose möglich machen, daß ein Waggon Kohle, der nur 2 Millionen Kronen kostet, 2,5 Millionen Kronen an Fracht bis Wien erfordert. Und wenn dann die Gesellschaft, der die Bahn gehört, den Frachttarif so erstellen kann, daß ihre eigene Kohle in Wien nicht mehr kostet, als wie sie von dem betreffenden Produzenten im Orte bezahlt werden muß, daß sie dort deshalb ihre Betriebe errichtet haben, weil sie mit der Ersparung der Frachtspeisen für die Kohle gerechnet haben. Es ist das ein Vorgang, der vom Interesse der Gesellschaft aus vollständig begreiflich ist, der aber eine volkswirtschaftliche Schädigung der Allgemeinheit bedeutet, über die wir nicht gleichgültig hinweggehen können und wo wir konstatieren müssen, daß das Interesse der einzelnen Gesellschaft nicht so gewürdigt werden darf, daß man nicht gegen dieses Interesse diejenigen der übrigen Industrie und der übrigen Arbeiterschaft zu fördern hat.

Ich möchte daher bitten, daß der Herr Landeshauptmann in Zukunft bei seinen Besprechungen über derartige Fragen auch diesen Tatsachen ein gewisses Interesse entgegenbringt, denn es hat auch einer seiner eigenen Parteigenossen in ähnlicher Sache eine Anfrage gestellt und ich hoffe, daß damit für ihn zum Ausdruck kommt, daß ein allgemeines volkswirtschaftliches Interesse vorhanden ist, und daß es daher Pflicht der Landesregierung und ihrer Organe ist, dahin zu wirken, daß die Arbeitsmöglichkeit in den Gebieten, die davon besonders betroffen sind, dadurch nicht noch mehr eingeschränkt wird, daß man der Ausdehnung und dem Interesse der einzelnen Gesellschaften mehr Betätigungsmöglichkeit schenkt, als dies im allgemeinen Interesse gelegen ist. (Beifall.)

Präsident: Da niemand mehr zum Worte vorgeht, erteile ich in der Angelegenheit nochmals dem Herrn Landeshauptmann das Wort.

Dr. Rintelen: Ich bin der Ansicht, daß diese Anregung, die soeben hier vorgebracht wurde, ebenfalls

von größter Bedeutung ist für die Frage der Beschäftigung der Industriorte und daher auch für die Frage der Arbeitslosigkeit. Und da möchte ich noch ergänzend auf zwei Punkte eingehen, die in der Interpellation enthalten und von zwei Rednern besonders unterstrichen worden sind. Der eine betrifft die Auswahl der Arbeiter. Diesbezüglich bestehen ohnedies mit Rücksicht darauf, daß es sich um die produktive Arbeitslosenfürsorge handelt, die Vorschriften, daß diese Arbeiter von der Industriellen Bezirkskommission angewiesen werden aus den Kreisen der Arbeitslosen, und ich werde es auch zum Anlaß nehmen, bei den Unternehmern näher darauf hinzuweisen, daß diese Vorschriften auch eingehalten werden.

Was die zweite Frage anbelangt, so ist diese etwas schwieriger. Die Haftung des Landes für die Anleihen der Gemeinden, das ist ein Problem von weitreichender Natur, und ich muß gleich offen sagen, daß ich es wohl nicht für möglich halte, daß das Land Steiermark für alle Gemeinden eine solche Haftung übernimmt. Wenn das Land für eine Gemeinde die Haftung übernimmt, dann muß es natürlich auch aus Momenten der Gleichberechtigung der Gemeinden für alle Gemeinden geschehen und dadurch würde der Kredit des Landes schwer geschädigt werden, und zwar wohl nicht nur die eigene Landesanleihe, sondern ich bin der Ansicht, daß diese Haftung auch den Kredit anderer Gemeinden selbst schädigen würde. Ich bitte nur zu bedenken, die große Zahl der Gemeinden; und wenn jede nur 1, 2 oder 3 Milliarden aufnimmt, und es sind ein paar hundert Gemeinden, so ist es ausgeschlossen, wenn wir die Haftung übernehmen, daß dann das Land selbst noch einen Kredit bekommt oder daß das Land bei anderen Haftungen noch irgendwie zum Zuge käme. Es ist deshalb auch bei der „Stewag“ jener Weg eingeschlagen worden, der die Haftung des Landes vermeidet in der Kreditbeschaffung, indem das ausländische Kapital sich in Form einer Aktienbeteiligung an dem Unternehmen interessiert hat. Ich sehe es vollkommen ein, daß die Frage der Kreditbeschaffung für die Gemeinden, nicht nur für die Gemeinden selbst, sondern auch für die wirtschaftliche Lage von großer Bedeutung ist, und das Land sowie die Landesregierung ist gewiß bereit, diese Kreditwerbungen in jeder Weise zu unterstützen, nur muß ich offen sagen, daß aus prinzipiellen Gründen eine Haftungsübernahme für alle diese Gemeinden auf Schwierigkeiten stößt, da wir alle Gemeinden gleich behandeln müssen und es daher bei einzelnen Gemeinden nicht bleiben könnte. Ich möchte am Schlusse meiner Ausführungen noch einmal das hohe Haus bitten, von mir die Versicherung entgegenzunehmen, daß die Bedeutung des Problems der Arbeitslosigkeit sowohl hinsichtlich der wirtschaftlichen wie sozialen Seite, sowohl die Landesregierung wie mich gewiß immer veranlassen wird, unsere Kräfte in den Dienst dieses so wichtigen Problems zu stellen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Hiemit ist dieser Gegenstand erledigt und ich fahre fort in der Behandlung der eigentlichen Tagesordnung, das ist die

Wechselrede über die Beilage Nr. 91, Krankenversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten.

Bevor wir in die Tagesordnung eingehen, erlaube ich zu einer Erklärung dem Herrn Abg. Dr. Enge das Wort.

Dr. Enge: Hoher Landtag! In der gestrigen heftigen Wechselrede ist von mir in einem Zwischenrufe die Bemerkung gefallen, daß bei bündlerischen Referaten Akten verschwinden. Mein Zwischenruf sollte nur feststellen oder die Bemerkung enthalten, daß in einem laufenden Untersuchungsakte das Original einer Diensteingabe mit handschriftlichen Bemerkungen nicht zustandegebracht werden konnte. Die Absicht, durch die Feststellung dieser Tatsache ein persönliches Verschulden von Mitgliedern der Landesregierung oder dieses hohen Hauses zu behaupten, ist mir ferngelegen.

Es ist bei der gestrigen Wechselrede von mir auch eine Bemerkung des Inhaltes gefallen, das Diplom des Herrn Abg. W i h a n y würde ich mir anschauen. Diesbezüglich möchte ich dem hohen Hause folgende Aufklärungen geben: Für das Personalreferat war, nachdem ich es übernommen hatte, die Reihung der Landesbeamten durchzuführen und durch den Landtagsbeschluß, wonach die Automatik zwischen Bundes- und Landesbeamten einzutreten hat, ist das Referat gehalten, die gesetzlichen Vorschriften des Bundesgesetzes über die Reihung der Dienststellen zur Anwendung zu bringen. Eine ausdrückliche Bestimmung des Bundesgesetzes geht nun dahin, daß sämtliche Akademiker einheitlich in eine Dienstklasse zu gelangen haben. Es mußte daher das Personalreferat feststellen, welche Landesbeamten einen akademischen Grad besitzen. Im Zuge dieser Feststellungen und nach diesem Grundsatze ist dann schließlich und endlich die Reihung durchgeführt worden, die selbstverständlich Härten mit sich gebracht hat; und insbesondere die Mitglieder des Lehrkörpers der Landesackerbauschule in Grottenhof haben sich durch die Referatsreihung zum Teile benachteiligt gefühlt und haben eine dienstliche Eingabe an das zuständige Referat gerichtet, welche Eingabe selbstverständlich das Personalreferat zu passieren hatte. Und es liegt mir nun vor der Auftrag des Referates an die Landesackerbauschule in Grottenhof vom 9. Februar d. J., wonach die Direktion dieser Schule angewiesen wird, anzugeben, wieso es kommt, daß bei der Dienstbeschreibung des dortamtlichen Fachlehrers W i h a n y zwei Semester Hochschule für Bodenkultur und sechs Semester an der landwirtschaftlichen Akademie in Tetschen-Liebwerd als verbracht angegeben wurden, weil die vom Fachlehrer W i h a n y eigenhändige und von der Direktion unterm 1. Juli 1921 vorgelegte Darstellung der Laufbahn diese Angaben nicht enthalten hat. Diese Angaben lauten dahin, daß Fachlehrer W i h a n y die Landesackerbauschule Grottenhof absolviert, das Maturitätszeugnis der landwirtschaftlichen Mittelschule in Kaden, ein Fachprüfungszeugnis der landwirtschaftlichen Akademie Tetschen-Liebwerd und die Lehrbefähigung für Ackerbauschulen an der Hochschule für Bodenkultur in Wien hat.

Aus diesen Angaben ist nicht zu erkennen, in welcher Zeit Ingenieur W i h a n y die Hochschule für Bodenkultur besuchte und wann er die restlichen vier Semester an der Akademie in Tetschen-Liebwerd zu brachte.

Es sind daher die entsprechenden Belege: Inskriptionsbücher und Zeugnisse, beziehungsweise Absolutorium vorzulegen, damit das Standesblatt entsprechend ergänzt werden kann.

Es ist daraufhin dem zuständigen Referate von der Direktion der Ackerbauschule Grottenhof nachstehende Erledigung zugekommen (liest):

„An die steiermärkische Landesregierung (Landhaus) in Graz! Bezugnehmend auf dortige Zuschrift vom 9. Februar l. J., Zl. 2949/1925, teilt die gefertigte Direktion folgendes mit: Ing. Franz W i h a n y war während seiner Einjährig-Freiwilligen-Zeit 1912 und 1913 Gasthörer an der Hochschule für Bodenkultur, ebenso als Verwundeter im Sommersemester 1915. Belegt wurden nur einzelne Vorlesungen, daher keine Nachweisungen darüber. Mit Zl. 133.233/15/5 der Landesverwaltungscommission des Königreiches Böhmen wurde auf Grund der Begünstigung für verwundete Offiziere dem Assistenten W i h a n y das Studium in absentia bewilligt. W i h a n y hat die ersten zwei Semester in Liebwerd gehört, die erste Fachprüfung gemacht, die restlichen ordentlich inskribiert. (Meldebuch.) Die Ablegung der restlichen zwei Fachprüfungen unterblieb wegen des Zusammenbruches und der jahrelangen Unmöglichkeit, nach Böhmen zu gelangen. Mittlerweile erhielt W i h a n y den Ingenieurtitel verliehen und trat von der Ablegung weiterer Prüfungen zurück. Ausstellung des Absolutatoriums aus diesem Grunde bis heute unterblieben und gesetzlich nicht mehr möglich.“

Beilagen: 1. Meldebuch Liebwerd. 2. Fachprüfungszeugnisse. 3. 8 Einzelsprüfungszeugnisse. 4. Dekret der Verwaltungskommission des Königreiches Böhmen.“

Herr Ing. W i h a n y hat den Ingenieurtitel durch einen Erlaß des Ministeriums bekommen, und zu dieser Frage habe ich folgendes zu bemerken: Die Mitglieder des hohen Hauses werden sich erinnern, daß es ein jahrelanger Kampf der diplomierten Ingenieure war dafür, daß nur die Absolventen der Technischen Hochschule, die sich den Ingenieurtitel durch Ablegung der zweiten Staatsprüfung erworben haben, diesen Ingenieurtitel zu führen haben, und Schutz gesucht haben gegen die, die diese Staatsprüfung nicht haben, und es daher eine Annäherung des Titels Ingenieur von Leuten ist, die diese Prüfungen nicht haben. Es ist nun seinerzeit eine gesetzliche Regelung eingetreten, in der klipp und klar gesagt wurde, unter welchen Voraussetzungen die Führung des Titels Ingenieur dem einen oder dem anderen zukomme. In dieser Verordnung wurde allerdings vorbehalten, den Titel Ingenieur auch unabhängig zu stellen, wenn gewisse Voraussetzungen vorliegen von der abgelegten zweiten Staatsprüfung. Dieser Fall scheint bei Herrn Ing. W i h a n y eingetreten zu sein. Es ist Tatsache, daß alle Akademikerkreise, Absolventen der Universität und Technischen Hochschule, keine besondere

Erbaunung darüber zeigen, daß schließlich und endlich der Titel Ingenieur durch Verleihung und nicht durch Erwerb zu führen möglich ist.

Es sind dies einzelne Fälle, und ich möchte feststellen, daß durch meinen Zwischenruf eine Beleidigung des Herrn Abg. W i s a n y nicht beabsichtigt war und die Möglichkeit einer herabsetzenden Auslegung meines Zwischenrufes durch das hohe Haus würde ich bedauern. Ich möchte schließlich noch auf einen dritten Zwischenruf, der aus der Mitte des hohen Hauses gefallen ist, reagieren, der dahin gegangen ist, daß die Landesbeamten eigentlich nichts tun. Nachdem ich das Referat übernommen und mich eingearbeitet habe, möchte ich mit voller Überzeugung in diesem hohen Hause feststellen, daß der Arbeits-eifer und das Pflichtgefühl der Landesbeamten in der großen Mehrzahl ein uneingeschränktes ist, und ich möchte bitten, Pauschalverdächtigungen zu unterlassen. Ich bin gerne bereit, wenn mir Einzelfälle bekanntgegeben werden, mit aller Energie und mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern, daß Pflichtenverletzungen von Landesbeamten vorkommen. (H a r t l e b: „Ich bitte zu sagen, wer diesen Zwischenruf gemacht hat!“ — Ing. W i s a n y: „Wir lassen uns nicht verdächtigen, etwas gesagt zu haben, was nicht wahr ist. Wir stellen den Antrag, daß unverzüglich festgestellt werde, wer diesen Zwischenruf, den Herr Abg. Dr. E n g e festgestellt hat, gemacht hat!“)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich werde dies aus dem stenographischen Protokoll feststellen lassen.

Zum Worte gelangt Herr Abg. Ing. W i s a n y.

Ing. W i s a n y: Hohes Haus! Im Laufe der gestrigen Sitzung haben einige Vorfälle stattgefunden, die mich und meine Partei zwingen, hiezu entsprechend Stellung zu nehmen. Ein Vorfall, der Zwischenruf des Herrn Landesrates Dr. E n g e, über die Rechtmäßigkeit meiner Angaben im Standesblatte, die er angezweifelt hat, hat jetzt durch die Antwort des Herrn Dr. E n g e eine scheinbare Erledigung erfahren, in welcher scheinbaren Erledigung er erneuert die Anzweiflung ausgesprochen hat, indem er gerade jetzt erklärt hat, die Voraussetzung zur Verleihung des Ingenieurtitels an meine Person wäre scheinbar eingetreten, obwohl er als Referent für Personalangelegenheiten wissen muß, daß das Dokument bei der Landesregierung erliegt und dieses dann im Wege der Landesregierung mir persönlich ausgefolgt wurde. Er hat nicht das Recht, erneuert zu erklären, daß diese Voraussetzung „scheinbar“ eingetreten ist.

Hohes Haus! Es hat in dieser Angelegenheit auch gestern eine Sitzung stattgefunden; es ist kein Geheimnis mehr, es ist ja in den Tagesblättern gestanden, daß ich auf Grund dieses Zwischenrufes dem Doktor E n g e meine Zeugen geschickt habe. Hier liegt das Protokoll über die Verhandlung und in diesem Protokolle wird ausgesprochen, daß Dr. E n g e durch seine beiden Vertreter erklärt, die Sache in ritterlicher Art zu erledigen. Ich erkläre diese Antwort, die Dr. E n g e gegeben hat, nicht als ritterlich erledigt und erkläre Dr. E n g e hier in diesem Hause als Schuft...

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Herr Abgeordneter, ich muß Ihnen den Ordnungsruf erteilen.

Ing. W i s a n y (fortfahrend): und mit dieser Ansicht ist die Frage vorläufig für mich erledigt. (G a ß: „Das glaube ich!“)

Hohes Haus! Es ist im Laufe der gestrigen Verhandlung auch noch eine zweite Beschuldigung gefallen, und zwar durch Landesrat G a ß, der während der Rede des Landesrates W i n k l e r den Zwischenruf gemacht hat „Hainfeld“. Es ist bekannt, daß die Sache Hainfeld den Landtag nicht einmal, sondern schon öfter, beschäftigt hat. Die Frage „Hainfeld“ ist aber im Jahre 1921 vollkommen erledigt worden. Der Landtag hat auf Grund eines Berichtes des Landeskulturausschusses beschlossen, daß kein Grund vorgelegen sei, in der Frage „Hainfeld“ irgendwie gegen die angeschuldigten Personen vorzugehen. Von diesem Untersuchungsergebnis hat Herr Landesrat G a ß Kenntnis gehabt und hat infolgedessen gestern gegen besseres Wissen die Anschulldigung neuerlich erhoben. Weil diese Anschulldigung aber eine so schwere ist, sind wir gezwungen, in dieselbe erneuert etwas hineinzuleuchten. In der Sitzung vom 21. Oktober 1921 ist dem Landeskulturausschusse auch ein Bericht des Untersuchungsausschusses vorgelegen. Interessant ist, daß durch einen Antrag der Christlichsozialen im Jahre 1919 dieser Untersuchungsausschuß eingesetzt wurde, und die Untersuchung tatsächlich erst im Oktober 1921, also nach zwei Jahren, zur Verhandlung kam. Dieser Untersuchungsausschuß hat einwandfrei festgestellt, daß ein Verschulden der damals dort beschäftigten Herren nicht vorgelegen ist und der Landeskulturausschuß hat nach dem Originalprotokoll noch folgenden Zusatzantrag angenommen (lies):

„Der Bericht der steiermärkischen Landesregierung über die Revision des Gutes in Hainfeld wird mit folgenden Bemerkungen zur Kenntnis genommen:

1. Der Landeskulturausschuß hätte es für richtig gehalten, in die Kommission auch Landwirte zu ernennen.

2. Zum Ergebnis der Revision wird bemerkt, daß im Zeitpunkte der Revision die Liquidierung noch im Anfangsstadium war und daher manche Schuld- und Forderungspost unaufgeklärt erscheint. Es wurde damals mit einem Gesamtverlust von 120.000 K gerechnet. Inzwischen erfolgte der Abschluß der Liquidierung für diesen Betrieb und es ergab sich schließlich ein Gesamtüberschuß von rund 20.000 K.

3. Im Bericht erscheint ein Bauaufwand von 171.000 K und nur eine Vergütung von 50.000 K durch den Verpächter. Dadurch wird die Bilanz sehr ungünstig beeinflusst.“

Diesen Antrag hat der Landeskulturausschuß dem Landtage vorgelegt und besonders von der Christlichsozialen Partei hat damals der alte Christlichsoziale Bauer F i n k im Landtage gesprochen und erklärt, daß kein Grund vorliege, gegen die Führung des Gutes Hainfeld zu der Zeit, als Landesrat W i n k l e r dort in Kriegsdienstleistung gestanden ist, Beschwerden zu erheben, im Gegenteil, der Christlichsoziale Abg. F i n k hat wörtlich folgendes erklärt: „Zudem ist

auch Herr Landesrat Winkler, um den es sich ja eigentlich dreht, nicht dabei gewesen, sondern er hat Kriegsdienstleistung geleistet, hat das Saatgut verwaltet und war dazu noch Bezirksernstekommissär". Weiter ist in dem Berichte einwandfrei festgestellt, daß Landesrat Winkler nur kurze Zeit in Hainfeld tätig gewesen ist und dann wieder zur Front einrücken mußte. Sowohl die Bündler als auch die Christlichsozialen haben damals erklärt, daß kein Grund und keine Ursache vorhanden sei, in dieser Frage weitere Erhebungen zu pflegen oder irgendwelche Maßnahmen zu treffen. Interessant ist es nun, daß Herr Gaf gestern erklärte, die Akten über diesen Untersuchungsfall wären verschwunden. Die Untersuchung ist ja nicht von den Bündlern geführt worden, sondern von der Landesregierung, und daher hat diese die Verantwortung, wenn die Akten verschwunden sein sollten. Über die neuerliche Aufrollung der Frage „Hainfeld“, obwohl die Sache im steirischen Landtage vollkommen geklärt ist, sind wir nicht erbost, möchten aber an die christlichsoziale Landesregierung und an den Herrn Landeshauptmann folgende Fragen stellen. In der Frage „Hainfeld“ ist der Landeskulturinspektor Peter einige Male verhaftet und in Untersuchung gesteckt worden, der Landtag hat niemals einen Bericht darüber erhalten, wie die Untersuchung eigentlich ausgegangen ist, ob sie zu einem Ergebnis geführt hat, ob sie eingestellt ist oder ob sie seit 1921, also seit vier Jahren, noch immer läuft. Es wäre die Frage zum mindesten berechtigt, ob Kulturinspektor Peter seinen Gehalt als aktiver Beamter weiter bezieht, obwohl er seit fünf Jahren keinen Dienst macht.

(Präsident Steiner übernimmt den Vorsitz.)

In der gestrigen Sitzung ist dann noch ein weiterer Ausdruck gefallen, den wir auch etwas näher beleuchten müssen. Herrn Dr. Enge hat es beliebt, unserem Kollegen Ferner zuzurufen „Gehen Sie Ihrem bürgerlichen Berufe nach, Sie Sauschneider!“ In diesem Zwischenrufe des Herrn Dr. Enge liegen zweierlei Begründungen begraben. Erstens der Anwurf, daß Abg. Ferner seinem bürgerlichen Berufe nachgehen soll, klingt für mich folgendermaßen: „Bauer, im steirischen Landtage hast du nichts zu tun, überlasse die Politik den Advokaten, die Politik machen wir, nur die scheinbar privilegierten Stände maßten sich das Recht an, Politik zu machen.“ Hier haben wir es nicht nur mit einem Vorwurf gegen Ferner, sondern mit einem Anwurf gegen viele Abgeordnete des steirischen Landtages zu tun, und den möchte ich ganz energisch zurückweisen. Der zweite Vorwurf, der in dem Zwischenrufe: „Gehen Sie Ihrem bürgerlichen Berufe nach, Sie Sauschneider!“ steckt, ist zumindest als schwere Taktlosigkeit zu bezeichnen, wenn nicht sogar als etwas anderes. Doktor Enge hat mit dieser Klarstellung bezüglich unseres Kollegen Ferner zweifellos nichts anderes beabsichtigt, als den Beruf unseres Kollegen Ferner in den Augen des Hauses und der zahlreich vorhandenen Galeriebesucher herabzusetzen. Es ist gewiß sehr taktlos, den Beruf eines anderen herabzusetzen. Weiters möchte ich noch die Bemerkung daran knüpfen, es

wurde gerade von anderer Seite herübergerufen, wir seien Bauern ohne Grund und Boden, und Bauern mit Diplomen, welche angezweifelt werden können. Jetzt ist die Frage praktisch wieder so: Kollege Ferner übt einen Beruf aus, den er praktisch erlernt hat. Im Salzburgischen, im Lungau, wird dieser Beruf mit viel Liebe gepflegt. Kollege Ferner ist praktisch in seinem Berufe tätig. Es kann uns daher nicht der Vorwurf gemacht werden, daß wir uns mit Diplomen brüsten. Auf der anderen Seite sitzt aber ein Herr mit einem papierenen Diplom. Es ist jedenfalls eigentümlich, wenn der Beruf des Kollegen Ferner lächerlich gemacht wird und in eine zweideutige Stellung geschoben wird, und auf der anderen Seite ein Herr mit einem papierenen Diplom sitzt. Charakteristisch für die Auffassung des Herrn Doktor Enge bei diesem Zwischenruf ist es es, daß er die Wichtigkeit des Berufes, den Kollege Ferner ausübt für die bäuerliche Bevölkerung, nicht erfaßt hat. Die bäuerliche Bevölkerung ist überzeugt, daß der Beruf des Ferner für die Bauernschaft ein notwendiger ist, und wenn er entsprechend ausgeübt wird, auch ein vorteilhafter Beruf für die Bauernschaft ist. Es ist bezeichnend für die Einstellung des Dr. Enge, daß er über landwirtschaftliche Fragen und Berufe und über das und jenes, was den Bauern interessiert, was ihn angeht, so wenig unterrichtet ist, sich aber mit dem Brufftone der Überzeugung als Bauernvertreter aufspielt.

Bezeichnend für das Vorgehen des Dr. Enge ist es auch, daß er heute uns eine Verdächtigung der Landesbeamten zuschiebt, obwohl der Zwischenruf, daß die Landesbeamten nichts tun, von unserer Seite nicht gefallen ist. (Hartleb: „Auch nicht von anderer Seite!“) Wir sind immer anwesend und haben einen solchen Zwischenruf im gestrigen Landtag nicht vernommen. Es wird mit Hilfe des stenographischen Protokolles der Nachweis gelingen, daß Dr. Enge hier die Unwahrheit behauptet hat, daß der Zwischenruf nicht gemacht wurde.

Nun zu einer anderen Frage. Es wird behauptet, daß die Obstruktion der Bauernbündler gegen das Krankenkassengesetz eine gewissenlose sei, eine Politik auf kurze Sicht, und es wird immer wieder uns entgegengehalten, daß nur die Bauernbündler es wären, die in der Bevölkerung draußen den Widerstand gegen das Krankenkassengesetz hervorrufen würden. Dem ist nicht so. Wir haben schon in den letzten Sitzungen des öfteren bewiesen, daß auch die Christlichsozialen der gleichen Ansicht sind, wie wir Bauernbündler. Heute sind wir imstande, ein ganz junges Dokument als Beweis für diese Tatsache anzuführen. Am 8. März 1925 war eine Protestversammlung in Kirchberg a. d. Raab, nicht von den Bauernbündlern einberufen, sondern von den Christlichsozialen und Bauernbündlern gemeinsam. Das Dokument lautet (liest):

„Das mannhafte Eintreten der Bauernbundabgeordneten erfüllt uns mit freudigster Genugtuung und ist uns nur ein Beweis, daß der Bauernbund mit allem Ernste gewillt ist, alles, was in dieser großen Frage notwendig ist, einzulösen.“

Wir freuen uns über das unerschrockene Einsehen, weil es in der Frage der Freiwilligkeit der Krankenversicherung keine Kompromisse geben kann und darf.

Sollte der parlamentarische Kampf infolge der Eifersuchtlosigkeit anderer bäuerlicher Abgeordneter zugunsten der Zwangsversicherung enden, sind wir entschlossen, auf außerparlamentarischem Wege den rücksichtslosesten Kampf gegen ein solches unheilvolles Gesetz bis zum endgültigen Erfolg weiter zu führen.

Schließlich sprechen wir jenen Abgeordneten, die für die Freiwilligkeit der Versicherung unentwegt eingetreten sind, unseren wärmsten Dank aus und verbinden diesen mit der Bitte, weiterhin auszuhalten, denn die erdrückende Mehrheit der Landbevölkerung ohne Unterschied der Partei steht hinter ihnen, und wir sind bereit, dies jederzeit durch einen Massenaufmarsch zu beweisen."

Unterschieden ist diese Eingabe: Für die christlich-soziale Partei: Franz Großschädl und Kajetan Kien. Meines Wissens sind beide im Pfarrbauernrat Obmänner.

Von der Bündlerpartei ist dieser Protest unterschrieben von Josef Buchbauer, Obmann der Pfarrbauernortsgruppe Kirchberg a. d. Raab.

Es ist wieder ein Beweis, daß nicht nur die bündlerischen Bauern, die angeblich von den Abgeordneten aufgehetzt sind, Gegner der Krankenkasse sind, sondern daß auch die christlichsozialen Bauern ganz derselben Meinung sind. Es ist weiters ein Beweis, daß eine so große Meinungsverschiedenheit draußen zwischen bündlerischen und christlichsozialen Bauern in Wirklichkeit gar nicht besteht, im Gegenteil, daß eine Zusammenfassung in eine Standespartei, wenn das der Wille der führenden Männer wäre, durchaus nicht auf Schwierigkeiten stoßen würde. Wie allgemein angenommen werden kann, befassen sich nicht nur politisch eingestellte Bauern, sondern auch landwirtschaftliche Organisationen rein unpolitischer Natur mit dieser Frage ernstlich. Auch hier liegt ein Protest vor von der landwirtschaftlichen Organisation in Gamlitz und Umgebung, alle zusammen in vollkommener Gemeinschaft. Auch diese sind nicht aufgefordert worden, daß sie einen solchen Protest einschicken sollen. Sie tun es aus freien Stücken. Die Zahl der Listen, die eingelaufen sind, ist nicht gering. Ich habe etliche 20 liegen und könnte dem hohen Hause noch eine Menge bringen. Es geht daraus hervor, daß unsere Haltung nicht ein kapriziöses Benehmen der bündlerischen Abgeordneten ist, sondern daß unsere Haltung bestimmt ist durch die Aufträge, die wir von unseren Wählern und von der Bauernschaft bekommen haben. Wir sind auch der Meinung, daß auch heute noch, trotz der vielen Aufklärungen, die wir im Landtage gegeben haben, und auch trotz der Aufklärungen, die wir durch die Presse zu geben vermögen, der Öffentlichkeit noch nicht bekannt ist, daß die Bauernbündler einen Antrag auf die Krankenfürsorge in Steiermark im Landtage eingebracht haben, daß wir nicht Gegner der Krankenfürsorge sind, daß wir im Gegenteil sie als Pflicht empfinden. Es ist eine bewußte Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn ständig behauptet

wird, daß die Bauernbündler schlankweg gegen jede Fürsorge sind. Diese bewußte Irreführung besteht nicht nur in Steiermark, sondern über die Obstruktion der Bauernbündler sind auch die Wiener Zeitungen, allerdings nicht alle, mit Berichten beschriftet. Wie diese Berichte aussehen, das ist interessant. So schreibt das „Neue Wiener Tagblatt“ unter Obstruktion der Bauernbündler im steirischen Landtag. Aus Graz wird uns berichtet: einen längeren Bericht. Unter anderem steht folgende schöne Redeblüte (liest):

„Die Landbündler wollen von der Krankenversicherung ihrer Mitarbeiter nur dann etwas wissen, wenn einer ihrer Diensthofen erkrankt. In diesem Falle soll er zur Krankenversicherung angemeldet werden, worauf die Krankenkasse das Heilverfahren einzuleiten und dessen Kosten zu bestreiten hätte.“

Dieser Satz zeigt so deutlich, in welchem Sinne die Berichterstatter nicht nur die Gräzer Presse, sondern auch die Wiener Presse versorgen. Der Herr Abg. Jenz wird sich entschieden wehren, daß in diesem Berichte sein Antrag mit unserem Antrage zu einem sinnlosen Chaos vermischt wird und als Grundlage für die Obstruktion der Bauernbündler im Landtage hingestellt wird. Ich habe das nur als Beweis angeführt dafür, wie wenig Verständnis für die Interessen der Bauernschaft in städtischen Kreisen herrscht, wie wenig Verständnis die Öffentlichkeit und wie wenig Verständnis auch die Presse für Fragen aufbringt, die die Bauernschaft interessieren. Meine Redezeit geht zu Ende. Es wäre mir leicht, eine Reihe von Beweisen anzuführen, daß unsere Obstruktion, die wir in sachlicher Form führen, begründet ist, daß unsere Landbevölkerung einerseits nicht gewillt ist, die weiteren schikanösen Maßnahmen, die durch die Landwirtschafts- und Krankenkasse erwachsen, zu ertragen, andererseits nicht imstande ist, für die Lasten aufzukommen, die das Krankenkassengesetz ihr auferlegt. Herr Landesrat Winkler hat auch darauf verwiesen, daß mit der Durchführung des Krankenkassengesetzes nach dem Antrage des Abg. Jenz nichts anderes herbeigeführt wird, als der Zwang zur Entlassung von Diensthofen. Derjenige, der in die Diensthofenversicherungspflicht fällt, wird trachten, den einen Diensthofen, den er zuviel hat, abzustofen und sich mit weniger Diensthofen zu behelfen. Er wird nicht intensiv, sondern extensiv wirtschaften. Wir sind der Meinung, daß durch das Krankenkassengesetz eine weitere Vermehrung der Arbeitslosen eintreten wird. Wir haben gestern nachmittags und heute zu Beginn der Sitzung von der sozialdemokratischen Partei ein ernstes Lied über die große Frage der Arbeitslosigkeit singen gehört. Wir sind auch der Meinung, daß die Frage des Arbeitslosenproblems keine leichte Lösung wird finden können und sind der Meinung, daß alles unterbleiben soll, was die Arbeitslosigkeit vermehrt und die Frage der Arbeitslosenunterstützungen noch verschärft. Aus diesem Grunde sind wir der Meinung, daß mit der Schaffung eines Zwangs- und Krankenkassengesetzes der Bauernschaft nichts Gutes geschaffen wird, sondern im Gegenteil ihr Lasten aufgehakt werden, die sie nicht zu tragen vermag und daß die Volkswirtschaft im allgemeinen geschädigt werde. (Beifall bei den Bauernbündlern.)

Singer: Hohes Haus! Die wirtschaftlichen Interessen, die von der Krankenversicherung getroffen werden, sind in diesem hohen Hause schon ausführlich erläutert worden. Weniger bekannt ist es, daß der Verfassungsgerichtshof in Wien am 27. Juni 1924 über Antrag des Salzburger Landtages folgende Entscheidung bekanntgegeben hat (verliest die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes in Wien vom 27. Juni 1924). Als der Verfassungsgerichtshof die Landwirtschaftsrankenkasse als nicht kompetent erklärte, sind die Wellen sozusagen wie die Radiowellen über das ganze Land gelaufen und nur Freude ist in der ganzen Bauernschaft eingezogen. Viele Beweise zeigen dafür, daß nicht nur die Bauernbündler, sondern auch die christlichsozialen Bauern dieselbe Meinung und dieselbe Freude hatten, als der Verfassungsgerichtshof das Gesetz über die Landwirtschaftsrankenkasse als nicht gültig anerkannt hat. Da haben wir die Beweise, zum Beispiel (liest): „Die heute in Hartberg versammelten Bürgermeister des Bezirkes Hartberg erklären einstimmig, die auferlegten Kosten und dann die nachteiligen Erschwerungen der landwirtschaftlichen Krankenkasse in kleinbürgerlichen Betrieben nicht ertragen und auf ihre Schultern nehmen zu können. Die versammelten Bürgermeister protestieren in Vertretung der kleinen Grundbesitzer des Bezirkes Hartberg gegen dieses Zwangsgesetz der landwirtschaftlichen Krankenkasse und beantragen, wenn eine freiwillige Durchführung der Versicherung unmöglich ist, die Auflösung derselben und hiefür ein entsprechendes Dienstbotengesetz einzubringen. Einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes hat die Landesregierung in Salzburg bereits stattgegeben, daher die steiermärkische Landesregierung beauftragt wird, dem Beispiel der Landesregierung in Salzburg nachzukommen.“ Also bei dieser Entschliebung in Hartberg, bei der Bürgermeister- oder Gemeindevertreterversammlung waren sämtliche Gemeindevertreter des Bezirkes Hartberg anwesend. Die Gemeindevertreter wählten einen Ausschuß, der über die Krankenkasse zu intervenieren hatte. In diesen Ausschuß wurden gewählt: Hallmayr, Bürgermeister von Hartberg, als Obmann, Singer, Neuhäuser (richtig Neubauer) aus Stambach, Kilnhöfer aus Glattendorf, Peinlipp aus Unterrohr, Schrott aus Waltersdorf und Karl Prem aus Lafnitz. Also, ich bitte, hier ist nur ein Bündlervertreter in diesem Ausschusse. Sämtliche Bürgermeister des Hartberger Bezirkes werden wohl informiert sein über die Vorgänge in ihren Gemeinden. In diesen kleinen Gemeinden ist wohl sicherlich jeder Gemeindevertreter genau über jede Person, sei es ein Dienstgeber oder Dienstnehmer, informiert. Folglich ist der Anwurf, der gemacht wurde von der rechten Seite, nicht richtig, wenn behauptet wird, die Bündler wären hinausgegangen mit der Heze zu den Bauern wegen der Krankenkasse. Es ist auch behauptet worden — der Herr Abg. Wagner erklärte es —, die Bündler hätten überhaupt kein Agitationsmaterial, wenn nicht die Krankenkasse wäre. (Wagner: „Das ist auch so!“) Dieses Material ist von den Bauern und von den Dienstnehmern selbst. Wem sollen wir uns anschließen? Von ihnen wurden wir gewählt, von der

Landbevölkerung, und daher ist es unsere heiligste Pflicht, die Landbevölkerung irgendwie zu vertreten, so gut es uns eben möglich ist. Derlei Entschliebungen haben wir noch eine Unmenge, so zum Beispiel die Gemeinde Aigen schickt eine Entschliebung (liest): „Wir Gefertigten schließen uns den Forderungen des steirischen Bauernbundes in der Frage der Landwirtschaftsrankenkasse vollinhaltlich an und verlangen insbesondere: 1. die gesetzliche Behandlung durch den Landtag, 2. verlangen wir an Stelle der Zwangsversicherung eine freiwillige Versicherung, 3. fordern wir die Möglichkeit, Gebietskrankenkassen zu errichten, um den besonderen Verhältnissen der Landesteile Rechnung tragen zu können, 4. verlangen wir vor Beschlußfassung die Beiziehung von Vertretern der landwirtschaftlichen Körperschaften und der Bürgermeistervereinigungen zur Beratung des neuen Gesetzesentwurfes. Die Gemeinde Aigen. — Unterfertigte Gemeinde wäre für die gänzliche Auflösung der Krankenkasse, wie auch der Pfarrbauernrat in St. Martin a. S. in einer Versammlung diesbezüglich abgestimmt hat. Dann Mariazell, hat dieselbe Entschliebung; unterschrieben die Viehzuchtgenossenschaft für den Gerichtsbezirk Mariazell, die Pferdezüchtgenossenschaft Mariazell und die Gemeinde Mariazell. Ebenso Sankt Peter ob Judenburg (liest): „Lauf Gemeinderatsitzungsbeschluss vom 14. d. M. spricht sich der Gemeindeausschuss ganz gegen eine zwangsweise Versicherung aus.“ Ortsgemeinde Tregist (liest): „Diese Landwirtschaftsrankenkasse gehört überhaupt ganz weg, weil der Kranke bekommt so eine Medizin, die nichts kosten darf. Man hört es täglich, wie es zugeht; ich glaube, die Hauptsache ist, daß die Angestellten gut leben können. Der ganze Bezirk ist aufgeregt.“ Gemeinde Laffenberg (liest): „Unsere ganze Gemeinde schließt sich der Forderung des Bauernbundes an, also weg mit der Landwirtschaftsrankenkasse!“ Gemeinde Wolfsdorfegg; unterschrieben Auer Alois, Bürgermeister, Johann Passat, Gemeinderat, Karl Raminger, Besitzer, Hedwig Erkenger, Magd, Steindl Josef, Knecht, und Kienbacher Maria. Gemeindeamt Glattendorf: „Gemeindevorsteher Johann Kienhofer im Auftrage der sämtlichen Gemeindevorsteher bestätigt.“ Zeil-Pölla, Grazer, Bürgermeister, auch kein Bündler, wie bekannt. Dann St. Johann bei Herberstein.

Präsident: Herr Abg. Singer, ich mache Sie aufmerksam, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Singer (fortfahrend): Also solche Entschliebungen liegen von vielen Gemeinden eine Unmenge vor und auch solche von Organisationen stehen uns Bauernbündlern zur Verfügung. Man sieht daraus, daß mindestens 80 Prozent der bäuerlichen Bevölkerung sich gegen diese Zwangsrankenkasse aussprechen und ich hoffe, daß Sie sich überzeugen, daß in unserem Antrage auf freiwillige Versicherung sich das größte Interesse und Entgegenkommen von der gesamten Landwirtschaft zeigt. (Beifall.)

Präsident: Als Proredner erteile ich nun dem Herrn Abg. Schifko das Wort.

Schifko: Hoher Landtag! Wenn ich als christlich-sozialer Kleinbauer auch zu diesem Gesetzentwurfe mich äußern soll, so geschieht es lediglich deswegen, weil die Herren des Bauernbundes wiederholt uns den Vorwurf gemacht haben, daß wir christlichsozialen Bauern uns gar nicht rühren und nichts sagen (**Gartner:** „So hat es also doch geholfen!“), anderseits wir christlichsozialen Bauern es nicht der Mühe wert gehalten hätten, den Entwurf des Bauernbundes durchzulesen. Wir tun halt in unserer christlichsozialen Partei viel lieber fleißig und sachlich arbeiten und weniger reden, und Sie, meine Herren vom Bauernbund, tun gerne viel reden und besonders reden Sie hier gerne zum Fenster hinaus, damit Sie in den Zeitungen bringen können, wie Sie für den Bauernstand arbeiten. Nun, was haben Sie eigentlich bis jetzt über die Krankenkassen gesprochen? Sie bekämpfen die Landwirtschaftskrankenkasse deswegen, weil Sie sagen, sie ist für die Bauern unerträglich. Ich gebe unentwegt zu, daß die Kasse, wie sie früher war, für die Bauern tatsächlich etwas unerträglich geworden ist. Ich kann aber diese Ansicht nicht teilen, wenn man die Landwirtschaftskrankenkasse verbessern will, und ich glaube, es wäre Ihre erste Pflicht gewesen, wenn Sie draußen bei der bäuerlichen Bevölkerung dahin aufklärend gewirkt hätten, daß Sie gesagt hätten, wir werden eintreten für die Verbesserung der Kasse, denn die kann man doch nicht mit einem Wort aus der Welt schaffen, was eigentlich Ihr Prinzip ist. Nun, Sie behaupten, daß Sie als Ersatz für die Krankenkasse einen Gesetzentwurf eingebracht haben, der viel besser wäre und den Dienstboten viel mehr bieten würde, als eine Krankenkasse bieten kann. Nun, für den ersten Augenblick schaut es wirklich so aus, und für die Bauern schaut er verhänglich aus, wer aber in den Zeitungen liest, daß das Land Steiermark die Spitalskosten tragen soll, daß es keine Zwangsversicherung gibt, sondern es nur freiwillig ist, wenn sie einen versichern wollen und für alle übrigen haften die Besitzer, das ist in kurzen Worten das, was drinnen steht, dann sieht die Sache etwas anders aus. Nun muß ich Sie aber eines fragen, haben Sie die Bauern auch darüber aufgeklärt oder überhaupt einem mit Bestimmtheit sagen können, daß der Zuschlag zur Grundsteuer wegen der Spitalskosten nicht auch eine Höhe haben kann, die auch für die Bauern eine große Belastung bedeutet? Sie haben uns noch keine Berechnung vorgelegt, Sie haben nur gemeint, daß nur einige Zuschlagsprozente notwendig sein werden, ich habe aber das Gefühl, daß ziemlich einige Prozente notwendig sein werden. (**Ferner:** „4 Prozent hat Gäß gesagt!“) Ich kann schon rechnen. Ich möchte nur eines sagen, wenn die Grundsteuer erhöht wird, dann werden auch die Bezirks- und Gemeindeumlagen, die wir ja von dieser Grundsteuer berechnen, erhöht werden. Und dann, wenn auf der einen Seite der Besitzer schon früher alles bezahlen muß, Arzt und Medikamente, und der Arzt derjenige ist, der bestimmt, ob der betreffende Kranke ins Spital kommen soll oder nicht, so ist es wohl leicht, sich auszuendenken, daß der betreffende Arzt den Kranken im Hause belassen wird, weil ja der Arzt in der Lage ist, den Besitzer als Melk-

kuh zu behandeln, und der Besitzer bis zu zwölf Wochen verpflichtet ist, für die Arztekosten, wenn er den Kranken nicht ins Spital geben will, aufzukommen. Ich frage Sie, ob das dann vielleicht billiger kommt und besser ist, als wenn er sich an die Krankenkasse anschließt, die tatsächlich diese Lasten übernimmt, die sie auch übernehmen kann, und auch billiger arbeiten kann, wenn sie entsprechend eingerichtet ist. Nun möchte ich noch folgendes sagen. Wie kommen die kleinen Besitzer oder überhaupt jene, die keinen Dienstboten haben, nach Ihrem Entwurfe dazu, überhaupt Steuern bezahlen zu müssen für etwas, von dem sie nichts haben können. (**Hartleb:** „Sie haben ja unseren Antrag gar nicht gelesen!“) Ich habe ihn wohl gelesen. Diese Besitzer sind gar nicht versichert. Und noch eines! Wenn man nach Ihrem Entwurfe die Sache durchführen würde, ohne jede Kontrolle, ohne Aufsichtsrecht, welche Schwindeleien würden da herauskommen. Es läßt sich die Sache so nicht durchführen, weil die Belastung für die Bauernschaft eine derartige werden würde, daß die Bauern sagen würden, die frühere Krankenversicherung war doch besser, als wie sie uns jetzt auferlegt wird. (**Ferner:** „Wir haben es ja früher gehabt nach der Dienstbotenordnung!“) Sie haben bis jetzt fortwährend kritisiert und nur Ihren Entwurf angepriesen. Bitte sehr, das Recht steht Ihnen zu (**Hartleb:** „Hoffentlich!“), und ich habe schon früher erklärt, daß im ersten Momente Ihr Entwurf sehr verlockend ist, wenn man ihn aber näher durchsieht, dann muß man darüber nachdenken. (Zwischenruf **Ferner:**) Ich bitte sehr, Herr Abg. **Ferner**, tun Sie mich nicht unterbrechen, ich habe Sie in Ihren Ausführungen auch nicht unterbrochen. Sie haben in der ganzen Debatte noch kein Wort darüber verloren, was in diesem Entwurfe steht, im § 13 Ihres Entwurfes wird ausdrücklich bestimmt, daß die bestehende Landwirtschaftskrankenkasse zu liquidieren ist und, falls sich ein Überschuß ergibt, dieser dem Lande Steiermark zufällt und daß alle Eintreibungen zu entfallen haben und Exekutionen zu sistieren sind. Ja, haben Sie sich wohl die Frage überlegt, was dann entsteht, wenn die Krankenkasse liquidieren, in Konkurs gehen muß, welche Folgen dann entstehen? Wer hat die ganzen Verpflichtungen zu übernehmen, die die Kasse jetzt noch hat, nachdem ja jetzt noch Dienstboten von früher her versichert sind, und wenn der Landtag beschließen sollte, daß die Exekutionen einzustellen sind, ja, da haben wir nicht das Recht dazu. (**Wagner:** „Sehr richtig!“) Nein, dieses Recht steht uns nicht zu, denn die Landwirtschaftskrankenkasse ist bis heute eine Bundeskrankenkasse (**Hartleb:** „Das ist nicht wahr, davon ist ja keine Rede!“), und der Bund wird diktieren, und der Konkursmassenverwalter wird sich selbstverständlich nicht dazu hergeben, die Exekutionen einzustellen. Ist das notwendig? Ich glaube, es wäre viel vernünftiger, wenn Sie in Ihren Versammlungen draußen die Bauernschaft dahingehend aufgeklärt hätten und dafür eingetreten wären und gesagt hätten, wir sehen ein, die jetzt bestehende Krankenkasse ist für den Bauern wirklich unerträglich und wir werden unsere Kraft dafür einsetzen, die Krankenkasse so zu gestalten,

daß sie den Bauern erträglich wird. Ich kann Ihnen sagen, daß in allen meinen Versammlungen, wo ich sprechen habe können und die Dienstleute nicht von Ihrer Seite aus belästigt worden sind, die Leute schon zu bekehren gewesen sind, wenn ihnen der Begriff der Krankenkasse vor Augen geführt worden ist, aber dort, wo Sie die Versammlungen durch Ihre Unterführer störten, waren derartige Verhältnisse, daß die Leute nicht sprechen konnten, da der Redner sonst Gefahr gelaufen ist, hinausgeworfen und durchgeprügelt zu werden. Dort war es nicht möglich, und ich erkläre hier ehrlich und offen, mir ist einmal in einer Versammlung passiert, daß einer Ihrer Sekretäre die Landwirtschaftskrankenkasse den Bauern als Scheusal hingestellt hat. (Ruschak: „Hört!“) Ich bitte, wenn ein Redner einer Partei öffentlich zu den Bauern so spricht, so müssen die Bauern sich sagen, es muß doch wirklich so schlecht sein, weil sie ja nicht den richtigen Begriff von dem Werte einer Krankenkasse haben. Deswegen möchte ich Ihnen als Kleinbauer folgendes sagen. Die Absicht, die Sie mit dem Krankenkassengesetz haben, liegt klar auf der Hand. Sie haben gesehen, daß die Bauernschaft wirklich aufgebracht ist über die Krankenkasse, und diesen Moment haben Sie aus parteipolitischen Gründen dazu benützt, um Ihre Partei zu fördern, um die Bauern für Ihre Ziele und Zwecke zu gewinnen und in Ihre Reihe zu bringen (Beifall bei den Christlichsozialen), und das ist verwerflich. (Singer: „Wir haben genug Beweise!“) Ihre Beweise sind sehr fadenscheinig! (Singer: „Wir haben ja nicht die Siegel von allen Gemeinden!“) Schauen Sie sich nur Ihre gedruckten Entschlüsse an, in diesem Sinne müssen die Bauern aufgeklärt werden, vielleicht nicht durch Sie, die Sie als Abgeordnete hier sitzen und eine gewisse Verantwortung tragen, aber Ihre Unterführer haben in der schamlosesten Weise geheßt und die Bauern aufgewiegelt gegen die Krankenkasse, aus den Gründen, die ich früher angeführt habe. Ich möchte als Kleinbauer und Anhänger der christlichsozialen Partei folgendes erklären: Als kleiner Grundbesitzer habe ich schon seit jeher meine Dienstboten versichert gehabt, und zwar aus zwei Gründen. Der eine Grund war der, daß ich mich schützen wollte vor Leuten, die vielleicht mit Absicht sich krank melden und mir Kosten verursachen und andererseits, weil ich immer so viel menschliches Gefühl in mir gehabt habe, daß ich demjenigen armen Teufel, der gezwungen ist, sein ganzes Leben bei den Bauern als Knecht durchzuschlagen, dann, wenn er wirklich krank wird, es ermöglichte, ihm die nötige Pflege angedeihen zu lassen. Bei der heutigen Zeit, wo vielleicht so mancher kleine Grundbesitzer mangels der Mittel für seine eigene Person nicht in der Lage ist, für sich zu sorgen, weil er sich sagen und ausrechnen muß, wenn ich krank werde, fallen die Kosten mir zur Last, da will ich lieber das kleine Opfer bringen, daß ich in der Form monatlicher Ratenzahlungen etwas leiste für den Fall, daß mir im Laufe eines Jahres oder mehrerer Jahre etwas passieren kann. (Ferner: „Aber die Kuh kälbert nur einmal im Jahre!“) Sehen Sie, der kleine Grundbesitzer muß noch viel andere Versicherungen bezahlen, gegen Feuer usw., warum tut

er das? Er will sich eben schützen, damit er nicht zum Bettler gemacht wird. Wenn nun eine Krankenversicherung entsprechend eingerichtet wird, und solche Sätze hat, die für die Bauernschaft erträglich sind, so wird der Grundbesitzer, gleichgültig, ob er jetzt in Form der erhöhten Grundsteuer eine Versicherung hat, oder ob er in Form von Prämien bei der Krankenkasse die Zahlungen leistet, seine Dienstboten versichert haben. Ich möchte deswegen die Gründe anführen, warum die christlichsozialen Bauern für das Krankenversicherungsgesetz stimmen, welches vom Herrn Pfarrer Jenz entworfen worden ist, und zwar einerseits deshalb, weil wir unseren Leuten diese soziale Einrichtung nicht vorenthalten wollen (Rufe: „Bravo!“) und zweitens, weil wir in dem Entwurfe der Bauernbündler nichts Besseres und Billigeres erblicken und drittens, weil wir die Verantwortung für die Folgen einer Liquidierung und eines eventuellen Konkurses der Landwirtschaftskrankenkasse nicht übernehmen können. (Beifall bei den Christlichsozialen.) In einem, meine Herren, stimme ich mit Ihnen vollständig überein. Im Laufe Ihrer Ausführungen ist von so manchem Herrn darauf hingewiesen worden, daß die steirische Landwirtschaft und überhaupt die Landwirtschaft sehr schwer unter den Lasten leidet, die sie zu tragen hat und ich bitte, es ist Pflicht sämtlicher Parteien des hohen Hauses, dahin zu wirken, es auch der Landwirtschaft zu ermöglichen, daß sie ihren Verpflichtungen gegenüber ihren Arbeitnehmern nachkommen kann, das heißt, daß Sie auch dafür Sorge tragen, daß die wirtschaftliche Lage des Bauernstandes gehoben werde, um seinen Pflichten nachkommen zu können. Darin stimme ich mit Ihnen vom Bauernbunde überein. Nun möchte ich mich nicht mehr lange über die ganze Sache auslassen. Ich habe in kurzen und bündigen Worten die Ansicht eines steirischen kleinen Grundbesitzers ausgedrückt und Sie können die Überzeugung hinnehmen, daß ich jederzeit bereit bin, diesen Standpunkt, den ich heute gekennzeichnet habe, auch vor der Öffentlichkeit und vor meinen Wählern zu vertreten. Wir christlichsoziale Bauern werden für den Antrag Jenz stimmen. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Präsident: Ich stelle fest, daß die Liste der vorgemerkten Redner zu diesem Gegenstande nunmehr erschöpft ist. Ich werde nun dem Herrn Berichterstatter zum Gegenstande heute nicht mehr das Wort erteilen. Wir gehen nunmehr ein in die Behandlung der

dringlichen Anfrage der Abg. Gföller und Genossen an den Landeshauptmann, betreffend die Mißstände bei den von der Landesregierung (Burg) geführten Ennsregulierungsarbeiten in Obarn.

Ich erteile dem Herrn Anfragesteller Gföller zur Begründung seiner Anfrage das Wort.

Gföller: Hohes Haus! Bei den Arbeiten, die die Ennsbauregulierungskommission in Obarn durchzuführen hat, haben sich schwere Mißstände deshalb herausgestellt, weil nicht nur das Koalitionsrecht, sondern auch sozialpolitische Schutzgesetze von Beamten des Staates nicht eingehalten werden. Die Lokalbau-

leitung Oblarn der Ennsregulierung führt der Baurat Eduard Keller. Dieser Baurat Eduard Keller soll trotz wiederholter Intervention den Arbeitern die Bezahlung des Entgeltes desurlaubes sowie bei Entlassung die Bezahlung der Kündigungsfrist verweigert haben. Anlässlich eines gerichtlichen Streites wurde der Arbeiter Franz Maier gewissermaßen strafweise entlassen. Als er seine gesetzlichen Ansprüche bei der Ennsbauleitung geltend gemacht hat, da ist der Herr Baurat Keller so weit gegangen, daß er, um diesem Arbeiter den Boden in Oblarn zu verneken, den anderen Arbeitern es verboten hat, mit dem entlassenen Arbeiter zu verkehren, und dieses Verbot bekräftigt hat mit der Drohung einer sofortigen Entlassung, wenn sie mit dem entlassenen Arbeiter Maier in irgend einen Verkehr treten. Er soll die Drohung sogar zur Wirklichkeit gemacht haben und einen Arbeiter entlassen haben, weil dieser es gewagt hatte, trotz des Verbotes mit dem entlassenen Arbeiter in seiner freien Zeit zu verkehren. Baurat Keller hat es weiter verstanden, eine Wohnungsräumungsklage gegen den mißliebigen Arbeiter Maier zu veranlassen, und so zu erreichen, daß er nicht nur den Arbeitsplatz, sondern auch den Ort Oblarn verlassen mußte. Aber nicht genug daran. Über Auftrag der Bezirkshauptmannschaft Gröbming ist am Donnerstag, den 26. Februar 1925, um 7 Uhr früh bei diesem Arbeiter Franz Maier ein Gendarm erschienen, der von Maier die Ausfolgung seines Heimatscheines und Optionsdekretes verlangte. Dieses Verlangen wurde deshalb gestellt, weil gelegentlich einer früheren gerichtlichen Ausfragung schon der betreffende Notar, der den Beklagten vertreten hat, durchblicken ließ, daß sie glauben, daß der Arbeiter Maier Ausländer sei, und daß sie sich dieses Arbeiters gewissermaßen als lästigen Ausländers entledigen können, weil er sozialpolitische Rechte in Anspruch nimmt. Nun wurde später vom Arbeitersekretär in Rottenmann und von unserem Kollegen Neumann bei der Bezirkshauptmannschaft interveniert. Diese Intervention ergab, daß die Bezirkshauptmannschaft die Abnahme der Dokumente von diesem Maier in vollständig ungesetzlicher Weise verfügt hat, und daß diese Verfügung getroffen wurde über Ersuchen des Baurates Keller in Oblarn. Der Herr Baurat hat gegenüber der Bezirkshauptmannschaft vorgegeben, daß er sich von diesem Arbeiter bedroht fühle. Das hat sich dieser saubere Baurat anzugeben getraut, obwohl er bei einer früheren Gerichtsverhandlung zugeben mußte, daß dieser Arbeiter einer seiner besten Arbeiter war, und obwohl Maier vom 8. Februar bis Ende des Jahres im vergangenen Jahre die ganze Zeit beschäftigt war, ohne daß er dem Baurat zu irgend einer Klage Anlaß gegeben hätte. Der Herr Baurat hat sich erst bedroht gefühlt, als der Arbeiter Maier seine gesetzlichen Ansprüche auf Urlaubsentgelt geltend gemacht hat. Ich möchte sagen, daß wir im Bundesstaate Österreich schon sehr weit gekommen sind, wenn ein Baurat sich bedroht fühlt in dem Augenblicke, wo ein Arbeiter seine gesetzlichen Ansprüche geltend macht. Wenn es dem Herrn Landeshauptmann nicht gelingt, die Bezirkshauptmannschaft Gröbming davon zu überzeugen,

daß solche Maßnahmen nicht in ihren Intentionen gelegen sind, dann würde damit bestätigt werden, daß wir wirklich in Steiermark eine reaktionäre Bewegung durchzumachen haben und daß den Behörden gegenüber ein Arbeiter schutzlos ist und daß jene Instanz, die die Arbeiter um ihre Rechte befragt, gesetzlichen Schutz genießt. Wir wollen das vorderhand nicht hoffen und stellen daher an den Landeshauptmann die dringliche Anfrage (liest):

„1. Ist er bereit, die Bezirkshauptmannschaft Gröbming auf ihr unzulässiges Verhalten im Falle des entlassenen Arbeiters Franz Maier aufmerksam zu machen und eine strenge Untersuchung hierüber einzuleiten?“

2. Ist er bereit, dafür Sorge zu tragen, daß die gesetzlichen Vorschriften auch durch die Bundesbauleitung der Ennsregulierung in Oblarn eingehalten werden?“

Präsident: Zur Beantwortung dieser dringlichen Anfrage ertheile ich dem Herrn Landeshauptmann das Wort.

Dr. Rinfelen: Die Interpellation des Herrn Vordredners war mir vorher nicht bekannt, und sie erfordert zu einer meritorischen Stellungnahme selbstverständlich erst die entsprechenden Erhebungen bei den beteiligten Stellen. Ich muß daher heute mich nur darauf beschränken, zuzusichern, daß ich selbstverständlich auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften dringen werde, und daß ich in merito erst in einer der nächsten Sitzungen, nachdem ich die nötigen Aufklärungen mir verschafft haben werde, auf die Interpellation zurückkommen kann.

Präsident: Damit ist dieser Gegenstand erledigt und wir können in der Behandlung der Beilage Nr. 91 weiterschreiten. Ich ertheile im Gegenstand dem Herrn Berichterstatter Lang das Wort.

Berichterstatter Lang: Ich möchte, nachdem bereits tagelang über diese Beilage Nr. 91 das Für und Wider erwogen worden ist, nur auf einen Grundsatz eingehen, welcher von den Bauernbündlern besonders erwogen wurde: bezüglich Übernahme der Spitalsbehandlungskosten der Dienstboten durch das Land. Wenn man nun die Summe, welche die Spitalsbehandlung für die erkrankten Dienstboten erfordert, rechnungsmäßig feststellt, so ist nunmehr nach meinen Erhebungen eine Ausgabepost von rund 8 Milliarden Kronen aufzuwenden. Wenn man die Grundsteuer, welche 27 Milliarden Kronen im Lande Steiermark beträgt, umrechnet auf die Prozenthöhe, so ist das rund eine 30prozentige Erhöhung der Grundsteuer. Sie haben nunmehr gesagt, daß die Grundsteuer schon unerträglich geworden ist. Ich gebe zu, daß sie dann um so mehr nicht erträglich gemacht wird, wenn nun auch dieser Prozentsatz, welcher kaum bestritten werden kann, noch zur Grundsteuer dazugeschlagen wird. Im übrigen würden wir gerade jetzt dadurch wieder einen Sturm entfachen, wenn diejenigen Besitzer, welche keinen Dienstboten haben und ihre Arbeiten mit eigenen Kräften leisten, neuerdings zur Erhöhung der Grundsteuer beifragen müßten.

Auf Grund aller dieser Erwägungen stelle ich nunmehr den Antrag auf unveränderte Annahme des Gesetzes.

Winkler: Hohes Haus! Wir werden soeben dahin informiert, daß ein Teil des hohen Hauses der Auffassung ist, daß sich an die allgemeine Beratung, die wir jetzt gehabt haben, eine Spezialdebatte nicht anschließen soll. Wir sind der Auffassung, daß es notwendig ist, zu den einzelnen Paragraphen und Bestimmungen des Gesetzes Stellung zu nehmen, weil wir uns vorbehalten, zum Antrag *Zen z* Abänderungs- beziehungsweise Zusatzanträge einzubringen. Wir haben erklärt, daß wir versuchen werden, unsern Standpunkt möglichst durchzusetzen. Wir müssen deshalb Wert darauf legen, daß eine Spezialdebatte stattfindet.

Hohes Haus! Wenn wir nochmals die ganze Frage einer Betrachtung unterziehen, so handelt es sich darum, daß einerseits der Antrag *Zen z* und andererseits der Antrag *Hartleb* zur Beratung steht. Der Inhalt des Antrages *Zen z* ist Ihnen bekannt. Wir haben versucht, dem hohen Hause den Inhalt unseres Antrages ebenso vertraut zu machen. Wir haben versucht, die Begründung unserer ablehnenden Haltung gegenüber dem Antrag *Zen z* darzulegen, und haben die Frage eingehend untersucht, ob es möglich wäre, den Antrag *Zen z* in der Form, wie er gestellt wurde, ohne besondere Beeinträchtigung der Produktion anzunehmen. Ich glaube, sagen zu können, daß wir mit der Argumentation, die wir geführt haben, einigermaßen den Nachweis geliefert haben, daß schwere Bedenken gegen den Antrag *Zen z* ins Feld geführt werden können. Die Herren Antragsteller sind der Auffassung, daß durch ihren Antrag eine wesentliche Erleichterung eingetreten ist. Die Herren Antragsteller sind weiters der Auffassung, daß ihr Antrag jedenfalls eine bedeutende Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustande darstellt. Ich muß unumwunden zugeben, daß der Antrag *Zen z* gegenüber dem bisherigen Zustand einen Fortschritt darstellt; ich muß auch sagen, daß die Bauernschaft dadurch, daß sie sich gegen das bisherige System gewendet hat, schon damit einen Erfolg erzielt, wenn der Antrag *Zen z* angenommen wird. Nur glauben wir, hohes Haus, daß dieser Antrag, wie er uns vorliegt, deswegen sehr schwer annehmbar ist, weil er einerseits gewisse Möglichkeiten von Vereinfachungen ausschließt und weil er sich andererseits auf das bisherige System stützt und darin die große Gefahr besteht, daß durch eine andere Majorität unter Ihnen der Antrag *Zen z* eine wesentliche Verschlechterung erfahren kann und daß dieser schließlich und endlich tatsächlich einen Teil, vor allem der mittleren Bauernschaft, die über drei Dienstboten regelmäßig beschäftigt oder die mehr als 400 K Katastralreinertrag aufweist, in eine ganz unerträgliche Lage versetzt. Wir meinen daher, wenn Sie sich nicht einfach ablehnend gegenüber unserem Vorschlag verhalten, daß es unter Umständen möglich wäre, in einer Spezialdebatte doch vielleicht eine Koppelung Ihrer Vorschläge mit unseren vorzunehmen. Das setzt natürlich voraus, daß Sie nicht einfach starr an der Vorlage

festhalten und unsere Vorschläge deswegen ablehnen, weil sie nicht von Ihnen ausgehen und weil sie bauernbündlerische Vorschläge sind. Ich glaube, es handelt sich hier um eine außerordentlich wichtige Angelegenheit, um Dinge, die von weittragender Bedeutung für die Zukunft unserer ganzen agrarischen Entwicklung in Steiermark sind und daher vertreten wir die Auffassung, daß man in der Spezialdebatte schon Gelegenheit nehmen sollte, jeden Paragraphen eingehend einer Beratung zu unterziehen und zu untersuchen, ob sich nicht die Möglichkeit bietet, Verbesserungen vorzunehmen. Denn ich glaube, der Herr Abg. *Zen z* meint es ja — er ist halt in einem anderen Gedankengang — in seiner Auffassung ehrlich und wird jedenfalls Verbesserungsvorschläge nicht ohneweiters ablehnen können. Wir werden darüber reden müssen. Jetzt haben sich die Ausführungen, die wir bisher geführt haben, allgemein erstreckt, wir haben generell zur ganzen Frage Stellung genommen, und es war bisher üblich und deswegen kann ich mich der Auffassung des Herrn Präsidenten nicht anschließen, daß aber bei so wichtigen Gesetzen neben der Generaldebatte auch eine Spezialdebatte abgeführt wird. Ich erinnere mich auch, hohes Haus, daß der Herr Präsident nicht dem Wortlaute, aber dem Sinne nach, als er die Sitzung eröffnete, feststellte, daß es sich zunächst um eine Generaldebatte handle. Wir haben deswegen angenommen, daß sich selbstverständlich an die Generaldebatte eine Spezialdebatte reihen wird. Ich muß daher schon sagen, daß unsere Fraktion auf dem Standpunkte steht, daß wir mit Rücksicht auf die Wichtigkeit, auf die Bedeutung, auf den Umfang dieses Gesetzes und auf die ganze Entwicklung in der Zukunft, unter allen Umständen eine Spezialdebatte verlangen müssen, weil wir glauben, wenn auch die Gegensätze in der Generaldebatte hart aneinandergepläzt sind, wenn Sie sich auch verhältnismäßig wenig an dieser Debatte beteiligt haben, daß es bei der Einzelberatung möglich sein müßte, einen Weg zu finden, wonach eben in der Spezialdebatte Anträge eingehend zur Diskussion gestellt werden können. Meine Ausführungen bezwecken vor allem, das hohe Präsidium zu einer anderen Auffassung zu bringen, nämlich zu der, daß sich an die Generaldebatte eine Spezialdebatte anschließen solle, eine Einzelberatung anreihen müsse, weil ja auch Minoritätsanträge vorliegen und die Sozialdemokraten ja auch Wert darauf legen werden, ihre Minoritätsanträge erörtern zu können. Wenn das Präsidium auf diese unsere Auffassung nicht eingehen würde, dann wäre ich gezwungen, natürlich sehr lange zu reden, ich würde mich veranlaßt sehen, die Zeit, die uns zur Verfügung steht, voll auszufüllen, und auf Grund der Geschäftsordnung unterliegt es keinem Zweifel, daß ich als Mitglied der Landesregierung Gelegenheit nehmen kann, so oft und solange ich will, in diesem hohen Hause zu reden, und ich muß daher, um eben zu verhindern, daß uns vielleicht das Präsidium eine andere Auffassung aufzwingt, von diesem Rechte als Landesregierungsmitglied Gebrauch machen und werde solange reden, bis eine Änderung und eine Wendung in der Auffassung des geehrten Präsidiums eintritt, und so wollen wir denn von vorne beginnen.

Ich will den Fragenkomplex des ganzen Gesetzes neuerlich einer kritischen Untersuchung und Betrachtung unterziehen. Es tut mir außerordentlich leid — es ist heute Samstag —, daß seit zehn Tagen durch die vielen Unterbrechungen, die infolge der Länderkonferenz und der Ökonomie, mit der die bezüglichen Verhandlungen geführt worden sind, notwendig waren, sich unsere Obstruktionsdebatte solange hinausgezogen hat. Es ist nicht unsere Absicht, die Damen und Herren solange hier festzuhalten (lebhaftes Seufzen), aber wir müssen natürlich unsere Rechte wahren, und da werden Sie es begreiflich finden, wenn natürlich auch eine gewisse Zeit dabei vergeht. Ich hoffe, daß die verehrten Damen nichts versäumt haben, denn wie ich vermute, sind die Damen ja sonst auch in der Lage, hier anwesend zu sein, ohne etwas besonderes zu versäumen. Es wäre höchstens Frau Lang, die mir leid tun würde, ich kenne ihre Familienverhältnisse zwar nicht, aber bei den ledigen Damen glaube ich schon Nachsicht zu finden dafür, wenn wir sie noch länger in Anspruch nehmen. (Mikola: „Wir haben andere dienstliche Pflichten auch, Herr Landesrat!“) Schauen Sie, ich hätte ja auch etwas anderes zu tun. Ich bin ja auch vielfach beschäftigt, aber ich muß mich eben diesem Opfer unterziehen, so wie wir alle, weil wir als Volksvertreter in diesen wichtigen wirtschaftlichen und politischen Fragen unbedingt zu entscheiden haben. Was ist also wichtig und was ist weniger wichtig? Wir meinen, daß hier eben die Gesetzgebung vorausgeht, daß in Bezug auf die Wichtigkeit die sonstige Betätigung in keinem Verhältnisse gegenüber der Wichtigkeit in Bezug auf die Gesetzgebung steht.

Den Landwirten ist vorhin in diesem hohen Hause das Recht der Meinungsäußerung abgesprochen worden. Die praktischen Landwirte hätten in ihrer Privatwirtschaft gewiß sehr viel zu tun, aber was ist wichtiger? Was hilft es Ihnen, meine verehrten Herren „praktischen Landwirte“, wenn Sie sich von früh bis abends rackern, wenn derzeit aber die Gesetzgebung gegen Sie arbeitet, wenn die Gesetzgebung vielfach ungünstig die landwirtschaftliche Produktion und Erzeugung beeinflusst; dann ist Ihre Arbeit zum Teil umsonst, weil Ihre Arbeit konsumiert wird nicht nur durch die direkten und indirekten Steuern, sondern auch durch eine Reihe von anderen Umständen, und ein solcher Umstand ist der, über den wir heute beraten. Ich weiß nicht, verehrte Herren von der rechten Seite des hohen Hauses, ob Sie das Glück oder das Unglück haben, in die Klassifikation derjenigen zu fallen, die nach dem Antrage Zenz entweder zwangsversichert oder nicht zwangsversichert sind. Von hier weiß ich, daß eine Reihe von Kollegen hineinfallen; aber wir kämpfen nicht pro domo. Es handelt sich um Tausende von Landwirten, die in der Richtung außerordentlich getroffen werden, und ich weiß nicht, ob einer meiner Kollegen die Telegramme vorgelesen hat. Sie werden natürlich sagen, die Bauernbündler werden sich diese Telegramme halt bestellt haben, Sie werden sagen, die Bauernbündler werden hinausgeschickt haben, damit die Telegramme hereinkommen. Ganz spontan, glauben Sie es mir, sind nicht bloß die Zuschriften, die wir verlesen haben, auf Grund der Rundfrage erschienen,

sondern seit dem Einsetzen unserer Opposition sind auch eine ganze Reihe von Zuschriften aus dem Lande bei uns eingelangt, die kurz beinhalten: „Landgraf, sei hart, gebt nicht nach, Bauernbündler, schaut, daß Ihr euren Standpunkt durchsetzt, bleibt bei der Stange, denn wir stehen hinter euch und wir haben das Vertrauen zu euch!“ Aus Schichten der Bevölkerung nicht nur gerade unserer Partei, sondern auch aus Schichten der Bevölkerung, die uns bisher gerade nicht besonders nahegestanden sind, sind diese Zuschriften gekommen, und da muß ich schon sagen, daß diese vielen Zuschriften und Telegramme, die aus allen Teilen des Landes einliefen, uns in der Auffassung bestärken, daß wir diesen Kampf nicht zu Unrecht kämpfen, daß dies ein gerechter Kampf ist, weil wir glauben, daß, wenn es uns gelingen würde, die Aufmerksamkeit auch dieses hohen Landtages auf die ganze Materie zu lenken, vielleicht doch die Möglichkeit bestünde, bei eingehender Betrachtung der Dinge eine Reform zu erzielen. Die wollen Sie uns jetzt nicht gestatten. Sie wollen uns nicht erlauben, daß wir speziell zu den einzelnen Paragraphen Stellung nehmen, um uns vielleicht — und das ist ja auch nicht ausgeschlossen, meine Damen und Herren —, bekehren zu lassen. Vielleicht sind wir noch in der Einzelberatung zu bekehren, wenn die Herren, verzeihen Sie, die Zenzianer, die Anhänger der Auffassung Zenz, uns ihren Standpunkt überzeugend zu begründen vermögen. Wir wollen ja gerne gelehrig sein, wir sind bereit, gut zuzuhören, uns Ihre Auffassung genau anzusehen, vielleicht sind Sie imstande, unsere Bedenken und Besorgnisse zu zerstreuen. Deswegen habe ich es so sehr bedauert, daß die Herren, die den Antrag Zenz verfaßt haben, die für den Antrag Zenz einstehen, diesen nicht näher begründet haben. Ich habe noch keine Gelegenheit gehabt, einen landwirtschaftlichen Proredner zu hören. Herr Kollege Schifko, der Sie mit Leidenschaft sondergleichen als Kleingrundbesitzer für diesen Antrag eingetreten sind, vielleicht sind Sie in der Lage — ich bedaure, daß Sie das bisher nicht getan haben —, durch sachliche Begründungen und sachliche Ausführungen über Ihre Auffassung vielleicht einigermaßen unsere Bedenken zu zerstreuen, und deswegen wünschen wir so sehr die Spezialdebatte. Deswegen wünschen wir, daß wir Gelegenheit haben, ohne die unangenehmen Zwischenfälle von gestern und heute, die mehr persönlicher Natur waren, die in eine parlamentarische Beratung nicht gehören, daß wir in sachlicher Beratung gemäß der geistigen Auffassung uns da vielleicht etwas näherkommen. Ich meine, gar so unzugänglich sind die Bauernbündler auch nicht, daß sie nicht über vernünftige Vorschläge mit sich reden lassen würden. Wir lassen ja mit uns reden, aber man muß mit uns reden, man muß uns sagen, wir argumentieren so, Ihr so, beim Reden kommen die Leute zusammen, das ist ein altes steirisches Sprichwort.

Nun, meine Herren, es wird von Ihnen ganz besonders die Dringlichkeit der Gesetzgebung in irgend einer Richtung vertreten. Es steht ja auch Direktor Loidl der Landwirtschaftskrankenkasse auf dem Standpunkte, der Landtag soll in irgend einer Rich-

tung entscheiden, weil für die Krankenkasse Schwierigkeiten eingetreten sein sollen, die dahin gehen, daß zwar Auszahlungen zu leisten sind, aber Einnahmen nicht kommen und daß dadurch eine gewisse Schwierigkeit für die Krankenkasse entstanden sei; und wie ich auf Grund von Informationen weiß, soll der Kassenbestand ein nicht allzu hoher sein, denn schon früher, das heißt im vorigen Jahre, war die Begeisterung für das Zahlen vielleicht beim Großgrundbesitz vorhanden, weil er es gewohnt war, aber in den breiten Massen der Betroffenen war die Begeisterung für das Zahlen gewiß nicht besonders groß. Und daß sich der Herr Direktor Loidl mit Rücksicht auf den Mangel innerer Reserven mit Recht sagt: „Ich bitte, was wird aus der Kasse, ich habe die Leistungen, aber ich habe nicht die Einkünfte, wie ich sie nach meinen Berechnungen haben müßte.“ Die Rechnung ist ja sehr einfach, es müßten über 80.000 Versicherte sein (Wagner: „Höchstens 60.000!“), also 60.000, ich lasse mich gerne korrigieren, denn der Herr Abg. Wagner ist im Vorstand, ich bin es nicht. Er wird mich aufklären, wenn die Einnahmen von 60.000 wieder gefallen sind, denn ein großer Teil der Versicherten hat sich seit dem 5. Februar abgemeldet. Aber wenn noch Zahlungen aus der Zeit vor dem 5. Februar zu leisten sind und Verpflichtungen aus der Zeit vor dem 5. Februar bestehen, dann kann ich mir schon vorstellen, daß ein Risiko, eine Besorgnis auch bei den leitenden Persönlichkeiten Platz greift, und der Herr Direktor sich vielleicht auf den Standpunkt stellen kann: „Ich bitte, gehen wir in Liquidation, denn lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende.“ Die Herren argumentieren so, wenn eine Liquidation und mit ihr ein Konkursverwalter kommt, daß dann die Krankenkasse unter Umständen passiv sein würde. Dieser Konkursverwalter würde dann wahrscheinlich nicht aus dem Stande der Landwirtschaftsrankenkasse sein, er würde vom Gerichte beigestellt werden, und das ist bekanntlich eine sehr teure Einrichtung; wenn einer einmal bei einem größeren Geschäft Masserverwalter wird, so ist das ein sehr einträgliches Geschäft, denn die Bezüge eines Konkursmasserverwalters sind sehr hoch — wir sehen es doch bei Ausgleichsverwaltern, und ich weiß, die Leute raufen sich geradezu darum, Ausgleichsverwalter zu werden —, weil es, wie gesagt, ein gutes Geschäft ist, und sie beenden auch nicht so schnell die Ausgleichs, denn sie sind prozentuell interessiert an der Höhe der Summe. Und wenn ich nun einen Ausgleichsverwalter nehme für eine fallite Landwirtschaftsrankenkasse in Steiermark, der würde dort eine schöne Sinekure finden, ich meine, daß es ein fetter Posten ist, bei dem man ruhig ein paar Monate ausharren kann. Nun, meine Damen und Herren, was wird der Konkursverwalter machen? Ich betone, das ist Ihre Auffassung, ich habe mich in Ihren Standpunkt versetzt, ich versuche, mich in Ihre Mentalität, in Ihren Gedankengang hineinzufinden, ich bin auch, wie ich vorher ausgeführt habe, ein Mensch, der nicht so ohneweiters etwas prinzipiell ablehnt. Was haben die Christlichsozialen für eine Begründung, warum drängen sie so, damit sie in irgend einer gesetzlichen Form das Institut am Paulustor erhalten können?

Der Konkursmasserverwalter, der Ausgleichsverwalter, der wird zunächst die Aktiven und Passiven feststellen. Aus den laufenden Ausgaben der Kasse wird das und das entstehen, er wird voraussichtlich — das führen Sie auch zur Begründung an — jene Rückstände bis 5. Februar, denn ein anderes Recht hat er ja nicht, als bis zum 5. Februar, einziehen. Er wird sich dazu des Gerichtes bedienen, das Gericht aber wird nicht viel machen können, wenn ihm der Herr Landeshauptmann nicht die Gendarmerie beistellt. Denn bekanntlich sind Gerichtsexekutionen in so großer Zahl doch schwer durchführbar, wenn nicht die bewaffnete Gewalt an die Seite tritt, es würde jedenfalls ein schwieriges Werk sein. Ihre Auffassung ist, daß ein Zusammenbruch unter diesen Umständen und Verhältnissen unter Umständen sehr viele Besitzer, die nicht angemeldet haben, die mit Beiträgen im Rückstande sind, schwer treffen würde. Zugegeben, aber, hohes Haus, ich lege mir jetzt die Frage vor, ich habe, glaube ich, bis jetzt eine christlichsoziale Rede gehalten, ich habe wenigstens versucht, eine christlichsoziale Rede zu halten, und ich bitte auch die geehrte Presse davon Kenntnis zu nehmen, damit der sehr geehrte Herr Redakteur des „Volksblattes“ nicht erklärt: „Schaut, schaut, aus dem Saulus ist ein Paulus geworden!“ (Zwischenruf: „Höchste Zeit!“) Damit also der Herr Redakteur im „Volksblatt“ nicht mitteilt: „Der Herr Landesrat Winkler, der handelt ja wider besseres Wissen, wenn er sich auf diesen Standpunkt stellt, denn seine gestrige Rede war eine völlig christlichsoziale Rede, er hat den Christlichsozialen vollkommen Recht gegeben.“

Nun gestatten Sie mir jetzt, einige bündlerische Bemerkungen zu dieser christlichsozialen Rede. Wir wollen die Sätze vertauschen. Nun ist der Gegenredner, nehmen wir an, der Herr Kollege Krispl wäre jetzt Bauernbündler und er würde zu den Ausführungen, die ich jetzt gehalten habe, eine Gegenrede halten. Was würde er sagen? Er würde sagen: „Ihr Christlichsozialen malt das deswegen so schwarz, damit Ihr den Weiterbestand der Zwangsrankenkasse am Paulustor unsern Leuten einigermaßen populär macht. Wenn das wirklich eintreffe, dann hätten die Christlichsozialen recht. Aber — würde Krispl jetzt sagen —, gibt es denn keinen andern Weg, als den der Liquidation und des Konkurses, gibt es keinen andern Weg, das Institut vor dem Zusammenbruch zu retten und damit jene Besitzer vor einer neuen Belastung zu retten, die nicht eingezahlt haben? Ich gestehe ohneweiters — würde Krispl sagen —, daß das eine schwere Sache ist, aber es muß noch einen andern Ausweg geben. Meine Damen und Herren, jetzt ist der Herr Redakteur des „Volksblattes“ weggegangen, wo die Rede des Christlichsozialen kritisiert wird; das tut mir leid, weil ich es gerne gehabt hätte, daß der Herr „Volksblatt“-Redakteur diese Äußerungen, die ich jetzt ausführen werde, gebracht hätte. Ich freue mich, daß wenigstens die andere Presse vertreten ist. Meine Ausführungen gipfeln darin: Unser Standpunkt ist der, daß wir nicht gerade eine Landwirtschaftsrankenkasse mit einer Zwangsversicherung haben müßten, sondern daß wir für Gebietsrankenkassen eintreten mit einer aus-

gleichenden Zusammenfassung wegen der Verteilung der Risiken. Das geschieht auch in Kärnten, meine Damen und Herren, dort werden Gemeindekrankenkassen errichtet und zu Verbänden zusammengezogen. Wir sind der Meinung, daß unser System das bessere ist, und da gibt uns auch der Herr Kollege Schifko recht, weil dann eine Konkurrenz für das Institut eintritt und weil durch eine gesunde Konkurrenz das Institut sich anstrengen wird, billig zu sein. Wenn wir in ganz Steiermark nur eine Feuerversicherung hätten, was würde geschehen? Wir würden Feuerversicherungsprämien zahlen müssen, daß wir schwarz würden. Wenn nur eine das Monopol hätte, so müßten wir Prämien zahlen, die wir als ungeheuerlich empfinden würden, weil es klar ist, daß eine alleinige Monopol-Inhaberin nicht auf die Volkswirtschaft Rücksichten zu üben braucht. Aber so haben wir in der Feuerversicherungsbranche mehrere Institute im Lande und auch außerhalb des Landes. (Kandler: „Die aber alle kartelliert sind!“) Ich bin nicht der Auffassung des Herrn Kollegen Kandler, denn wir haben auch in Steiermark Feuerversicherungen, die nicht kartelliert sind.

Nun komme ich auf das eigentliche Thema zurück, bezüglich des Konkurses. (Zwischenruf Peinfinger.) Nun, Herr Abg. Peinfinger, Sie kennen mich, ich bin ein Mensch, der in der Beziehung sein Wort halten wird, (Mikola: „Nur in der Beziehung?“ — Riemelmoser: „Auch die Damen können gehässig sein!“) Ich meine also, daß es nicht unbedingt notwendig ist, daß die Versicherungsgesellschaften kartelliert sein müssen. Wir haben eine ganze Reihe von gegenseitigen und wechselseitigen Versicherungsvereinen, ich denke da an Oberwölz, an den Aflenzer und Langenwanger Versicherungsverein, die sich in Rückversicherung an große Versicherungsgesellschaften angeschlossen haben, die aber für die, welche die Versicherung in Anspruch nehmen, ob bedeutend billiger sind durch die geringen Verwaltungsregien und daher bedeutend billigere Prämien erstellen können. Es ist ja klar, daß überall auf den Gebieten der Versicherung versucht wird, eine Vertrustung oder Verkartellierung vorzunehmen, aber durch die starke Konkurrenz in Bezug auf die Feuerversicherung haben wir es erreicht, daß die Prämien nicht in das Ungemessene steigen. Und es gibt verhältnismäßig nur wenig Besitzer, das ist nur ein ganz kleiner Teil, die ihr Haus und ihren Hof nicht einer Feuerversicherungsgesellschaft anvertraut, nicht eine Polizze haben, weil doch das Unglück zu groß wäre. (Peinfinger: „Der Herr Redakteur des „Volksblattes“ ist jetzt wieder da!“) Deshalb treten wir vor allem dafür ein, daß nicht neuerlicher Zwang, ein neues Monopol geschaffen werde, weil wir glauben, es müsse nicht immer der Herr Direktor Laidl sein, der an der Spitze steht; es kann einmal auch ein Direktor sein, der noch eine ganz andere Auffassung vom Gegenstande hat. Wir kennen nicht die Verhältnisse, die sich entwickeln werden, es kann sein, daß ein solches Institut mit Monopolcharakter unter Umständen Prämien zum Vorschein bringen könnte, die nicht angängig wären. Ich meine, daß eine Konkurrenz ... (Wagner:

„Das macht doch der Vorstand!“) Sie gestatten, Herr Wagner, wenn ich Ihnen darauf erwidere, daß der Vorstand bis jetzt — es waren auch von uns Herren darin — einen besonderen Einfluß auf die Verwaltung der Kasse nicht nehmen konnte (Rufe: „Oho!“), denn sonst wären so viele unsympathische Erscheinungen nicht möglich gewesen. Ich meine, daß also auch hier ein Konkurrenzinstitut ganz vernünftig und gesund wäre, und dann glaube ich ... Ich habe gerade die beruhigende Mitteilung erhalten, nicht bis 1 Uhr sprechen zu müssen, infolgedessen kann ich mich kürzer fassen und kann am Dienstag meine Rede fortsetzen. (Zwischenruf Peinfinger.) Sie können mir glauben, Herr Kollege Peinfinger, daß ich schon noch einige Stunden aushalten würde. (Peinfinger: „Wirklich? Das hätte ich gar nicht geglaubt!“)

Wenn also schon die Gefahr des Konkurses besteht, warum können wir uns hier nicht aussprechen von Landes wegen, es ist die landwirtschaftliche Krankenfürsorge ja eine Landesangelegenheit geworden, die im eminenten Interesse der Landeskultur liegt, warum sollen wir uns nicht aussprechen? Wie ich schon gesagt habe, das Land übernimmt alle Aktiven und Passiven der Kasse und es würde damit der Konkurs verhindert. Wenn dies nun nicht in so nahe Zeit gerückt ist, haben wir Zeit darüber nachzudenken, was wir dann am zweckmäßigsten aus der Kasse machen. Ich glaube, wenn ein derartiger Beschluß gefaßt würde, würden wir aus diesen Schwierigkeiten, die ich ja begreife, herauskommen. Es tut mir leid, daß ich in dieser Frage Ihre Argumentationen, die Sie in dieser Richtung anführen, nicht teilen kann, die ich für mich und meine Partei in Anspruch nehmen muß, daß auch unsere Vorschläge für die Regelung der Krankenfürsorge unserer landwirtschaftlichen Diensthofen einer gewissenhaften Beratung unterzogen werden, und damit möchte ich auf Grund der erwähnten Mitteilung meine Rede unterbrechen. (Beifall bei den Bauernbündlern.)

Präsident: Hohes Haus! Herr Landesrat Winkler hat in seinen Ausführungen die geschäftsordnungsmäßige Frage aufgeworfen, wie die zweite Lesung zu behandeln sei, ob in einem oder getrennt, und hat bemerkt, daß das Präsidium die Absicht habe, dem hohen Hause gewissermaßen aufzuzwingen, den Gegenstand in einer Abhandlung zu erledigen. Ich möchte namens des Präsidiums feststellen, daß das Präsidium keine Absicht hat, dem Hause etwas aufzuzwingen, da es sich lediglich an den Wortlaut der Geschäftsordnung zu halten hat. Ich erlaube mir deshalb den § 32 der Geschäftsordnung vorzulesen, welcher lautet (liest): „Über Beschluß des Landtages kann die zweite Lesung in eine allgemeine Beratung über die Vorlage als Ganzes und die Einzelberatungen und die Abstimmungen über die Teile der Vorlage geteilt werden.“ Es ist nun dem hohen Hause kein Antrag vorgelegen, das Präsidium war deshalb nicht in der Lage, hierüber einen Beschluß des hohen Hauses einzuholen. Das Präsidium hat sich lediglich an die Geschäftsordnung gehalten, wenn es sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß diese Angelegenheit in einer einfachen Beratung, in gemeinsamer Beratung abgeführt werde. Nachdem

ich aber annehme, daß sich an diese Auslegung des § 32 des Präsidiums eine Geschäftsordnungsdebatte anknüpfen wird, würde ich mir dem hohen Hause den Vorschlag zu machen erlauben, die Behandlung dieser Geschäftsordnungsfrage auf die nächste Sitzung zu verlegen, um dem hohen Hause Gelegenheit zu geben, in der nächsten Sitzung über diese Frage zu sprechen. Nunmehr erlaube ich mir, diesen Gegenstand für heute von der Tagesordnung abzusetzen und in die Behandlung einer anderen Angelegenheit einzugehen.

Es haben sich einige Herren zum Worte gemeldet, um Erklärungen abzugeben.

Winkler (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident, habe ich am Dienstag das Wort oder nicht.

Präsident: Nicht in Fortsetzung ihrer Rede, welche Sie geschlossen haben, wohl aber erhalten Sie das Wort zur geschäftsmäßigen Behandlung.

Winkler (zur Geschäftsordnung): Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß ich meine Rede nicht unterbrochen hätte um $\frac{3}{4}$ 1 Uhr, es wäre mir nicht schwer gefallen, noch weiter zu sprechen, wenn mir nicht Kollege **Schreckenthal** mitgeteilt hätte, daß ich nicht aussprechen brauche.

Präsident: Um über diese Frage hinwegzukommen, möchte ich bemerken, daß das Präsidium nichts dagegen haben wird, daß Herr Landesrat **Winkler** als Mitglied der Landesregierung am Dienstag noch einmal das Wort ergreift. Sind Sie damit einverstanden? (**Winkler**: „Ja!“)

Zu einer Erklärung erteile ich dem Herrn Landeshauptmann das Wort.

Dr. Rinfelen: Hohes Haus! Es ist heute in diesem hohen Hause zu einem höchst bedauerlichen Vorfall gekommen. Ich bin den Ursachen dieses Vorfalles nachgegangen und habe erhoben, daß Herr Abg. **Wizany** die Ausführungen des Herrn Dr. **Engel** dahin verstanden hat, daß sein Ingenieurtitel durch Herrn Dr. **Engel** bezweifelt wird. Ohne den Ausführungen des Herrn Dr. **Engel** vorgreifen zu wollen, stelle ich auf Ersuchen fest, daß die Rechtmäßigkeit des Ingenieurtitels des Herrn **Wizany** außer Zweifel steht. Ich muß aber mit Rücksicht auf die Würde des hohen Hauses mit dieser Feststellung den dringenden Appell richten, die Angelegenheit entsprechend der Würde dieses hohen Hauses zu bereinigen. (Beifall.)

Ing. Wizany: Mit Rücksicht auf die Ausführungen des Herrn Landeshauptmannes erkläre ich mich bereit, den Ausdruck Schuft mit dem Ausdrucke des Bedauerns zurückzunehmen.

Dr. Engel: In Ergänzung meiner Ausführungen erkläre ich, daß ich die Echtheit der Verleihung des Ingenieurtitels an Herrn Abg. **Wizany** in keiner Weise anzweifle und war dies auch nicht die Absicht meiner heutigen Ausführungen.

Präsident: Somit ist diese Angelegenheit erledigt und wir sind nunmehr am Schlusse der Tagesordnung angelangt.

Präsident verkündet die eingelaufenen Anträge; siehe Inhaltsverzeichnis.

Die nächste Sitzung findet am Dienstag um 10 Uhr vormittags statt.

(Schluß der Sitzung um 12 Uhr 40 Minuten nachmittags.)